

Preussische Allgemeine



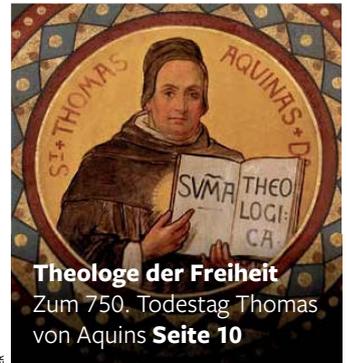
Nr. 9 · 1. März 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Wie lange noch?

Noch nie war das Ansehen einer Bundesregierung so schlecht wie das der „Ampel“. Die Frage scheint nur noch, wann einer der Partner das unheilvolle Bündnis verlässt Seite 3



Theologe der Freiheit
Zum 750. Todestag Thomas von Aquins Seite 10



Böhmen Eine tief von deutscher Kultur geprägte Region Seite 12

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Macron „schlafwandelt“ Richtung Apokalypse

Mit seinen jüngsten Forderungen zum Ukrainekrieg bewegt sich Frankreichs Präsident auf den unheilvollen Pfaden des Sommers 1914

Sollen allen Ernstes westliche Truppen in den Ukrainekrieg ziehen? Das zumindest forderte der französische Staatspräsident Macron Anfang der Woche auf einer Ukraine-Konferenz in Paris. Zwar widersprach Bundeskanzler Scholz seinem Kollegen umgehend und erteilte im gleichen Rahmen den Forderungen, das schlagkräftige deutsche „Taurus“-System in das östliche Kriegsgebiet zu liefern, eine deutliche Abgabe. Doch hat mit dem französischen Präsidenten erstmals der Führer eines großen NATO-Mitglieds die bisherige Position verlassen, sich bei aller Unterstützung für die Ukraine unter keinen Umständen selbst in den Krieg hineinziehen zu lassen.

Zur Begründung für diesen Kurswechsel erklärte Macron, Russland dürfe den Ukrainekrieg nicht gewinnen, andernfalls stehe „unser aller Sicherheit“ auf dem Spiel. Doch wirft diese Aussage umgehend die Frage auf, ob eine Konfrontation westlicher Soldaten in der Ukraine mit russischen Streitkräften die Sicherheit der NATO-Staaten erhöhen würde.

Und so weckt Macrons Forderung Erinnerungen an den Sommer 1914, als sich ein lokaler Konflikt auf dem Balkan in kurzer Zeit zu einem Flächenbrand entfachte und Europas Nationen nach Jahrzehnten des Friedens wie „Schlafwandler“ (Christopher Clark) in einen Krieg zogen, der das Antlitz unseres Kontinents für immer veränderte.

Damals wie heute glaubten die Führer aller Konfliktparteien, die Moral auf ihrer Seite zu haben. Weit aus gefährlicher ist die Parallele, dass damals eine neue Zeit mit ihren moderneren Waffen weitaus fürchterliche Zerstörungen brachte, als es die alte Welt auch nur geahnt hatte. Auch heute halten die Arsenale Kriegsgerät bereit, das alles bislang Gekante in den Schatten stellt. Drohnen, Marschflugkörper und Hyperschallraketen können auch ohne atomare Sprengköpfe eine Zerstörungs-

kraft entfachen, die unsere gewohnte Welt buchstäblich in Trümmern legen würde.

Die Verantwortlichen unserer Tage sind also gut beraten, abzuwägen, ob sie Schlafwandlern wie Macron folgen – oder nicht doch den Weg der Suche nach einem politischen Ausweg gehen wollen. In jedem Fall sollten sie sich einige entscheidende Fragen vor Augen führen:

Eine der dringlichsten ist die, welchen Einfluss westliche Truppen auf das Kriegsgeschehen eigentlich hätten. Könnten die russischen Streitkräfte überhaupt besiegt werden? Schließlich verfügt Russland nicht nur über Atomwaffen, sondern auch über eine auf dem Schlachtfeld erfahrene Armee sowie über eine produktive Kriegswirtschaft, während die westlichen Nationen Mühe haben, die der Ukraine versprochene Munition zu liefern.

Hinzu kommt die Frage, welche Truppen Macron eigentlich an die Ostfront schicken will. Denn trotz der hinlänglich bekannten prekären Lage der Bundeswehr stehen die deutschen Streitkräfte im Vergleich zu ihren europäischen Bündnispartnern noch immer glänzend da.

Nicht zuletzt stellt sich die Frage nach dem Geld: Es ist derzeit nicht erkennbar, wie die seit Monaten von der republikanischen Opposition blockierten US-Militärhilfen in Höhe von 60 Milliarden Dollar ersetzt werden könnten. Welche Bedeutung dieser Betrag hat, zeigen Daten des Portals „statista.com“, nach denen der

ukrainische Militäretat für das laufende Jahr bei nunmehr 42 Milliarden US-Dollar liegt, während der russische umgerechnet 109 Milliarden Dollar umfasst.

Frankreich selbst hat übrigens seinen Wehretat im vergangenen Jahr deutlich aufgestockt, sodass dieser von 2024 bis 2030 Ausgaben in Höhe von 413 Milliarden Euro vorsieht – doch sind dies pro Jahr auch nur 59 Milliarden Euro. Mit anderen Worten: Macron erwägt die Beteiligung an einem Krieg, für den sein eigenes Land nicht gewappnet wäre.

Kein Ende ohne politische Lösung

Fakt ist: Kriege haben immer eine politische Ursache – und können deshalb auch nur mit politischen Lösungen beendet werden. Weshalb es höchste Zeit ist, die gedanklichen Anstrengungen auf die Suche nach einer politischen Lösung des Ukrainekriegs zu richten. Seit dem Stocken der ersten russischen Offensive im Frühjahr 2022 hat diese Zeitung in diversen Beiträgen – vor allem in Interviews mit General a.D. Harald Kujat – in diese Richtung argumentiert. Seitdem hat sich nichts zugunsten der Ukraine verändert. Im Gegenteil befinden sich die Russen seit Wochen auf dem Vormarsch (was Kujat ebenfalls bereits im vergangenen Herbst prognostiziert hatte).

Als Argument gegen eine politische Lösung wird in der Regel erwidert, dass Russland gar nicht dazu bereit wäre. In

der Tat hat Präsident Putin wiederholt unerfüllbare Vorbedingungen wie die Abdankung der Kiewer Regierung und die Anerkennung der Annexion von vier ukrainischen Verwaltungsgebieten genannt. Doch auch die Ukraine hat mit der Forderung nach einem vorherigen russischen Abzug aus allen besetzten Gebieten Bedingungen genannt, die Russland kaum akzeptieren wird. Das alles ändert jedoch nichts daran, dass es zu einer politischen Lösung keine Alternative gibt. Und nebenbei: Dass beide Kriegsparteien wiederholt Gefangene ausgetauscht haben, belegt, dass es längst belastbare Gesprächskanäle zwischen ihnen gibt.

Freilich dürfte, da schwer vorstellbar ist, dass Russland die annektierten Gebiete wieder herausgibt, ein Verhandlungsfrieden für die Ukraine schmerzhaft Gebietsverluste bedeuten. Allerdings besteht beim derzeitigen Kriegsverlauf die hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Verluste bei einem langen Fortgang der Kämpfe ungleich höher ausfallen werden. Welches Opfer die Ukrainer erbringen wollen, können nur sie selbst entscheiden.

Viel Zeit bleibt allerdings nicht. General Kujat erinnerte unlängst im Rahmen eines Vortrags, angesprochen auf eine mögliche Korea-Lösung für die Ukraine, daran, dass die Verhandlungen für den Waffenstillstand in Korea rund zwei Jahre dauerten. So viel Zeit, so Kujat, hat die Ukraine sehr wahrscheinlich nicht mehr.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Brandenburgs CDU legt einen Entwurf für eine allgemeine Dienstpflicht vor Seite 5

Kultur
Schöninger Speere – ein Blick in 300.000 Jahre alte Jagdgründe Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Anfang Februar wurde die Schlacht bei Jonkendorf gegen Napoleon nachgestellt Seite 13

Reise
Mit Schneeschuhen durch die Voralpenlandschaft rund um Lenggries Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

US-Biowaffenforschung Um der Kontrolle durch Kongress und Öffentlichkeit zu entgehen, lagert die US-Regierung analog zur Folter auch die Biowaffenforschung gerne in Staaten wie die Ukraine aus

Nach der Orangen Revolution ging's los

Seit dem August 2005 kooperiert die Ukraine mit den USA auf dem Gebiet der Biowaffenforschung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mittlerweile gibt es zahlreiche Belege dafür, dass die Vereinigten Staaten von Amerika in der Ukraine Biowaffen-Forschung betrieben haben, obwohl sie zu den Unterzeichnern der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von biologischen Waffen gehören. So hat die in Washington ansässige Stiftung Judicial Watch (JW) Beweise für die Existenz eines geheimen Programms publiziert, das dem Zweck diene, in der Ukraine „Anthrax-Laboraktivitäten ... durchzuführen“. Diese fanden sich in einem 345-seitigen Aktenkonvolut der dem US-Verteidigungsministerium angegliederten militärischen Dienststelle DTRA, das aufgrund von Klagen nach dem Freedom of Information Act (FOIA) freigegeben werden musste.

Die Dokumente weisen zwar massenhaft Schwärzungen auf, verraten aber, dass im Institut für experimentelle und klinische Veterinärmedizin der Nationalen Akademie für Agrarwissenschaften der Ukraine in Charkiw mit dem hochgefährlichen Milzbranderreger, der auch als Biowaffe dienen kann, gearbeitet wurde. Den Unterlagen zufolge begann die DTRA im Jahre 2018, die Anthrax-Forschung dort zu finanzieren. 2019 sollen dann über elf Millionen US-Dollar geflossen sein. Als Mittelsmann fungierte das private Beschaffungs- und Beratungsunternehmen Black & Veatch aus Overland Park in Kansas. Die Kooperation zwischen der Ukraine und den USA auf dem Gebiet der Biowaffenforschung begann jedoch bereits im August 2005.

Orangene Revolution im Herbst 2004

Damals unterzeichneten beide Staaten ein bilaterales Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Verhinderung der Verbreitung von Technologien für die Entwicklung biologischer Waffen. Das diente wohl als Deckmantel für die Biowaffenforschung, wie mehrere ukrainische Fernsehsender im April 2020 enthüllten. Das führte zu Protesten in der Ukraine. Das Pentagon reagierte hierauf mit einer beschwichtigenden Erklärung, der zufolge es ausschließlich darum gehe, die zu Sowjetzeiten eingelagerten

„Krankheitserreger und Toxine in ukrainischen Einrichtungen zu sichern“ sowie „friedliche Forschung und Impfstoffentwicklung“ zu betreiben.

Die Führung in Moskau konterte im April 2021 mit dem Vorwurf, in den Laboren des Nachbarlandes würden riskante Experimente durchgeführt mit dem Ziel, natürlich vorkommende Erreger gefährlicher zu machen. Verbunden war dieser Vorwurf mit der Forderung nach einem Ende dieser Praxis. Sechs Monate später intervenierten Russland und China bei den Vereinten Nationen und verlangten das Gleiche. Doch auch dieser Vorstoß blieb folgenlos.

Anfang 2022 enthüllte die bulgarische Journalistin Dilyana Gaytandzhieva, dass sich die ukrainische Regierung bereit erklärt hatte, 4400 Soldaten für biologische Studien von US-Militärwissenschaftlern zur Verfügung zu stellen. Wenig später eskalierte der seit 2014 schwelende ukrainisch-russische Konflikt infolge des Einmarschs größerer

russischer Kontingente ab dem 24. Februar 2022. Daraufhin kam es zu mehreren bemerkenswerten Ereignissen.

Elf US-finanzierte Biolabore

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) forderte Kiew auf, die in den „Laboren für öffentliche Gesundheit“ der Ukraine lagernden „hochgefährlichen Krankheitserreger“ umgehend zu vernichten, damit es zu keinen „Ausbrüchen“ komme. Kurz darauf gestand die seit 2021 amtierende Staatssekretärin für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Victoria Nuland, vor dem US-Senat: „Die Ukraine verfügt über biologische Forschungseinrichtungen, bei denen wir ... besorgt sind, dass russische Kräfte versuchen könnten, die Kontrolle über sie zu erlangen.“ Währenddessen bezeichnete der Pentagon-Pressesprecher John Kirby Aussagen, denen zufolge das US-Militär in der Ukraine an Biowaffen arbeite, als einen „Haufen Blödsinn“.

Allerdings waren Informationen über Standorte, Auftraggeber, Auftragssummen und private Subunternehmen der DTRA und des Pentagons auf der offiziellen Internetseite der US-Botschaft in Kiew abrufbar. Diese zeugten von einer engen Kooperation und wurden am 25. Februar 2022 eiligst gelöscht. Das erhärtet den Verdacht, dass es nicht wie behauptet nur um „zivile epidemiologische Überwachung“ und „die Verbesserung des globalen Biobiosikomanagements“ gegangen ist. Immerhin elf Biolabore finanzierte das US-Militär in der Ukraine. Drei davon befanden sich in Lemberg (Lwiw) und zwei in Dnipro. Dazu kamen weitere Einrichtungen in Cherson, Tarnopol (Ternopil), Winnyzja, Ungwar (Uschhorod), Charkiw und Kiew. Inwieweit dort nicht nur mit dem Bacillus anthracis, sondern auch mit anderen gefährlichen Erregern experimentiert wurde, geht aus den DTRA-Unterlagen nicht hervor. Ebenso liegen keine Erkenntnisse über den heutigen Stand der bilateralen Kooperation vor.



Im August 2005 in Kiew: Der durch die Orangene Revolution an die Macht gelangte Wunschkandidat der USA für das ukrainische Präsidentenamt, Wiktor Juschtschenko, empfängt den Vorsitzenden des US-Senatsausschusses für Außenpolitik und ABC-Waffen-Spezialisten Richard Lugar

Foto: Lazar/pa/Mykola Lazarenko

ECOHEALTH ALLIANCE

Finanzierten die USA Corona?

Die US-amerikanische Bürgerrechtsvereinigung Right to Know hat Dokumente über geplante Experimente mit Coronaviren veröffentlicht, nachdem sie den Zugang zu den Regierungsinformationen erstritten hatte. Aus den Unterlagen geht hervor, dass die chinesische Corona-Expertin Shi Zhengli vom Institut für Virologie Wuhan und der britisch-amerikanische Zoologe Peter Daszak im März 2018 einen gemeinsamen Antrag auf finanzielle Förderung von Forschungen an Fledermaus-Coronaviren stellten.

Daszak handelte im Auftrag der angeblichen Nichtregierungsorganisation EcoHealth Alliance, die hauptsächlich von US-Bundesbehörden wie dem Verteidigungs- und dem Heimatministerium sowie der US-Behörde für internationale Entwicklung finanziert wird. Allerdings verweigerte die Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) die Finanzierung, und das, obwohl sie dem Pentagon untersteht. Ihr schien das Vorhaben zu riskant, denn das Sicherheitskonzept von Shi und Daszak wies erhebliche Mängel auf. Erste Belege für diese Vorgänge fand 2023 die Recherchegruppe D.R.A.S.T.I.C.

Right to Know kann anhand der freigegebenen Unterlagen nachweisen, dass die Experimente mit dem Coronavirus trotz der DARPA-Ablehnung stattfanden. So kaufte EcoHealth bei dem Unternehmen New England Biolabs spezielle Enzyme, die notwendig sind, um tierische Coronaviren zu manipulieren und für Menschen ansteckend zu machen. Alles deutet darauf hin, dass diese Arbeiten nicht in den USA, sondern in Wuhan durchgeführt wurden. Noch ist unklar, woher die Mittel dafür kamen, ob aus Peking oder einer geheimen Geldquelle in den USA. Ungeachtet dessen hat der prominente Molekulargenetiker Richard E. Bright vom Waksman Institute of Microbiology die neuen Enthüllungen mit den Worten kommentiert: „Es gibt keinerlei Raum für vernünftige Zweifel daran, dass EcoHealth und seine Partner die Coronapandemie verursacht haben.“ W.K.

WELTWEITES ENGAGEMENT

Nicht nur in der Ukraine

Die chinesische Regierung geht von 336 Biolaboren mit US-Beteiligung rund um die Welt aus

Das Militär der Vereinigten Staaten von Amerika betreibt in etlichen Staaten der Welt Biolabore, die prinzipiell auch für die Entwicklung von biologischen Waffen genutzt werden können. In etlichen Fällen existieren Hinweise darauf, dass von dieser Möglichkeit auch Gebrauch gemacht wird. So kommt es im Umfeld der Einrichtungen immer wieder zu mysteriösen Krankheitsausbrüchen.

Hierzu legten die bulgarische Journalistin und Gründerin der Nichtregierungsorganisation Arms Watch, Dilyana Gaytandzhieva, und der norwegische Reporter Ragnar Skre umfangreiches fotografisches oder schriftliches Beweismaterial vor. Darüber hinaus veröffentlichte das

Verteidigungsministerium in Washington selbst Informationen über die Einrichtungen im Ausland, die offiziell allerdings nur der „Abwehr von biologischen Gefahren“ dienen sollen.

Solche Biolabore gibt es nach US-Angaben in den afrikanischen Staaten Senegal, Guinea, Sierra Leone, Liberia, Elfenbeinküste, Kamerun, Uganda, Kenia und Tansania. Dazu kommen weitere Einrichtungen in den drei zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Usbekistan und Kirgisistan sowie in Aserbaidschan, Jordanien, Pakistan, Laos, Thailand, Kambodscha, Vietnam, Malaysia und den Philippinen. Ebenso finanzieren die USA Biolabore in der Ukraine (siehe oben) und der

Kaukasusrepublik Georgien. Dabei ist die Liste der tatsächlich involvierten Staaten wohl noch deutlich länger.

Die Regierung in Peking geht von 336 Biolaboren mit US-Beteiligung rund um die Welt aus. Eine zentrale Rolle scheinen die Forschungseinrichtungen in Georgien zu spielen, allen voran das nach dem 2019 verstorbenen US-Senator Richard Green „Dick“ Lugar benannte Richard Lugar Center for Public Health Research (LRC) unweit des Flughafens von Tiflis, das vom Pentagon bereits 350 Millionen US-Dollar auf dem Umweg über die DTRA erhalten hat.

Neben der DTRA soll auch das Walter Reed Army Institute of Research (WRAIR)

Mit Dingen, die der Kongress und die Öffentlichkeit nicht wissen sollen, beauftragt das Pentagon zunehmend Privatunternehmen

die Beschäftigung mit biowaffenartigen Erregern im Ausland koordinieren und steuern. Außer auf eigene Dienststellen und Einrichtungen greift das Pentagon in zunehmendem Maße auch auf Privatunternehmen zurück, die nicht zur Rechenschaft gegenüber dem Kongress verpflichtet sind und somit leichter im Geheimen agieren können. Zu diesen Firmen gehören TMC Global Professional Services, Booz Allen Hamilton, Metabio, Black & Veatch und CH2M Hill. Allein der letztgenannte DTRA-Subunternehmer kassierte in den vergangenen Jahren über 361 Millionen US-Dollar für die Einrichtung und Unterhaltung von Biolaboren im Ausland. W.K.

Ampeldämmerung

Es passt nicht mehr viel zusammen im Bündnis von SPD, Grünen und FDP. Dennoch gehen die Bündnispartner – meist jeder für sich – ihren Weg unbeirrt weiter. Die Frage ist: Wer macht in der unbeliebtesten Bundesregierung seit 1949 das Licht aus?

VON REINHARD MOHR

Nach unzähligen Antifa-Initiativen, „Fridays for Future“, der „Letzten Generation“, den „Omas gegen rechts“, Gewerkschaften und Parteien, Organisationen und Verbänden aller Art, der gesamten Medienlandschaft und bekenntnisfreudigen Berlinale-Starlets mit nackt glänzenden Schultern hat sich nun auch die Deutsche Bischofskonferenz in die Einheitsfront „gegen Rechts“ eingereiht, genauer, gegen die AfD. Wer hier abseits steht, macht sich verdächtig. Die „Psychologie der Massen“ (Gustave Le Bon, 1895) wirkt auch unter der Soutane. „Völkischer Nationalismus“, so die katholischen Bischöfe, sei mit dem „christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar“, hieß es in ihrer einstimmig verabschiedeten Erklärung. Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wucherten, könnten für Christen „kein Ort ihrer politischen Betätigung“ sein und seien auch „nicht wählbar“. Wer Parteien wähle, die teilweise als rechtsextremistisch eingeschätzt würden, der stelle sich gegen die „Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens“.

Ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik: Von der Kanzel der christlichen Glaubensbrüder herab, gleichsam *ex cathedra*, wird eine im Deutschen Bundestag und vielen Landtagen vertretene parlamentarische Partei zu Aussätzigen erklärt – und ihre Wähler gleich mit. Derweil treten Jahr für Jahr Hunderttausende aus der katholischen Kirche aus, nicht zuletzt wegen der über Jahrzehnte verschleppten Aufklärung des tausendfachen Kindesmissbrauchs durch katholische Priester.

Durchschaubare Ablenkungsmanöver

Aber so ist das in der Ampel-Republik, neuerdings auch, in endgültiger Abwendung von der deutschen Hochsprache, „Zusammenland“ genannt: Es zählen „Haltung zeigen“ und „Zeichen setzen“ – konkrete Handlungen zum Wohle des Landes sind Mangelware. Dieselben Kräfte, die ständig vor der „Spaltung der Gesellschaft“ warnen, betreiben sie. Und während sich immer deutlicher zeigt, dass die „Fortschrittskoalition“ aus SPD, Grünen und FDP jede Menge Rückschritte beim Zustand des Landes produziert, inszeniert man die Angst vor einem neuen „33“ mit lauter neuen Nazis, die nur darauf warten, wieder die Macht zu übernehmen.

Diese Halluzination mit einer Tendenz zur Hysterie – die schiere Gleichsetzung von AfD und NSDAP – kann freilich nur für einen Augenblick von den tiefgreifenden Problemen ablenken, denen sich die Republik gegenüber sieht. Die Tatsache, dass es explizit die rot-grün-gelb irrlichternde Politik der Ampelregierung ist, die so viele Wähler in die Arme der AfD treibt, wird sich nicht auf Dauer verdrängen lassen.

Selbst der stramm alt-linke Ex-„Titanic“-Chefredakteur und Europa-Abgeordnete der „Partei“, Martin Sonneborn, ahnt das. In der „Welt“ äußerte er eine naheliegende Idee: „Es wäre doch einmal an der Zeit, dass die Demokraten in der Bundesregierung sich mit den Ursachen des Zuspruchs, den die AfD erfährt, auseinandersetzen, anstatt über Möglichkeiten zur Parteiauflösung nachzudenken. Dadurch verschwinden ja die Wähler nicht, und die Probleme bleiben ungelöst.“

Faersers Kampf

Diese Überlegung freilich stellt das Führungspersonal der Ampel vor nahezu unlösbare Aufgaben, weil es Scholz & Co. nicht nur an Mut fehlt, statt des Gebrauchs der Nazi-Keule und dem üblichen Phrasengewitter von „Weltoffenheit“, „Buntheit“ und „Toleranz“ die fatalen Folgen der eigenen Politik zu er-



Protagonisten der unbeliebtesten Bundesregierung seit 1949: Bundeskanzler Olaf Scholz (vorne rechts), Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck (vorne links) und Finanzminister Christian Lindner (hinten Mitte)

kennen, sondern auch an Intelligenz und der Fähigkeit zur Selbstreflexion.

Ein Paradebeispiel dieser strukturellen Disposition zu unterkomplexem Denken ist Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die die politische Schmerzfreiheit zu einer ganz persönlichen olympischen Disziplin gemacht hat. Sie hat offenbar ein derart dickes Fell, das selbst größte Peinlichkeiten an ihr abprallen. Dafür hat sie nun auch noch ganz neue Delikte entdeckt, die im demokratischen Rechtsstaat gar nicht existieren: Die „Verhöhnung des Staates“, seine „Delegitimierung“ und eine ominöse „Staatswohlgefährdung“, die entweder an Stasi-Logik und DDR-Recht oder den guten alten Paragrafen der Majestätsbeleidigung aus Kaisers Zeiten erinnern.

Absurd: Seit Jahrzehnten macht linkes Kabarett kaum anderes, als den Staat und seine Repräsentanten zu verhöhnern, das heißt, zu karikieren, lächerlich zu machen und sarkastisch-polemische Attacken zu reiten – wie jeden Freitagabend in der „heute Show“ des ZDF zu besichtigen ist. Ob Moderator Oliver Welke auch das Staatswohl gefährdet? Oder ist Dieter Nuhr ein Delinquent? Offenbar ist hier eine genaue Einzelfallprüfung angesagt.

Paus' Unbeirrbarkeit

Familienministerin Lisa Paus mit ihrem babylonischen Megaprojekt einer milliarden-schweren „Kindergrundsicherung“ steht Faeser in Sachen Unbeirrbarkeit und Beratungsresistenz nicht nach. Nun will sie, zugleich für Jugend, Frauen und Senioren zuständig, noch ein „Meldeportal“ für unliebsame, im Zweifel also „rechte“, Meinungsäußerungen fehlgeleiteter alter weißer Männer „unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit“ installieren – eine Art Gesinnungs-TÜV, bei dem der Verfassungsschutz unter dem Maaßen-Nachfolger Haldenwang tatkräftige Hilfe verspricht. Selbst in Familien greift man direkt ein: Auf der vom Familienministerium mit hunderrtausenden Euro geförderten Plattform „entschoert.de“ wird „Beratung zu Verschwörungsmythen im persönlichen Umfeld“ angeboten, die 2.0-Version von „Wenn der Vater mit dem Sohne...“

Den Namen der Bundesbildungsministerin kennt, genauso wie den der spektakulär erfolglosen Bauministerin, zum Glück fast niemand. Deshalb bringt sie auch niemand mit den desaströsen Pisa-Testergebnissen in Verbindung, aus denen hervorgeht, dass immer mehr Schüler auch mit zehn Jahren noch nicht lesen und schreiben können, vom Rechnen zu schweigen. So wird für den Fachkräftemangel von morgen schon heute gesorgt.

Der große weiße Elefant im Raum – die gescheiterte Migrations- und Integrationspolitik – bewegt sich indes kaum von der Stelle. Selbst minimalinvasive Eingriffe wie die bundesweite Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber werden für die Grünen zu einer Glaubensfrage, als ginge es um die unbefleckte Empfängnis.

Und hier sind wir am Kern des Phänomens der Ampeldämmerung, das sich auch in den miserablen Umfrageergebnissen für die drei Koalitionsparteien zeigt: Trotz aller Bekenntnisse zu „Wumm“ und „Doppelwumm“, „Zeitenwende“ und rhetorisch inszenierter Realitätstüchtigkeit dominiert ein ideologischer Tunnelblick das Regierungshandeln – ob in der Klima- und Wirtschaftspolitik mit ihrer planwirtschaftlichen Regelungswut oder in der Gesellschaftspolitik. Im Namen der Demokratie entstehen immer mehr autoritäre Kontroll- und Überwachungsvorschriften, um die politische Korrektheit bis ins letzte Dorf zu tragen. Selbst der Sport muss inzwischen „Haltung zeigen“. So ahndet der DFB ein Transparent im Fußballstadion, auf dem behauptet wird, es gebe nur zwei Geschlechter, mit einer fünfstelligen Geldstrafe.

Den Schaden haben SPD und FDP

Erstaunlich nur, dass nicht etwa die Grünen, die seit Jahren den Zeitgeist klima- und gendgerechter Wokeness samt der Utopie einer „bunten“ Bullerbi-Gemeinschaft prägen, unter besonders schlechten Zahlen bei der „Sonntagsfrage“ leiden, sondern SPD und FDP. Deren Zustimmungswerte haben sich fast halbiert. Wie kann das sein?

Unmut, Wut und Protest, ob in der Wahlkabine oder auf dem Traktor, entzündeten

sich ja schon in der Ära Merkel vor allem an jenem rechthaberischen Moralismus mit eingebauter Weltfremdheit, bei dem es die Grünen in mehr als vierzig Jahren zur wahren Meisterschaft gebracht haben.

Dabei verbindet sich der evangelisch-pastorale Grundton mit einem staatsgläubigen Regulierungseifer, der, ganz im Sinne der großen gesellschaftlichen Transformation, aus den ehemals langhaarigen, zuweilen anarchistischen Widerstandskämpfern vor Brokdorf und Gorleben glattgeschmirgelte Funktionäre, Apparatschiks und Sozialingenieure gemacht hat. Wenn es um die Weltrettung geht, verstehen sie keinen Spaß. Idealtypischer Repräsentant dieser neuen Bürokraten-Spezies war Robert Habecks zurückgetretener Staatssekretär Patrick Graichen, der das famose Gebäudeenergiegesetz derart minutiös am Reißbrett entworfen hat, dass es in der echten Wirklichkeit draußen im Lande krachend gescheitert ist.

Die Grünen haben dadurch zwar Wählerpotential in der politischen Mitte verloren – Fachleute nennen es den Habeck-Knick –, ihre Stammwählerschaft aber gehalten, die mit ihnen offenbar durch dick und dünn geht. Bei SPD und FDP ist es gerade andersherum: Die angestammten Wähler wenden sich mit Grausen ab. Die Vermutung ist wohl nicht abwegig, dass klassische Sozialdemokraten, Arbeiter und einfache Angestellte genauso wie bürgerlich-liberale Freunde von Freiheit und Marktwirtschaft, Landwirte und Kaufleute mit der rotgrünen Klima-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hadern.

Feinstaubige Cannabisschwaden

Selbst in den staatstragenden öffentlich-rechtlichen Medien tauchen jetzt hier und da Zweifel auf, ob das große grüne Programm einer allumfassenden und extrem kostspieligen „Transformation“ tatsächlich das Ei des Kolumbus ist oder nicht vielmehr eine komplette Fehlalkulation, die die deutsche Wirtschaft abwürgt und Teile der energieintensiven Industrie ins Ausland treibt, ohne dem Weltklima auch nur im Promillebereich zu nutzen. Womöglich kann man das nur im Feinstaub-Dunst von Cannabisschwaden anders sehen, die demnach ganz legal die deutsche Luftqualität bereichern.

Im Ernst: Normalerweise wäre eine solche Bundesregierung längst am Ende, zumal der Kanzler, von dem hier nicht zufällig bislang gar nicht die Rede war, der farbloseste, gedankenärmste und uninspirierteste Regierungschef der Bundesrepublik ist – vom fehlenden Charisma und einer Minimal-Rhetorik zu schweigen, die jeden Sparkassenvorstand blamieren würde. Weder Mut noch Entschlusskraft zeichnen ihn aus, stattdessen eine merkwürdige Verdrücktheit, an der auch das „schlumpfige Grinsen“ (Markus Söder) und gelegentliche Wutausbrüche gegenüber dem Konkurrenten und wahrscheinlich nächsten Kanzler Friedrich Merz nichts ändern. Sie sind klassische Übersprungshandlungen.

Eine alte deutsche Weisheit aber besagt: Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht. Man weiß nur nicht wann. Bis dahin werden noch viele Zeichen für ein „buntes, weltoffenes, achtsames und klimaneutrales Land“ gesetzt werden. Doch zuweilen kommt das Ende schneller als gedacht, denn die gemeine Wirklichkeit hält immer wieder Überraschungen parat. Manchmal mit Doppelwumm nach Hausmacherart.

● Reinhard Mohr ist freier Autor und schreibt unter anderem für „Die Welt“ und die „Neue Zürcher Zeitung“. Zuletzt erschienen „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“ (2021) sowie „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (2023, mit Henryk M. Broder, beide Europa Verlag). www.europa-verlag.com

—
Eine alte deutsche Weisheit besagt: Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht. Man weiß nur nicht wann. Bis dahin werden noch viele Zeichen für ein „buntes, weltoffenes, achtsames und klimaneutrales Land“ gesetzt werden

MELDUNGEN

Veteranentag in Planung

Berlin – Der insbesondere aus den Reihen der CDU/CSU kommende Vorschlag, den 12. November zum Veteranentag zu machen, stößt bei Veteranen einhellig auf Ablehnung. Das ist eines der Ergebnisse eines Fachgesprächs, das die Bundestagsfraktionen der Ampel gemeinsam mit jener der CDU/CSU initiiert hatten und auf dem die verschiedenen deutschen Veteranenverbände sowie einzelne Experten zu Wort kamen. Hintergrund für die Bevorzugung der wärmeren Jahreszeit ist, dass die Erinnerung an Erlebtes im eher trüben November seelisch verwundete Ex-Soldaten tendenziell eher belastet und Suizide fördere. In wenigen Wochen wollen die Fraktionen gemeinsam den Veteranentag als Ausdruck für mehr Wertschätzung gegenüber der Opferbereitschaft der Bürger in Uniform im Bundestag beschließen – und dabei auch die Positionen der Veteranenverbände berücksichtigen. Dann ist es an den Kreisen und Kommunen, die neue deutsche Veteranenkultur zu beleben. **B.K.**

Kaum MITA-Abschiebungen

Dresden – Die sächsische Polizei hat bis zum letzten Jahreswechsel 1415 Zuwanderer als Mehrfachstraf-täter erfasst. 295 sogenannte Mehrfach-Intensivtäter Asylbewerber (MITA) befanden sich in Haft. 208 waren zur Festnahme ausgeschrieben. Ihnen wurden vor allem wiederholte Rohheitsdelikte sowie Diebstahl und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz zur Last gelegt. 216 der Mehrfach-Intensivtäter stammten aus Syrien, 194 aus Tunesien und 149 aus Libyen, 135 aus Georgien und 110 aus Afghanistan. Die meisten der Mehrfach-Intensivtäter lebten in Dresden. Von den Landkreisen war der Erzgebirgskreis mit 89 am meisten betroffen. Das gesamte vergangene Jahr wurden von den ausländischen Intensivtätern nur 59 abgeschoben. **W.K.**

Geheimtreffen mit Correctiv

Berlin – Wie aus verschiedenen Meldungen hervorgeht, fanden seit Juni 2020 insgesamt elf nichtöffentliche Treffen zwischen Vertretern der Bundesregierung und Mitarbeitern des Rechercheportals Correctiv statt. Die letzte Zusammenkunft, bei der die Correctiv-Geschäftsführerin Jeanette Gusko mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprach, datierte auf den 17. November 2023. Acht Tage später tagte die „Geheimkonferenz“ in Potsdam, in deren Verlauf angeblich über „Massendeportationen“ von Immigranten gesprochen wurde, was Correctiv medienwirksam „aufdeckte“, wodurch es zu einer Welle von Demonstrationen gegen die AfD kam. Ein früheres Treffen zwischen Gusko und Scholz erfolgte am 7. November 2023 im Beisein des Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD). Darüber hinaus tauschte sich der zweite Correctiv-Geschäftsführer David Schraven 2020 und 2022 mehrmals mit einzelnen Regierungsmitgliedern aus. **W.K.**



FOTO: PACOBREINSTEICHE

An der durch Agentenaustausche bekannten Glienicer Brücke: Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen

VERFASSUNGSSCHUTZ

Im Zwielficht

Wie der Inlandsgeheimdienst die AfD unterwandert

VON ROBERT MÜHLBAUER

Das juristische Tauziehen der AfD mit dem Verfassungsschutz geht in eine neue Runde. Vor dem Oberverwaltungsgericht Münster streitet die Partei mit dem Inlandsgeheimdienst, ob dieser sie als „Verdachtsfall“ für Rechtsextremismus öffentlich bezeichnen und mit nachrichtendienstlichen Mitteln ausspionieren darf, also etwa Telefonate abhören, E-Mails hacken oder Agenten einschleusen. Am 27. Februar begann der Prozess, Mitte März stehen mündliche Verhandlungen an.

Dann dürften mehrere brisante Themen zur Sprache kommen: Zum einen der Einsatz von V-Leuten des Verfassungsschutzes in der Partei und in ihrem Umfeld. Der Verfassungsschutz hat mit dem Thema V-Leute schon mehrfach böse

Schläppen erlitten. Im ersten NPD-Verbotsverfahren entschied das Verfassungsgericht vor zwei Jahrzehnten, dass die NPD auf vielen Ebenen bis hinein in die Führung in zu hohem Maße mit V-Leuten, also Agenten des Verfassungsschutzes, durchsetzt war, sodass diese womöglich „steuernden Einfluss“ auf die Partei hätten. Daran scheiterte das Verbotverfahren.

Heikler Einsatz von V-Leuten

Auch gegen die AfD setzt der Verfassungsschutz V-Leute ein. Einzelne Landesämter haben damit vor dreieinhalb Jahren angefangen. Ein Sprecher des Landesamtes für Verfassungsschutz Brandenburg sagte schon Mitte 2020 gegenüber dem „Tagesspiegel“, „der Verfassungsschutzverbund (erhält) deutschlandweit regen Zulauf von AfD-Mitgliedern, die ihre Zusammenarbeit anbieten“. Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU)

sagte vor wenigen Wochen erfreut im Landtag, es gebe eine „zweistellige“ Zahl an AfD-Spitzeln in seinem Land. Der bayrische Verfassungsschutzpräsident Burkhard Körner behauptete hingegen vorige Woche, dass sein Dienst die AfD Bayern bislang nur aus öffentlich zugänglichen Quellen beobachte und keine V-Leute einsetze. Körner sagte, die oft gehörte These, „dass wir Hunderte von Quellen in der AfD haben, ist Unsinn“. Praktisch ausgeschlossen ist, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz im Verfahren in Münster sich in die Karten schauen lassen und genaue Zahlen nennen wird.

Ein anderes brisantes Thema, das vor dem Oberverwaltungsgericht Münster zur Sprache kommen dürfte, ist der Einsatz von sogenannten „virtuellen Agenten“ des Verfassungsschutzes, die sich im Internet tummeln. Ausgerechnet die linksliberale „Süddeutsche Zeitung“

(„SZ“) hat dazu mehrfach sehr kritische Artikel publiziert. Sie findet es heikel, dass „zusätzlich zu den V-Leuten noch mehrere Hundert hauptamtliche Verfassungsschutzmitarbeiter im Einsatz sind, die in sozialen Netzwerken mit gefälschten Accounts als Rechtsextreme posieren“. Das sei „kein Geheimnis“.

Die virtuellen Agenten des Verfassungsschutzes, die sich im Internet mit Fake-Accounts als Rechtsextreme ausgeben, dürfen in gewissem Rahmen auch Straftaten begehen, zum Beispiel Volksverhetzung, erinnerte die „SZ“. Sie hat schon vor zwei Jahren beispielhaft aufgeschrieben, wie solche Agenten in sozialen Medien gegen Minderheiten hetzen, jüdenfeindliche Sprüche klopfen und ähnliches. Der Blog „Netzpolitik.org“ hat geschätzt, dass jeder Agent mehrere sogenannte „Sockenpuppen“-Accounts unterhalte, sodass es sich also um eine hohe dreistellige Zahl von Accounts handeln müsse, die in Internetforen, auf Facebook, Twitter und in Telegram-Gruppen unterwegs sei. Ihr offizielles Ziel sei es, damit bestimmte Online-Gruppen zu infiltrieren und Informationen zu gewinnen.

Wenn Agenten „mitspielen“

Aber indem sie selbst scharfe Reden halten und Volksverhetzung betreiben, fördern und befeuern sie natürlich in gewissem Maße die rechtsextreme Szene mit. Das finden Verfassungsrechtler problematisch. Der emeritierte Hamburger Staatsrechtsprofessor Hans Peter Bull, der die Bundesregierung im NPD-Verbotsverfahren vertrat, sagte gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“ („NZZ“), der Inlandsgeheimdienst überschreite Grenzen. Zum einen betreibe er „in großem Maße Gesinnungsschnüffelei“. Und er sei zu aktiv. „Die Verfassungsschutzbehörden sollen Nachrichten sammeln und auswerten, aber nicht selbst an der Entstehung von Nachrichten mitwirken“, so Bull. Er moniert „das ‚Mitspielen‘ in den entsprechenden Kreisen“. Dadurch nehme der VS „in Kauf, dass verfassungsfeindliche Bestrebungen sogar noch gestärkt werden“.

Auch der „SZ“-Autor und Jurist Ronen Steinke wundert sich. Unklar sei, in welchen Chatgruppen die Verfassungsschutzagenten mit ihren rechtsextremen Fake-Accounts mitmischen. Soziale Medien und Chatgruppen seien aber exakt die Quellen, auf die sich der Verfassungsschutz in seinem 1000 Seiten starken Gutachten über die Radikalität der AfD fast ausnahmslos stütze. „Wäre es da nicht gut zu wissen, ob der Staat hier und da nachgeholfen hat, dass der Ton in AfD-Chats so giftig wird?“ Eine Antwort darauf habe der Verfassungsschutz bislang nicht geben wollen.

THEATER DES WESTENS

Störungen bei Auftritt Hillary Clintons in Berlin

Rot-Grün empört sich, wenn der Gegner ihre Methoden anwendet

In Berlins Theater des Westens haben am 19. Februar mehrere Personen aus dem Publikum einen Auftritt der früheren US-Außenministerin und Präsidententragin Hillary Clinton lautstark gestört. Die Polizei musste insgesamt sieben Störer aus dem Saal führen, die Clinton unter anderem Kriegsverbrechen vorgeworfen hatten.

Der Vorfall reiht sich ein in eine ganze Serie von aggressiven Protesten. Vor allem Grünen-Politiker werden bei öffentlichen Auftritten immer öfter mit lauten Pfeifkonzerten und „Hau ab!“-Sprechchören empfangen. Vor Kurzem protestierten Landwirte in Magdeburg gegen eine Veranstaltung der Grünen, an der Parteichefin Ricarda Lang teilgenommen hat. Bereits im Januar hatten Bauern Robert Habeck auf dem Rückweg von einem Familienurlaub in einem Fährhafen abgefangen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sieht bei den Protesten gegen die Grünen mittlerweile eine Grenze überschritten: „Wenn eine politische Veranstaltung durch Gepöbel und Gewalt verhindert wird, wenn Polizisten angegriffen und Steine geworfen werden, dann sind Grenzen massiv überschritten.“

Oftmals unter dem Etikett „zivilgesellschaftlicher Protest“ sind Grenzüberschreitungen bei Demonstrationen tatsächlich schon seit langer Zeit zu beobachten. Im Jahr 2010 erklärte etwa die damalige stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bundestag Bärbel Höhn im Zusammenhang mit Sitzblockaden bei Castor-Transporten: „Sitzblockaden sind aus meiner Sicht keine Gewalt, weil sie immer Teil auch des zivilen Ungehorsams waren.“

Auch Proteste an den Privatadressen von Politikern sind keine Neuheit. Der FDP-Politiker Thomas Kemmerich berichtete beispielsweise vor Kurzem, welchem Druck er ausgesetzt war, als er im Februar 2020 in Thüringen kurzzeitig Ministerpräsident war: „Vor meiner Haustür standen vier bis sechs Mannschaftswagen der Polizei und 300 bis 400 Demonstranten. Das Gleiche vor dem Landtag.“ Gleichzeitig seien seine Kinder unter Polizeischutz aus der Schule geholt worden, so Kemmerich gegenüber der „Berliner Zeitung“.

Auch die erzwungene Absage oder Störung von politischen Veranstaltungen ist für die Politik jahrelang kein großes Thema gewesen. Für die AfD gehört es seit ihrer Gründung im Jahr 2013 zum Alltag, dass Veranstaltungen behindert werden. Am 16. Februar berichtete beispielsweise die „Saarbrücker Zeitung“ über die

Kündigung eines Veranstaltungsortes: „Die Stadwerke Saarbrücken haben die für kommenden Montag geplante AfD-Veranstaltung ‚Blauer Montag‘ kurzfristig abgesagt.“

Ebenfalls am 16. Februar hatte die AfD zu einem Neujahrsempfang in das Rathaus von Münster geladen. Durch eine massive Gegendemonstration mit geschätzten 30.000 Teilnehmern in unmittelbarer Nähe zum Rathaus konnten trotz Polizeieinsatzes letztendlich nur 90 der rund 200 angemeldeten Gäste den Veranstaltungsort erreichen.

Zum Protest auferufen hatte ein Bündnis namens „Keinen Meter den Nazis“. Der Grünen-Politiker und Bündnis-sprecher Carsten Peters zeigte sich abschließend zufrieden über die „überwältigende Resonanz“ der Demonstration.

Hagen Ritter

SICHERHEIT

Dienstpflicht: CDU prescht vor

Unionsfraktion im Brandenburger Landtag präsentiert Eckpunktepapier für Wehrpflicht-Nachfolger

VON HERMANN MÜLLER

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat im Februar eine Diskussion über die Reaktivierung der Wehrpflicht und die Einführung einer Dienstpflicht angestoßen. Obwohl im Jahr 2011 die Wehrpflicht für Männer nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt wurde, wird der Versuch einer Wiedereinführung auf Probleme stoßen. Pistorius selbst kündigte an, sich unter anderem das Dienstpflichtmodell Schwedens ansehen zu wollen. „Dort werden alle jungen Frauen und Männer gemustert und nur ein ausgewählter Teil von ihnen leistet am Ende den Grundwehrdienst.“

In Schweden erhalten alle Jugendlichen mit Erreichen der Volljährigkeit einen Fragebogen zugesandt. Im Zuge der Auswertung sortiert die Musterungsbehörde bereits mehr als 60 Prozent der jungen Frauen und Männer aus. Zur Musterung einberufen werden pro Jahr nur etwa 25.000 Jugendliche. Zum Dienst herangezogen werden in Schweden bislang schlussendlich weniger als zehn Prozent eines Jahrgangs.

Erheblicher Klärungsbedarf

Auch die CDU-Fraktion im Landtag von Brandenburg hat nun ein Strategiepapier vorgelegt, in dem Ideen für eine Dienstpflicht vorgestellt werden. Das von Fraktionschef Jan Redmann am 20. Februar präsentierte Eckpunktepapier für eine Brandenburger Sicherheitsstrategie sieht eine Dienstverpflichtung für alle jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 35 Jahren vor. Wie in Schweden würden damit sowohl Männer als auch Frauen einer Dienstpflicht unterliegen.

Nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion soll der „Dienst für die Gesellschaft“ bis zum vollendeten 21. Lebensjahr angetreten werden. Als mögliche Einsatzgebiete nennt die Unionsfraktion neben dem Dienst in der Bundeswehr auch die Bereiche Wohlfahrt und Sozialarbeit, das Gesundheitswesen, den Zivil- und Katastrophenschutz sowie den Brandschutz. Brandenburgs CDU-Fraktion geht es insbesondere um eine Ausbildungspflicht, mit der Jugendlichen auf den genannten Gebieten Kompetenzen vermittelt werden.



Schwedische Lösung vorgeschlagen: Junge Rekruten bei der Anmeldung in Strausberg

Foto: ddp images/Klaus-Dietmar Gabbert

Laut dem Eckpunktepapier soll sich der Umfang der Ausbildung nach den jeweiligen Erfordernissen richten und zeitlich variieren. Jedoch sollte der Umfang der Ausbildung 360 Stunden nicht unterschreiten: „Maßgeblich für die Ausbildungspflicht ist allein das Alter – nicht das Geschlecht, die Abstammung, Herkunft oder der Glaube. Wer als junger Erwachsener oder junge Erwachsene dauerhaft in unserem Land lebt, unterliegt dem Dienst für die Gesellschaft“, so die CDU-Fraktion. Wie Redmann bei der Vorstellung des Eckpunktepapiers erklärte, ist seine Landtagsfraktion mit dem Papier ein Vorreiter unter den Unionsfraktionen.

Bei den präsentierten Ideen ist erheblicher Klärungsbedarf erkennbar. Das Land Brandenburg kann beispielsweise nicht im Alleingang eine Dienstpflicht einführen. Und die Einführung einer Dienstpflicht für junge Frauen bedürfte einer Änderung des Grundgesetzes. Konfliktpotential könnte auch in der Frage

stecken, ob etwa Asylbewerber oder Pflichtlinge zu denjenigen gezählt werden, die „dauerhaft in unserem Land leben“ und damit der Dienstpflicht unterliegen sollen.

Kurzausbildung zum „Schnuppern“?

Bei der Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland hat zudem ein Problem eine Rolle gespielt, das auch andere Länder dazu veranlasst hat, auf eine Wehrpflicht zu verzichten und auf eine Berufsarmee zu setzen: Für die modernen Streitkräfte werden zunehmend hoch spezialisierte Soldaten benötigt. Deren Ausbildung bis zur Einsatzfähigkeit dauert mitunter Jahre. Schon die frühere Wehrdienstdauer bei der Bundeswehr hat sich oftmals als nicht ausreichend herausgestellt. Die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Ausbildungszeit von 360 Stunden dürfte daher drastisch unter den Vorstellungen der Bundeswehr liegen. Allenfalls denkbar ist, dass interessierte Jugendliche in der

Kurzausbildung „schnuppern“ können, ob für sie eine längere Verpflichtung in Frage kommt.

Derzeit nicht abzuschätzen ist, ob in Bundestag und Bundesrat die notwendigen Zweidrittelmehrheiten für eine Verfassungsänderung zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht zustande kämen. Artikel 12 des Grundgesetzes verbietet zwar das Heranziehen zu Zwangsdiensten. Ausnahme ist dabei bislang jedoch der Wehrdienst. Vom Grundgesetz abgedeckt ist zudem eine Heranziehung von Wehrpflichtigen zur Bundespolizei, dem früheren Bundesgrenzschutz, und zum Dienst in Zivilschutzverbänden. Im sozialen Bereich wäre ohne Verfassungsänderung ein Dienst nur über einen juristischen Kniff möglich, nämlich als Wehrersatzdienst aus Gewissensgründen. Dies würde allerdings noch keine allgemeine Dienstpflicht darstellen. Die Väter des Grundgesetzes hatten eine Wehrpflicht nämlich nur für Männer vorgesehen.

GESCHICHTSPOLITIK

Nettelbeckplatz wird umbenannt

Der Held des Freiheitskampfes gegen Napoleon soll aus dem Berliner Stadtbild gelöscht werden

Nettelbeck soll weg. Bereits 2021 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte den Nettelbeckplatz im Ortsteil Wedding umzubenennen. Auch die CDU stimmt dem zu, nachdem ihrem Ansinen Rechnung getragen wurde, Information über die Umbenennungsgründe und die Namensfindung im Zusammenspiel mit zahlreichen Akteuren zu publizieren.

Zwar haben Grüne, Linkspartei und SPD im Bezirk eine Zweidrittelmehrheit, sie wollten die CDU aber dennoch mit ins Boot holen. Schwierigkeiten und Widerstände der Anwohner sind nicht zu erwarten, weil alle Wohnhäuser den auf den Platz zulaufenden Straßen zugeordnet sind. Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger von den Grünen: „Die Dekolonisierung des öffentlichen Raumes wird in Berlin-Mitte konsequent weiterverfolgt.“

Der Nettelbeckplatz erhielt 1884 seinen Namen. Dies geschah zu einer Zeit, als Deutschland in Afrika seine ersten Kolonien erwarb. Nettelbeck hatte zu Lebzeiten Friedrichs des Großen und dessen Nachfolgern vergeblich den Erwerb von Kolonien vorgeschlagen. Bismarck stimmte als Reichskanzler dem Kolonialbesitz widerwillig aus innenpolitischen Gründen zu: „Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Russland, und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte, das ist meine Karte von Afrika“, wischte der Kanzler koloniale Sehnsüchte zunächst vom Tisch.

Remlinger wirft Nettelbeck dessen rund hundert Jahre zuvor gemachte Denkschriften vor. Tatsächlich wurde der Platz aber wegen dessen Verdiensten bei der Verteidigung Kolbergs gegen das na-

poleonische Invasionsheer im Jahre 1807 benannt. Nettelbeck war damals Angehöriger des Zehnmännerrates, einer gewählten Ständevertretung mit Stadtverwaltungsfunktionen. Bei der Verteidigung Kolbergs zusammen mit Neidhardt von Gneisenau wurde die Idee eines Volksheres, also einer Wehrpflicht etabliert. Nettelbeck steht also vornehmlich für Demokratie und Bürgerrechte.

„Personen aus dem Widerstand“

Bezirksbürgermeisterin Remlinger hat nun eine öffentliche Ausschreibung für die Findung eines neuen Namens für den Platz veranlasst. Aus der Bürgerschaft kamen Vorschläge wie: Conchita-Wurst-Platz, Fischstäbchenplatz oder Hundi-Wau-Wau-Platz. Im weiteren Prozedere soll ein Beratungsgremium aus Mitgliedern der Bezirksverordnetenversammlung

und des Bezirksamts sowie „zivilgesellschaftlicher Organisationen“, die sich für die Umbenennung des Nettelbeckplatzes eingesetzt hatten, über den neuen Namen entscheiden. Als Entscheidungsträger soll auch Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund (ISD) mitwirken. Der Verein mit seinen rund 250 Mitgliedern beschäftigt zehn Mitarbeiter.

Della hat in mehreren Publikationen der deutschen Polizei sowie der deutschen Gesellschaft insgesamt Rassismus vorgeworfen. Er hat auch schon klare Vorstellungen über die künftige Namensgebung des Nettelbeckplatzes. Statt an Verbrecher oder Profiteure zu erinnern, sollte der Platz künftig „Personen aus dem Widerstand“ gewidmet sein. „Es ist ein gutes Fallbeispiel, wie wir mit Geschichte umgehen sollten.“

F.B.

KOLUMNE

Gastro-Krise zieht Kreise

VON THEO MAASS

In Berlin sinkt die Zahl der Schankwirtschaften. Im Mai 2021 waren es noch 3302, im Juni 2023 nur noch 2363. Mit dem Traditionslokal Loretta am Wannsee verschwindet dieser Tage eine weitere. Das Gasthaus mit den 1200 Plätzen im Garten schließt. Was die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung nicht „plattgemacht“ haben, erledigen nun die explodierenden Energie- und Lebensmittelkosten. Miete sowie erhebliche Personalprobleme bewirken ein Übriges.

Erst im vergangenen Sommer erhöhte das Loretta – wie viele andere Lokale – die Preise. Pächter Steffen Kirchner: „Der Preisanstieg war unvermeidlich. Es sind nicht nur die Brauereien mit den höheren Kosten. Gläser, Geschirr, Personal, alles ist teurer als in den vergangenen Jahren.“ Viele Restaurants gäben die Kostenerhöhungen teilweise an die Kunden weiter, aber irgendwann stoße man dabei auch an Grenzen. Die Folge: weniger Kunden.

Die zum Jahreswechsel von sieben auf 19 Prozent angehobene Mehrwertsteuer treibt den Kahlschlag weiter voran. Die „Kult-Kindl-Klausur“ in Neukölln, „Zur kleinen Markthalle“ in Kreuzberg und das „Mommenseck“ in Charlottenburg, „Höher's Eck“ in Prenzlauer Berg sind schon dicht oder schließen demnächst. Deutschland hat europaweit die höchsten Steuersätze in der Gastronomie. In Luxemburg sind es drei, in Ungarn fünf, in Polen acht, in den Niederlanden, Litauen, Rumänien, Zypern und Bulgarien neun sowie in Italien und Frankreich zehn Prozent. An der Corona-Politik gehen bereits 30.000 Gastronomiebetriebe bundesweit ein, nun wird mit 13.000 weiteren gerechnet. Thomas Lengfelder, Geschäftsführer des Hotel- und Gastronomieverbandes (Dehoga) Berlin, resümiert bitter: „Alles, was wir pro- phzeit haben, ist eingetreten.“

MELDUNG

Tesla-Ausbau abgelehnt

Berlin – In einem Bürgerentscheid in der Gemeinde Grünheide bei Berlin haben 3499 Menschen gegen und 1882 für einen Ausbau des Firmengeländes des E-Autobauers Tesla gestimmt. Die Wahlbeteiligung lag bei mehr als 70 Prozent. Das Firmengelände von Tesla umfasst zurzeit rund 300 Hektar. Auf zusätzlichen 170 Hektar sollten ein Güterbahnhof, Lagerhallen und ein Betriebskindergarten entstehen. Das Votum ist nicht verbindlich. Das letzte Wort hat die Gemeindevertretung. Manu Hoyer von der Bürgerinitiative Grünheide forderte nach dem Votum die Gemeindevertretung auf, gegen die Erweiterung zu stimmen. Bürgermeister Arne Christiani (parteilos) will den Bebauungsplan in der vorliegenden Form tatsächlich nicht mehr genehmigen. Der Brandenburger Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) glaubt indes, Heilungsmöglichkeiten zu sehen. Die nächste Sitzung der Gemeindevertretung ist für den 14. März geplant.

F.B.

MELDUNGEN

Ukrainepolitik ist umstritten

Gütersloh – Bei einer von eupinions, dem Meinungsforschungsinstitut der Bertelsmann Stiftung, in Deutschland durchgeführten Meinungsumfrage gaben 52 Prozent der Befragten an, sie lehnten eine Aufnahme der Ukraine in die EU ab. EU-weit lag die Zustimmung zu einem EU-Beitritt der Ukraine im Durchschnitt bei 60 Prozent. Dahingegen befürworteten 53 Prozent der in Deutschland Befragten Waffenlieferungen an die Ukraine. Am stärksten fiel die Zustimmung zu Waffenlieferungen mit 78 Prozent bei den Unterstützern der Grünen aus. Dagegen lehnten 82 Prozent der AfD-Anhänger die Lieferung von Waffen ab. Nach Angaben der Studienleiterin Isabell Hoffmann ist EU-weit eine stärkere Unterstützung für die Ukrainepolitik der EU bei denjenigen zu beobachten, die sich politischen Links oder Mitte-Links positionieren. *H.M.*

Warschau und Kiew streiten

Kiew – Die Proteste polnischer Landwirte an der Grenze zur Ukraine entwickeln sich immer mehr zu einer Belastung im Verhältnis zwischen Polen und der Ukraine. Als Reaktion auf die jüngsten Blockadeaktionen von Bauern forderte die ukrainische Regierung die EU-Kommission auf, energische Maßnahmen zu ergreifen. Polnische Landwirte hatten am 20. Februar alle Grenzübergänge zur Ukraine fast vollständig blockiert. Am Grenzübergang Medyka öffneten Demonstranten Eisenbahnwaggons mit Getreide aus der Ukraine und verschütteten dieses auf die Gleise. Der ukrainische Vizeministerpräsident Olexsandr Kubrakow bezeichnete dies als eine politische Provokation, die darauf abziele, die Nationen zu spalten. Gegenüber dem US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ erklärten zwei hochrangige Regierungsbeamte in Kiew, die Ukraine erwäge, wegen der Grenzproteste polnische Agrarimporte zu beschränken. *H.M.*

Jeder achte Mann invalide

Kiew – Etwa jeder achte ukrainische Mann im Alter zwischen 25 und 60 Jahren sei mittlerweile invalide, meldete die Online-Zeitung „Ukrainska Pravda“ am 14. Februar. Die Zeitung gab die Zahl der nicht mehr kriegsdiensttauglichen männlichen Personen mit rund 1,45 Millionen an. Damit hat die Ukraine mehr Invalide als aktive Soldaten, von denen derzeit rund 800.000 im Einsatz stehen. Nach Aussage der ukrainischen Sozialministerin Oksana Scholnowytsch hat der Krieg gegen Russland seit Februar 2022 zu einem Zuwachs von mehr als 300.000 schwerbehinderten Männern geführt. Einem Drittel dieser neu registrierten Invaliden fehlte dabei mindestens ein Körperteil, teilte der amtierende Gesundheitsminister Wiktor Ljaschko parallel hierzu mit. Ebenso berichtete die ukrainische Nichtregierungsorganisation Stopkor von rund 500 Kriegsverletzten pro Tag, von denen etwa 250 später auf Prothesen angewiesen sein würden. *W.K.*

FRANKREICH

Le Pens Coup zur Europawahl

Ehemaliger Frontex-Direktor Fabrice Leggeri kandidiert für den Rassemblement National

VON PETER ENTINGER

Dem Rassemblement National (RN, Nationale Versammlung) ist ein spektakulärer Coup gelungen. Der Direktor der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex von 2015 bis 2022, Fabrice Leggeri, tritt auf Listenplatz 3 der Partei für die EU-Wahl an. „Sein Fachwissen und seine Erfahrung werden uns helfen, die Migrationsüberflutung zu bekämpfen, die Frankreich und Europa derzeit erleben“, teilte die Partei mit. Der 55-Jährige erklärte wenig später, dass er beabsichtige, dem RN auch offiziell beizutreten.

Die politische Konkurrenz in Frankreich reagiert gereizt. An Leggeris Hände klebe Blut. Der RN-Vorsitzende solle sich fragen, ob er die Gesellschaft eines solchen Mannes wirklich wolle, gifteten die Grünen. Einer der Vorwürfe lautet, Leggeri habe als Frontex-Direktor veranlasst, Migrantenschiffe zu stoppen und Asylsuchende der griechischen Küstenwache zu übergeben.

Die wie die CDU/CSU zur Parteienfamilie der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP) gehörenden „Republikaner“ hatten ebenfalls mit Leggeri über einen sicheren Listenplatz verhandelt. Nachdem sie erkennen mussten, dass sie den Kürzeren gezogen hatten, warfen sie dem ehemaligen Frontex-Direktor eine wenig glaubwürdige Kehrtwendung vor.

Aussprache Le Pens mit Weidel

Im Vorfeld der anstehenden Europawahl haben sich die Spitzen der Alternative für Deutschland (AfD) und des Rassemblement National in Frankreich getroffen, um Irritationen auszuräumen. Die AfD-Vorsitzende Alice Weidel berichtete anschließend von einem „herzlichen Empfang“ durch die Vorsitzende der RN-Fraktion in der französischen Nationalversammlung, Marine Le Pen, und den Vorsitzenden der Partei, Jordan Bardella. Man habe festgestellt, dass man bei den großen Problemen der heutigen Zeit die gleichen Lösungsansätze verfolge.

Le Pen hatte zuvor mit dem Ende einer gemeinsamen Fraktion im Straßburger EU-Parlament gedroht. Die Französin, die beste Aussichten hat, den aktuellen Staatspräsidenten Emmanuel Macron zu beerben, war offenbar alarmiert durch die Berichte über das sogenannte Geheimtreffen von Potsdam. Le Pen sagte, sie sei nicht einverstanden mit den Vorschlägen, die bei diesem Treffen diskutiert worden seien sollen. Damit meinte sie die Abschiebung von Millionen Migranten, darunter Besitzer der deutschen Staatsbürgerschaft. Le Pen betonte, ihre Partei habe niemals eine Politik verteidigt, die Menschen die französische Staatsangehörigkeit entziehen wolle.

Der Konflikt schwelt allerdings schon länger. Bei der französischen Präsidentschaftswahl 2022 hatte sich Maximilian Kraus, Mitglied im Bundesvorstand der AfD und im Parlament der EU sowie Spitzenkandidat seiner Partei für die diesjährige Europawahl, für einen von Le Pens Konkurrenten, den islamkritischen Journalisten und Autor Eric Zemmour ausge-

sprochen. Letzterer gilt mittlerweile als radikaler denn der RN. Das Verhältnis von Le Pen und Zemmour ist über die Konkurrenz hinaus dadurch belastet, dass Le Pens Nichte Marion Marechal eine Stellvertreterin von Zemmour in der von diesem 2021 gegründeten und noch heute geführten Partei „Reconquête“ (Rückeroberung) ist.

Aus strategischen Gründen hat Le Pen ihren Konkurrenten bisher allerdings weitgehend in Ruhe gelassen. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts bei den nationalen Wahlen konnte Zemmours Partei dem etablierten RN kaum gefährlich werden. Und die sechs Prozent, die der Zemmour-Partei derzeit für die EU-Wahl vorhergesagt werden, dürfte Le Pen verschmerzen können.

Wahlsieg des RN prognostiziert

Viel ärgerlicher für Le Pen war die Tatsache, dass zwei EU-Abgeordnete der Zemmour-Partei sich kürzlich der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) im Straßburger Parlament angeschlossen haben. Wortführer innerhalb dieser Fraktion sind die „Brüder Italiens“ (FdI) der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni. Der Werdegang der Italienerin von einer rechtsradikalen Außenseiterin hin zu einer akzeptierten Regierungschefin, die auch auf europäischem Terrain reüssiert, soll Le Pen tief beeindruckt haben. Unkontrollierte Querschüsse, wie sie in Straßburg häufiger von der AfD kommen oder von der italienischen Lega, deren EU-Abgeordnete wie die des RN der Fraktion „Identität und Demokratie“ angehören, sind ihr mittlerweile ein Dorn im Auge.

Die 55-Jährige hat ihre Partei vor zwei Jahren erstmals in Fraktionsstärke in die Nationalversammlung gebracht. Dort stellt der RN 88 der insgesamt 577 Abgeordneten. Die Tochter des längst ausgeschiedenen Parteigründers Jean-Marie Le Pen hat es geschafft, sich vom harten Kern der Nostalgieker zu trennen. An ihrer Seite tummeln sich vielmehr junge, eloquente Strategen vom Schlage Bardellas. Der 28-Jährige führte den RN bereits 2019 als Spitzenkandidat in die Europawahl. Diese wurde mit 23,3 Prozent der Stimmen landesweit stärkste Kraft, knapp vor der Präsidentenpartei. Derzeit werden dem RN zwischen 28 und 32 Prozent vorhergesagt und damit ein höherer Sieg.



Vergangene Woche bei einem gemeinsamen Wahlkampfauftritt an der französisch-italienischen Grenze: Der RN-Vorsitzende Jordan Bardella (r.) und der neue RN-Kandidat für die Europawahl Fabrice Leggeri

Foto: imago/abacpress

DROGENPOLITIK

Cannabis-Legalisierung kreiert einen grauen Markt

Was bei den Vorreitern Kanada und USA bereits eingetreten ist, könnte auch Deutschland blühen

Im Vorfeld der vom Bundestag beschlossenen begrenzten Cannabis-Legalisierung verwies Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach wiederholt auf das Beispiel von Kanada. Dort sei der Schwarzmarkt zurückgedrängt worden, seit ab Oktober 2018 der Kauf von Cannabis und Cannabis-Produkten in lizenzierten Fachgeschäften für Personen ab 19 Jahren erlaubt ist. Eine möglichst weitgehende Austrocknung des Schwarzmarktes nennt der Minister denn auch als Hauptargument für sein „Konzept der kontrollierten Legalisierung“ der Droge.

Auch in 18 Bundesstaaten der USA ist Cannabis „zum Freizeitgebrauch“ kürzlich legalisiert worden. Seither hat sich in Kanada und New York neben dem weiter bestehenden Schwarzmarkt ein sogenannter grauer Markt etabliert, der voll-

kommen unerwartet aus dem Boden geschossen ist, da legal verkäuflicher „Stoff“ nicht immer oder nicht ausreichend vorhanden ist. Diese Entwicklung hat in Berlin niemand im Blick. Kritiker der Legalisierung in Deutschland verknüpfen mit dem Begriff „grauer Markt“ lediglich die verbotene Weitergabe von legal erworbenem Cannabis an Jugendliche unter 18 Jahren. Interessanterweise betonte Minister Lauterbach kürzlich, dass die Ziele der begrenzten Freigabe von Cannabis erreicht werden können, „sofern das legale Angebot ausreicht“. Diese Spekulation geht jedoch nicht auf. Kenner der Szene in Kanada behaupten, der legale Verkauf von Cannabis-Produkten könne kein marktgerechtes Angebot erbringen.

Erwartungsgemäß hat sich in Kanada gezeigt, dass die größte Lücke zwischen

Angebot und Nachfrage an legalem Cannabis im ländlichen Raum klafft. Insbesondere ist das in den Provinzen Ontario, Quebec und British Columbia der Fall. Zum Teil kommen die erfahrenen Protagonisten des grauen Marktes aus der Schwarzmarktszene. Sie sind Lückenfüller und verkaufen „Stoff“ von ähnlicher Qualität zu Preisen, die sie geschmeidig dem legalen Handel anpassen.

Darüber hinaus gibt es für sie keine Einschränkungen. Bereits ein Jahr nach der Legalisierung fand Statistics Canada heraus, dass die Online-Anbieter des grauen Cannabis-Marktes den legalen Markt mit tieferen Preisen unterboten. Inzwischen erfolgt der Absatz über Mund-zu-Mund-Propaganda. Das erschwert den Überblick über diese Entwicklung erheblich. Nach Einschätzung des Wirtschafts magazins „Forbes“ tummeln sich in New

York Tausende dieser Akteure. Im Oktober 2022 lag der Anteil des legalen Handels mit Cannabis-Produkten in Kanada nach offiziellen Angaben bei 57 Prozent, der Anteil der billigeren illegalen Ware einschließlich des sogenannten grauen Marktes bei geschätzten 43 Prozent.

Doch die Zahl wirft Fragen auf. Quadzilla Cannabis, ein lizenziertes kanadischer Cannabis-Produzent, lancierte im Juli letzten Jahres einen Artikel mit der Überschrift „Warum die Lieferanten des grauen Marktes gekommen sind, um zu bleiben“: „Legale Cannabis-Firmen dürfen ihre Produkte nicht vermarkten. Und wissen Sie was? Das gilt auch für den grauen Markt, was für diesen aber kein Problem darstellt. Er funktioniert per Mund-zu-Mund-Propaganda. Leider gilt das nicht in gleicher Weise für die legalen Verkaufsstellen.“ *D. Jestrzanski*

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die Energiekrise trifft Gärtnereien besonders hart. Stark gestiegene Strompreise, hohe Heizkosten und die CO₂-Abgabe machen einer Branche zu schaffen, die seit Jahren einem Preisdruck von allen Seiten ausgesetzt ist. Außer den gestiegenen Energiepreisen sorgen höhere Lohnkosten in Kombination mit höheren Preisen für Pflanzsubstrate, Dünger und Kulturtöpfe für Kostendruck. Beim Blumenfachhandel kommt die Konkurrenz durch Discounters, Baumärkte und andere Billiganbieter sowie durch den Online-Handel hinzu. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung haben Pflanzbetriebe immer weniger Handlungsspielraum. Betriebsschließungen sind die Folge und damit der Rückgang der Vielfalt zugunsten billiger Importware aus Monokulturen.

Da die ersten drei Monate des Jahres besonders heizintensiv sind, kultivieren manche Betriebe mit etwas niedrigeren Temperaturen. Sie stellen ihr Sortiment um auf eher kältebeständiges Gemüse wie Salat und säen später. Andere Gärtnereien haben die Anzahl der Pflanzen reduziert, um einzelne Gewächshäuser nicht heizen zu müssen. Die seit Jahren schwierige Situation wurde durch die massiv gestiegenen Energiekosten für viele Betriebsinhaber untragbar, wie aus Branchenkreisen mitgeteilt wird. Landesweit gaben vermutlich noch nie so viele Pflanzbetriebe ihr Geschäft auf wie 2022 und 2023. Genaue Angaben zu den Betriebsaufgaben liegen nicht vor, wohl aber eine große Zahl von Einzelmeldungen. So schlossen Mitte letzten Jahres die beiden letzten produzierenden Gärtnereien in Bremerhaven. Aufgrund der derzeitigen Kaufzurückhaltung und stetig erhöhter Gaspreise konnten die Inhaber nicht mehr rentabel produzieren.

Preisdruck von allen Seiten

Bei den Obstbauern kommt zu den Energiekosten für die Kühlung der Lagerhäuser noch eine erhebliche Mehrbelastung durch die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hinzu. Im Alten Land südlich der Elbe in der Elbmarsch liegt auf Hamburger Gebiet und in Niedersachsen das größte geschlossene Obstanbaugebiet Europas. Von 2012 bis 2017 vergößerten die Obstbauern im Alten Land aufgrund der guten Geschäftslage ihre Anbaufläche mit Äpfeln, Birnen und anderem Baumobst. Auf neun Zehntel der Anbaufläche im Alten Land werden Äpfel angebaut. Wegen der seit 2021 mit Beginn der Corona-Epidemie stark gestiegenen Lohn- und Energiekosten ist die Stimmung der Obstbauern mittlerweile schlecht. Sie besitzen große Lagerhallen, in denen die Äpfel auf



Wunderschön, aber damit Geld zu verdienen, ist schwerer geworden: Typische Auswahl an Blumen und Pflanzen einer Gärtnerei

REZESSION

Gärtnereien und Obstbauern trifft es besonders

Nicht nur gestiegene Strompreise, hohe Heizkosten, die CO₂-Abgabe und die Erhöhung des Mindestlohns setzen den Betrieben zu

drei Grad gekühlt werden, damit sie sich bis zum nächsten Frühjahr halten. Seit die Gaspreise explodiert sind, lassen sich die Erträge aus Obst und Gemüse decken.

Von den Gesamtkosten entfallen sechs Zehntel auf den Energiebedarf, ein Viertel auf das Personal und davon knapp die Hälfte auf den Mindestlohn der Saisonarbeiter. In Deutschland werden die Äpfel per Hand gepflückt. Infolgedessen hat die hiesige Ware keine Chance auf dem Weltmarkt. Die Landwirte können ihre Ware aber nicht zu Weltmarktpreisen verschleudern. Hinzu kommt nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums eine extreme Kaufzurückhaltung der Verbraucher. 2022 wurde im Alten Land erstmals ein größerer Teil der Äpfel nicht geerntet.

„Bei jedem Kilogramm, das ich aufsammele, würde ich Geld verbrennen“, erklärte ein Mann vom Landvolk laut einem Bericht der „taz“. Vor dem Hintergrund der Welternährungssituation sei das ein Frevel. Der Strukturwandel werde sich deutlich beschleunigen. Weitere Betriebe würden sich aus dem Geschäft zurückziehen.

Kaufzurückhaltung der Verbraucher

Einen Großteil der Ware importiert der deutsche Blumen Großhandel aus den Niederlanden. Doch auch im Nachbarland fordert die Energiekrise mit hohen Gas- und Strompreisen sowohl auf dem Sektor des Zierpflanzenbaus als auch bei Obst und Gemüse ihren Tribut. Die Niederlande haben sich wie Deutschland der sogenannten Transformation verpflichtet.

Beim Gaspreis gehört das Land zu den EU-Spitzenreitern, während es bei den Strompreisen im Mittelfeld liegt. Kleine und mittlere Unternehmen zahlen in der Regel den vollen Preis für ihren Gas- und Stromverbrauch. Trotz energiesparender Anbaumethoden setzte sich 2023 der Rückgang der Erträge beim Gemüchsaufbau fort, was auf die hohen Energiepreise zurückgeführt wird. Damit verknappte sich das Angebot für Gemüse, und die Preise bleiben auch für deutsche Verbraucher weiterhin hoch. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung sowohl des Gemüsebaus als auch der Blumenzucht für die Niederlande ist enorm. Lobbygruppen fordern gemeinsam von der Politik eine Problemlösung, indem sie einen stabilen Gaspreis garantiert.

„UMWELT, SOZIALES, UNTERNEHMENSFÜHRUNG“

Rückschlag für den „Milliärdärssozialismus“

BlackRock wie diverse andere große Vermögensverwalter ziehen sich aus der ESG-Initiative zurück

Im Jahre 2005 haben die Vereinten Nationen und das Weltwirtschaftsforum (WEF) die Initiative ESG (Umwelt, Soziales, Unternehmensführung) aus der Taufe gehoben. Ihr Ziel ist es, die Beteiligung an Unternehmen zu nutzen, um „ideellen“ Anliegen wie dem Klimaschutz oder der „Nachhaltigkeit“ Gewicht zu verleihen. Kritiker haben das Ganze beizeiten als „Milliärdärssozialismus“ und Nötigung der Gesellschaft zwecks Durchsetzung einer vermeintlich progressiven Agenda bezeichnet. Und tatsächlich sagte der Chef des involvierten weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock, der Aktienbestände von 18.000 Unternehmen im Wert von mehreren Billionen US-Dollar kontrolliert: „Man muss Verhalten erzwingen, und bei BlackRock erzwingen wir Verhalten.“

Dabei agieren die großen ESG-Zusammenschlüsse wie Net-Zero Banking Alliance, Net-Zero Insurance Alliance, Net-Zero Asset Managers Initiative und Climate Action 100+, die der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes Priorität vor der Rendite ihrer Anleger einräumen wollen, im Grunde illegal. Denn die Kartellgesetze verbieten den Unternehmen derartige Absprachen. Darüber hinaus besteht der Verdacht des Verstoßes gegen Treuhänderpflichtungen. Deswegen begannen republikanisch regierte US-Bundesstaaten und deren Generalstaatsanwälte gegen die ESG-Initiativen vorzugehen. Und das zeitigte nun erste Folgen.

Zunächst verabschiedete sich Vanguard, der zweitgrößte globale Vermögensverwalter nach BlackRock, aus der Net-Zero Asset Managers Initiative, so

wie dann auch etliche andere Konzerne. Anschließend machte die Swiss Re einen Rückzieher und verließ die von ihr mitbegründete Net-Zero Insurance Alliance. Dem ist nun der ganz große Paukenschlag gefolgt: BlackRock und der Vermögensverwalter State Street sowie die Investmentbank JPMorgan Chase verkündeten den Austritt aus der Initiative Climate Action 100+. Diese will Unternehmen zu Maßnahmen gegen den Klimawandel verpflichten und vereinte bislang rund 700 Investoren mit einem verwalteten Gesamtvermögen in Höhe von 68 Billionen Dollar, wobei der Abgang der drei Schwergewichte zu einem abrupten Schwund um 14 Billionen Dollar geführt hat.

Als Auslöser für den aufsehenerregenden Rückzug werden neben dem zunehmenden politischen Widerstand ge-

gen die ESG-Verbände auch der kürzliche Beschluss der Climate Action 100+ vermutet, in Zukunft das Abstimmungsverhalten ihrer Mitglieder auf Aktionärsversammlungen öffentlich zu machen, um die kompromisslose Verfolgung der selbst gesetzten Klimaschutzziele zu dokumentieren.

Die Reaktion auf den Schritt von BlackRock, State Street und JPMorgan Chase war gespalten. Demokratische Politiker wie der oberste New Yorker Rechnungsprüfer Bradford Lander beschuldigten die drei Unternehmen, „den Klimaleugnern“ nachzugeben, während die republikanischen Generalstaatsanwälte von West Virginia und Iowa, Patrick Morrisey und Brenna Bird, von einer „richtigen Entscheidung“ sprachen.

Wolfgang Kaufmann

• MELDUNGEN

Kühne + Nagel in Danzig

Danzig/Stettin – Das Schweizer Logistikunternehmen Kühne + Nagel hat in der Nähe des Danziger Tiefwasser-Containerhafens ein sogenanntes Cross-Dock-Center eröffnet. Nach Angaben des Unternehmens verfügt die Anlage in Danzig einschließlich Büroflächen über eine Fläche von mehr als 3500 Quadratmetern. Über den neuen Standort will Kühne + Nagel Waren weiterverteilen, die im Danziger Hafen auf den Dienststruten des Logistikunternehmens ankommen. Bereits Ende vergangenen Jahres hatte Kühne + Nagel die Eröffnung eines neuen Logistikzentrums in Stettin gemeldet. Das Stettiner Distributionszentrum konzentriert sich auf die Lieferungen für einen Kunden aus der Automobilindustrie. Ausschlaggebend für den Standort Stettin war nach Angaben des Unternehmens neben dem Hafen eine gute Anbindung an das Straßennetz, die eine effiziente Abwicklung der Kundensendungen ermöglichte. H.M.

Rückzug aus der Fläche

Düsseldorf – Berichten des „Handelsblattes“ zufolge plant die zur Deutschen Bank gehörende Postbank einen umfassenden Rückzug aus der Fläche, womit auch drastische Einschränkungen bei der Bargeldversorgung ihrer Kunden verbunden wären. So will das Geldinstitut bis 2026 rund 250 seiner 550 Filialen schließen, wobei deren Zahl seit 2017 bereits schon um 300 zurückgegangen ist. Außerdem sollen die rund 1800 Partnershops der Deutschen Post, etwa in Schreibwarenläden, keine Finanzdienstleistungen mehr anbieten. Ein Sprecher der Deutschen Bank begründete dies folgendermaßen: „Wir beobachten schon länger, dass Kundinnen und Kunden ihre Bankgeschäfte zunehmend online durchführen und der Anteil bargeldloser Zahlungen steigt.“ Dem widersprechen betroffene Partnershop-Betreiber vor Ort. Gerade ältere und dadurch weniger mobile Menschen würden ihren Bargeldbedarf gerne bei ihnen decken. W.K.

Ukraine plant Erweiterung

Kiew – Die Ukraine plant eine deutliche Erweiterung der Kapazität des Kernkraftwerkes Chmelnyzkyj, das etwa 180 Kilometer östlich der polnischen Grenze liegt. Derzeit besitzt das Kraftwerk zwei aktive und zwei im Bau befindliche Druckwasserreaktoren des sowjetischen Typs WWER-1000. Damit liegt die Gesamtleistung aktuell bei 2000 Megawatt. Mit Hilfe westlicher Partner soll nun der zweite WWER-1000-Block fertiggestellt werden. Darüber hinaus ist vorgesehen, zwei AP-1000-Reaktoren der US-amerikanischen Firma Westinghouse zu installieren. Nach der Inbetriebnahme der zusätzlichen Meiler könnte das Kernkraftwerk Chmelnyzkyj über 6000 Megawatt Strom produzieren. Damit wäre es das leistungsfähigste Atomkraftwerk in Europa und fähig, den Wegfall der sechs Reaktoren von Saporischschja zu kompensieren, die sich momentan unter russischer Kontrolle befinden und im Juni vorigen Jahres abgeschaltet wurden. W.K.

KOMMENTARE

Ob Habeck weint?

HANS HECKEL

Den Vorschlag von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), auf die tiefe Krise der deutschen Industrie mit schuldenfinanzierten Gegenmaßnahmen zu reagieren, kontierte Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer mit einem denkwürdigen Satz: „Das ist der Weg, den die DDR gegangen ist.“

Viele Menschen in den neuen Bundesländern fühlen sich durch den rasanten Absturz der Wirtschaft tatsächlich an die Spätzeit der DDR erinnert. Gibt es Parallelen? Ohne die Verdienste der Bürgerrechtler und der mutigen Montagsdemonstranten zu schmälern: Es waren vor allem die Scharen an Übersiedlern, die das schnelle Ende der DDR und die (davor so wohl von niemandem erwartete) Schnelligkeit der Vereinigung erzwingen.

Sie kehrten einem Staat den Rücken, den eine verfehlte Wirtschaftspolitik ruiniert hatte. Dabei handelte sich zum großen Teil um junge Menschen, um das produktive Rückgrat der DDR-Volkswirtschaft. Bis zuletzt versuchte der

letzte kommunistische Regierungschef Hans Modrow, die Probleme mit neuen Schulden zu verkleistern. Doch Helmut Kohl ließ ihn abblitzen: erst freie Wahlen. Damit war das Ende des SED-Regimes besiegelt.

Heute treibt es abermals viele deutsche Beschäftigte aus der Republik. Vor allem aber vergeht keine Woche, in der nicht eine neue Auslandsverlagerung eines deutschen Unternehmens bekannt wird. Viele prominente Namen wie Bosch, Miele oder BASF beherrschen die Schlagzeilen, dahinter tummeln sich noch viele mittelgroße Unternehmen, deren Namen kaum jemand kennt. Abermals versuchen Politiker, dem Problem mit mehr Schulden und mehr Subventionen beizukommen.

Die Bundesrepublik an sich wird kaum untergehen. Doch der Bundesrepublik als reichem Wohlfahrtsstaat mit starker Wirtschaft, der droht existentielle Gefahr. Margot Honecker warf 1989 den Übersiedlern damals hinterher, sie weine „denen keine Träne nach“. Ob Habeck weint wegen der industriellen Massenflucht von heute?

Entlarvte Heuchelei

RENÉ NEHRING

Seit dem Untergang des „Dritten Reiches“ gehört das Bekenntnis, dass sich Juden Hass in Deutschland nicht wiederholen dürfe, zum Grundkonsens aller politisch relevanten Kräfte. „Nie wieder Antisemitismus!“ hieß und heißt es über die Parteigrenzen hinweg.

Was dieses Bekenntnis wert ist, zeigt sich seit Monaten eindrucksvoll – nämlich nichts. Als nach dem 7. Oktober 2023, an dem mehr als tausend Juden in Israel von der Hamas ermordet wurden, zehntausende Muslime durch deutsche Straßen zogen und einen islamischen Gottesdienst forderten, stellten führende Repräsentanten der Gesellschaft nicht etwa die radikalen Moslems zur Rede, sondern organisierten unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt“ Demonstrationen „gegen Rechts“ – ganz so, als hätten deutsche Rechtsradikale zuvor in Israel gemordet.

Am letzten Sonntagabend nun nutzte der Regisseur Ben Russell die Abschluss-

gala der Berlinale für den Vorwurf an Israel, mit dem Einsatz in Gaza einen Genozid an den Palästinensern zu verüben. Kein Wort über den vorherigen Terror der Hamas, kein Wort darüber, dass viele Araber bis heute den Staat Israel nicht anerkennen. Doch statt Buhrufen für den öffentlichen Juden Hass gab es Beifall aus der Kulturszene. Diesen erhielt auch der Filmemacher Basel Adra für seine Forderung, Deutschland möge seine Waffenlieferungen an Israel einstellen.

Zwar war die Empörung hinterher groß, doch zeigt die Berlinale einmal mehr, dass für weite Teile jener selbsternannten Gut- und Bessermenschen – zu den Applaudierenden gehörte auch Kulturstaaatsministerin Claudia Roth – „Nie wieder!“ nichts mehr ist als eine hohle Floskel, die sie bei Bedarf politisch Andersdenkenden um die Ohren hauen können – die jedoch niemals ernst gemeint ist in dem Sinne, Juden Hass in jedem Fall und unabhängig vom jeweiligen Ursprung entgegenzutreten.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tewes; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Buchdruck: Buchdruckerei
Bücherei, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmannstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte sind von externen Personen und Organisationen geschaltet. Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE33XXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
redaktion@paz.de (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Erster politischer Höhepunkt: Alexej Nawalnyj im Wahlkampf 2013 um das Moskauer Bürgermeisteramt

FALL NAWALNYJ

Leiden für die Freiheit

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Als die Nachricht über Alexej Nawalnyjs Tod bekannt wurde, befand sich Wladimir Putin auf Wahlkampfreise durchs Land. Bis heute ließ er den Tod seines größten Widersachers unkommentiert. Stattdessen beförderte er den ehemaligen Vizechef der Gefängnisbehörde FSIN, Walerij Bojarnew, der persönlich für die Folterungen Nawalnyjs im Gefängnis verantwortlich sein soll.

Während sich in den sozialen Netzwerken Russlands, wie Telegram oder VKontakte, die Kommentare überschlugen, welche von Hass- und Spotttiraden gegen Nawalnyj bis hin zu mitfühlenden Beileidsbekundungen reichten, verbreiteten die russischen Medien überwiegend nur die offizielle Meldung über den Tod. Lediglich die Tageszeitung „Kommersant“ berichtete über Verhaftungen im Zusammenhang mit Trauerversammlungen anlässlich des Todes des Oppositionspolitikers.

Über oppositionelle Medien im Westen gaben Nawalnyjs Mitarbeiter Wladimir Putin persönlich die Schuld am Tod des Politikers. Da der Leichnam nicht sofort frei gegeben wurde, glaubt Nawalnyjs Stab, dass die wahre Todesursache vertuscht werden solle, da die Angehörigen später kaum noch eine Möglichkeit haben, ihn auf Spuren untersuchen zu lassen, die auf eine Vergiftung oder Misshandlung als Todesursache hinweisen.

Eine Tat des FSB?

Der bulgarische Investigativjournalist Christo Grosew, der den Giftanschlag auf Nawalnyj 2020 als Tat des russischen Geheimdienstes FSB aufdeckte, glaubt, dass es dieselben Täter waren, die nun zu Ende brachten, was sie damals nicht geschafft hatten. Er will die Umstände von Nawalnyjs Tod in der Strafkolonie aufklären und ist sicher, dass er Zeugen im Gefängnis und unter Bewohnern der Region finden wird. Der inhaftierte Oppositionspolitiker Ilja Jasin meint, dass Nawalnyjs Tod eine demonstrative Hinrichtung war, ebenso wie die Jewgenij Prigoschins.

Nawalnyj wird als charismatisch beschrieben. Wie kein anderer schaffte er es, die Menschen für ihre Überzeugungen zu Protestaktionen auf die Straße zu bringen. Sein Ziel war es, das Putin-Regime zu stürzen und Russland zu einem freien, demokratischen Staat zu machen. Seine Weggefährten glauben, dass ihm nach Putin noch eine große Zukunft als Politiker beschie-

den gewesen wäre, wenn er wie einst Nelson Mandela aus dem Gefängnis zurückgekehrt wäre.

Ein Rückblick auf Nawalnyjs politische Erfolge in den vergangenen Jahren legt diese Sicht nahe. 2013 kandidierte er für das Bürgermeisteramt in Moskau und erlangte nach offiziellen Angaben 27 Prozent der Stimmen. Zu der Präsidentschafts-

„Ich werde von den Liberalen als Nationalist und von den Nationalisten als Liberaler bezeichnet“

Alexej Nawalnyj

wahl 2018 wurde er wegen schwebender Gerichtsverfahren nicht zugelassen. Während Nawalnyj im Westen als liberale Ikone gesehen wird, warfen ihm viele Russen vor, ein Ultra-Nationalist zu sein, der für Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit stehe. Eines seiner zentralen Themen war die illegale Einwanderung aus Zentralasien. Nawalnyj distanzierte sich später von frühen Äußerungen, erklärte, dass es sein Ziel gewesen sei, Mehrheiten zu sammeln. „Ich werde von den Liberalen als Nationalist und von den Nationalisten als Liberaler bezeichnet.“ Während er den Krim-Anschluss noch begrüßte, verurteilte er den Ukraine-Krieg scharf.

Unermüdlich prangerte der Jurist, Oppositionspolitiker, Dokumentarfilmer und Blogger die Korruption der politischen Elite an, womit er sich zahlreiche Feinde machte. Schließlich wurde 2020 ein lebensgefährlicher Giftanschlag mit dem Nervengift Nowitschok auf ihn verübt. Warum kehrte Nawalnyj nach seiner Behandlung in der Berliner Charité nach Russland zurück, wohl wissend, dass er weiterer Verfolgung durch die Strafbehörden ausgesetzt sein würde?

Erzpriester Andrej Kordotschkin, der wegen oppositioneller Äußerungen nicht mehr predigen darf, sagt, dass Nawalnyj ein gläubiger Mensch gewesen sei, der wie Jesus Christus seinen Leidensweg freiwillig angetreten habe. Selbst in verzweifelter Lage habe er sich nicht als Opfer gesehen.

Sein Kampf galt der Freiheit und der Hoffnung, dass sich etwas zum Besseren ändern werde.

Etwas nüchterner sieht es Abbas Galljamow, Putins ehemaliger Redenschreiber, der heute im Exil lebt. Wäre Nawalnyj im Westen geblieben, hätte er seine schärfste Waffe gegen Putin – nämlich die Fähigkeit, die Massen zu bewegen – verloren. Der Politologe, der dem Präsidenten während seiner Dienstzeit persönlich nähergekommen ist, behauptet, dass Putin alle mit seinem Erzfeind in Verbindung stehenden Entscheidungen selbst getroffen habe, also auch die über dessen Liquidierung.

Stand Gefangenaustausch bevor?

Laut Maria Pewschtschik, der Chefin von Nawalnyjs Anti-Korruptions-Stiftung, gab es Verhandlungen über einen Gefangenaustausch mit dem Westen. Nawalnyj sollte gegen den in Tiergarten-Mörder bekannt gewordenen Wadim Krasikow, der in Berlin eine lebenslange Haftstrafe absitzt, ausgetauscht werden. Zum Zeitpunkt von Nawalnyjs Tod hätten die Gespräche über den Austausch kurz vor dem Abschluss gestanden. Neben Nawalnyj sollten auch zwei amerikanische Staatsbürger ausgetauscht werden, deren Namen sie nicht nannte.

Galljamow glaubt dieser Darstellung. Ein Austausch wäre für Putin so kurz vor der Präsidentschaftswahl nicht schlecht gewesen, doch habe dieser offenbar seine Meinung unter dem Druck der Öffentlichkeit geändert. Er habe davon ausgehen können, bei der Präsidentschaftswahl um die 90 Prozent der Stimmen zu bekommen. Und dann standen plötzlich Hunderttausende Menschen im ganzen Land Schlange für die Kandidatur von Boris Nadsjeschdin. Jeder habe gewusst, dass es sich um einen Protest handelte, bei dem die Bevölkerung ihre Anti-Kriegs-Haltung zum Ausdruck brachte. Putin sei klar geworden, dass diese mächtig werden könne. Wenn er zuvor zu einem Austausch bereit gewesen sei, so sei dies der Wendepunkt gewesen. Während Putin sich außenpolitisch mit Erfolgen im Ukraine-Krieg schmückte, drohe innenpolitisch Gefahr, sei es durch protestierende Soldatenmütter und -frauen oder durch Gegenkandidaten wie Jekaterina Dunzowa und Nadsjeschdin.

Im Vergleich zu anderen Oppositionellen war es Nawalnyjs Stärke, nicht nur zu reden, sondern zu handeln. Er war die Stimme der russischen Opposition, die nun für immer verstummt ist.

Die Speerwerfer aus der Urzeit

Blick in 300.000 Jahre alte Jagdgründe – Altsteinzeit-Museum in Schöningen präsentiert seit zehn Jahren weltweit älteste Wurfgeräte

VON HELGA SCHNEHAGEN

Was macht man, wenn der Fund eine Welt Sensation ist, seine Objekte aber wenig spektakulär sind? Man investiert in ihre Präsentation. In diesem Fall in den Museumsbau und seine Ausstattung. So ist in Schöningen im Kreis Helmstedt mitten auf der grünen Wiese eine avantgardistische Landmarke entstanden, eine geometrische Bauskulptur, die seit 2013 zuerst als Paläon, seit 2019 als Forschungsmuseum des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege die 300.000 Jahre alten Schöninger Speere präsentiert.

Der 15-Millionen-Euro-Bau mit gut 2300 Quadratmetern Nutzfläche des Züricher Architekturbüros Holzer Kobler steht direkt neben der Fundstelle, dem bis 2016 betriebenen Braunkohle-Tagebau Schöningen. Den architektonischen Bezug zu den gegeneinander verschobenen Erdschichten stellen die Schrägen seiner Spiegelfassaden her, die dazu den Himmel und die umgebende Weidelandchaft reflektieren.

Innen wird der Besucher von „archaisch“ unverputzten Betonwänden empfangen, zwischen denen der weiße Ausstellungskörper mit Kabinetten und eingebauten Vitrinen den Bau zum geschützten Gesamtkunstwerk macht. Die Architektur ist nichts komplett Neues. Ihren Vorläufer findet man im ebenfalls von Holzer Kobler entworfenen Besucherzentrum der Grube Messel in Hessen.

Luftdicht einsedimentierte Waffen

Es sei Fluch und Segen zugleich, so Ausstellungtleiterin Jana Hugler, „denn damit sind Veränderungen bei Neufunden kaum möglich. Der Ausstellungsstand ist von 2011 und in Teilen schon überholt“. So ist auch die Präsentation der Gipsabdrücke der erst 2023 gefundenen ältesten Fußabdrücke Deutschlands ein Problem. Vor rund 300.000 Jahren haben sie Spe-



Funde aus dem Tagebau Schöningen: Fossile Reste von Bisons, Nashörnern, Elefanten und sogar Säbelzahnkatzen Foto: Schnehagen

zies des Homo heidelbergensis in den Boden gesetzt.

Mit den in den 1990er Jahren gefundenen Wurfspeeren und einer Stoßlanze waren die Vorfahren des Neandertalers hier auf die Jagd gegangen. In einem verlandeten See luftdicht einsedimentiert, konnten sie sich als älteste vollständige Holz Waffen der Menschheitsgeschichte inmitten von einer Herde erlegter Pferde, der Art nach bis zu 1,58 Meter große Mosbapherde, erhalten.

Diese Sensationsfunde beweisen, dass schon die Menschen jener Zeit fähig waren, Jagdwaffen mit höchster Präzision zu fertigen, mit unterschiedlichen Waffenarten – Speer und Lanze – eine Jagdstrategie zu entwickeln und sich gemein-

schaftlich zu organisieren. Großwild konnte man nicht alleine niederstrecken.

Ausstellungschefin Hugler erläutert: „Sobald die organischen Funde das Erdreich verlassen, beginnen sie zu verrotten. Deshalb haben wir auch eine Restaurierungswerkstatt im Haus, die auf Holz spezialisiert ist und sich bemüht, das Holz schnell zu konservieren, das heißt es mit Kunststoffen auszuhärten. Nichtsdestotrotz arbeitet das Holz immer weiter. Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist es daher, diese Holzfunde hier zu erhalten.“

Neben den Holzspeeren – nach Archäologe Utz Böhner bis heute mindestens zehn, von denen sich sechs vollständig erhalten haben – und der Lanze hat man einen sogenannten Bratspieß gefun-

den, der vorne eindeutig angekohlt ist. Ein anderer Sensationsfund ist das sogenannte Wurfholz. Eine Jagdwaffe, mit der man überhaupt nicht gerechnet hatte, und die sich gut für die Vogeljagd eignet.

Austariert wie Wettkampfspeere

Die bis zu 2,29 Meter langen Speere sind aus ganzen Stämmen geschnitzt. Bis auf einen aus Kiefer sind alle anderen aus Fichte hergestellt. Die Bäume waren 30 bis 40 Jahre alt und hatten trotzdem nur einen Durchmesser von sieben bis acht Zentimetern, da sie auf kargem Boden gestanden hatten. Dementsprechend ist das Holz knüppelhart.

Experimente zeigten, dass die Speere ballistisch exakt austariert sind, also ver-

gleichbar mit heutigen Wettkampfspeeren, und es mit ihnen möglich ist, eine Durchschlagskraft zu erzielen, die ausreicht, um damit größere Tiere zu töten. Die Menschen werden Jäger-Sammler-Gesellschaften gewesen sein, die nicht immer an einem Ort gelebt haben.

Unter den inzwischen rund 12.000 geborgenen Knochen konnten neben einer großen Zahl von Wildpferden auch Aurochsen, Bisons, Wildesel, Rinder, Hirsche, Nashörner, Elefanten und sogar Säbelzahnkatzen identifiziert werden. Von den Jägern selbst fanden sich keine Reste.

Dazu gibt das Bodenaariv Einblicke in die Klima-Entwicklung, das heißt den natürlichen Wechsel von Kalt- und Warmzeiten. Dabei unterliegen die klimatischen Schwankungen seit etwa 900.000 Jahren einem mehr oder weniger gleichmäßigen Zyklus von etwa 100.000 Jahren, wobei die Warmzeiten deutlich kürzer sind als die Kaltzeiten. „In den Kaltzeiten“, so Böhner zur Eröffnung im Jahr 2013, „lagen die Temperaturen bis zu zehn Grad unter dem heutigen Durchschnitt. Die Warmzeiten entsprachen dagegen ungefähr den heutigen Verhältnissen.“ Die heutige Warmzeit begann nach dem Ende des Pleistozäns vor etwa 11.600 Jahren.

Die Ausgrabungen in Schöningen halten an und die Fachwelt blickt gebannt auf deren Ergebnisse in Erwartung neuer Sensationsfunde. Anfang Dezember 2023 hat die Kulturministerkonferenz beschlossen, die Fundstätte der Schöninger Speere auf die deutsche Anmeldeleiste für die Unesco-Liste des Kultur- und Naturerbes der Welt zu setzen. Das letzte Verfahren dieser Art hatte vor zehn Jahren in Deutschland stattgefunden.

● Forschungsmuseum Schöningen, Paläon 1, 38364 Schöningen, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 9 Euro, Führungen (ab 30 Euro) empfohlen. Das Museum besitzt ein Café-Restaurant. www.forschungsmuseum-schoeningen.de

MUSIKGESCHICHTE

Der Heilige von der Moldau

Der Begründer der tschechischen Nationalmusik – Vor 200 Jahren wurde Friedrich Smetana geboren

In Böhmen geschah Mitte des 19. Jahrhunderts etwas, das sich aktuell in der Ukraine wiederholt: die Entwicklung einer nationalen Identität mit einer eigenen Sprache. So wie sich die Ukrainer von allem Russischen abgrenzen wollen, so löste sich der vor 200 Jahren im ostböhmischen Leitomischl geborene Komponist Smetana von allen Einflüssen der Böhmen regierenden Habsburgermonarchie.

Noch unter dem Namen Friedrich Smetana am 2. März 1824 geboren und getauft, tschechisierte er seinen Vornamen später in Bedřich, erlernte die tschechische Sprache und gab nach und nach seine deutsche Muttersprache auf. Im Zuge seiner Teilnahme an den Revolutionen von 1848/49 engagierte er sich in der tschechischen Nationalbewegung, was sich auch in seiner Musik ausdrückte. Programmatisch dafür steht sein bekanntestes Werk, die sinfonische Dichtung „Mein Vaterland“, die ihm neben Kompositionen wie seiner viel gespielten Oper „Die verkaufte Braut“ den Ruf als Begründer der tschechischen Nationalmusik einbrachte.

In seinen Opern wird konsequent tschechisch gesungen. So auch in seinem ersten Singstück „Die Brandenburger in Böhmen“ von 1866 über die Eroberung Böhmens durch Markgraf Otto IV. von Brandenburg im 13. Jahrhundert. Seine Tonsprache selbst aber war trotz gelegentlich verwendeter folkloristischer Elemente romantisch, und zwar deutsch-romantisch geprägt von seinen Vorbildern Franz Liszt und Richard Wagner.

Als Smetana 1848 in Prag eine Musikschule eröffnen wollte, ihm aber für den Ankauf von Klavieren das nötige Geld fehlte, schrieb er an den ihm völlig fremden Liszt einen Bittbrief: „Euer Wohlgeboren! Meine jetzige Lage ist schrecklich, Gott möge jeden Künstler davor bewahren. Wenn ich so viel Geld hätte, um wenigstens Instrumente für mein Lehrinstitut anschaffen zu können, so ist meine Existenz gesichert. Ich bin daher so kühn, Sie um eine Anleihe zu bitten. Denn in einigen Wochen könnte vielleicht kein Smetana mehr existieren!“ Statt Geld zu schicken, sorgte Liszt dafür, dass ein Verleger

die ihm gewidmete erste Klavierkomposition Smetanas veröffentlichte.

Damit war die Basis für dessen kompositorisches Schaffen gelegt. Doch zuvor



Hält seinem Lieblingsfluss die Treue: Prager Smetana-Statue an der Moldau

konzentrierte er sich auf die Dirigiertätigkeit und wurde Kapellmeister der Philharmonischen Gesellschaft in Göteborg. 1861 kehrte Smetana aus Schweden nach Prag zurück, wo seine unter Einfluss Liszts stehenden Programmmusiken entstanden. So charakterisiert jedes der sechs Teile von „Mein Vaterland“ ein Stück böhmischer Landschaft und Geschichte. Zum Hit wurde der zweite Teil „Die Moldau“, welcher den Verlauf des Flusses von der Quelle bis zur Mündung tonmalersch umgesetzt. Diese sinfonische Dichtung über einen Fluss ist in den Konzerthäusern bis heute ähnlich populär wie der Donauwalzer von Johann Strauss.

Als Smetana „Mein Vaterland“ schrieb, war er komplett taub. Bereits mit Anfang 50 verlor er sein Gehör infolge einer Syphilis-Erkrankung, die später zur Einweisung in ein Irrenhaus führte und an der er am 12. Mai 1884 sterben sollte. Heute bildet Smetana mit Antonín Dvořák und Leoš Janáček das Triumvirat der tschechischen Musik und wird in seinem Vaterland wie ein Heiliger verehrt. *Harald Tews*

● MELDUNG

Von Odessa nach Berlin

Berlin – Die Berliner Gemäldegalerie auf dem Kulturforum präsentiert bis zum 28. April mit „Von Odessa nach Berlin. Europäische Malerei des 16. bis 19. Jahrhunderts“ eine Auswahl von Gemälden aus dem Odessa-Museum für westliche und östliche Kunst. Anlass ist der zweite Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine. Die Präsentation ist Auftakt für eine große Sonderausstellung, die ab Januar 2025 Gemälde aus Odessa gemeinsam mit Werken der Berliner Sammlungen zeigen wird. Kurz nach Beginn des russischen Angriffs am 24. Februar 2022 wurden die bedeutendsten Gemälde des Odessa-Museums für westliche und östliche Kunst in ein Notlager gebracht, in dem sie vorübergehend dem Kriegsgeschehen entzogen waren. Da enge Berührungspunkte mit den Gemäldesammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin bestehen, initiierten das Odessa-Museum, die Gemäldegalerie und die Alte Nationalgalerie dieses große Kooperationsprojekt. *tws*

Ein Theologe der Freiheit

Vor einem Dreivierteljahrtausend starb der italienische Dominikaner, einflussreiche Philosoph, Hauptvertreter der Scholastik sowie bedeutende katholische Theologe und Priester Thomas von Aquin in der Zisterzienserabtei Fossanova

VON EBERHARD STRAUB

Solange sich die Katholische Kirche noch als heilige Einrichtung verstand und nicht als spirituelle Animationsbewegung für die Erlösung durch universale Demokratisierung, würdigte sie im heiligen Thomas von Aquin, vor 750 Jahren am 7. März 1274 gestorben, den doctor angelicus, den durch Weisheit und Tugend engelsgleichen Lehrer und Deuter ihrer, der göttlichen, Wahrheit und alles ordnenden Vernunft. Zeit seines Lebens wurde er von allen wegen seiner Liebenswürdigkeit und geistigen Anmut geschätzt. Der geborene Graf von Aquino, dazu bestimmt seinem König und Kaiser umsichtig zu dienen, entschied sich für den Dienst des Königs aller Könige, für Christus. Der wahre Ritter und Aristokrat, als Bild des adligen, schönen Menschen, war dazu aufgefordert, großzügig und gerecht mit allen zu verkehren, sich zu gefallen, indem er den anderen gefiel. Diese Verpflichtung seines Standes ließ Thomas auch als Dominikaner nie außer Acht und hielt sich frei von Eitelkeit, Neid, übler Nachrede und zänkischem Eifer, den hässlichen Leidenschaften, die alle zusammen Mönchen und Professoren meist ein so verdrießliches Wesen verschaffen.

Der Heilige Paulus mahnte die Christen, sich in Geduld zu üben, um es zu lernen, einander zu ertragen in ihrer jeweiligen Eigenart. Er war vertraut mit der griechischen paideia, der Erziehung zur Seelenschönheit, die es jedem erst ermöglichte, zu einem gefälligen Auftreten zu gelangen in Übereinstimmung mit der Vernunft, die eine gesellschaftliche Kraft war. Die Christen lernten bald, dass Vernunft überall zugegen sein müsse, wo Menschen es mit Menschen zu tun haben. Leben entwickelt sich im Zusammenleben, und das ist immer dramatisch aufgrund der Spannungen der jeweiligen einzelnen mit den vielen anderen und ihm im gar nicht vertrauten. Die gesellige Vernunft der Heiden und ihrer Philosophen konnte ihnen, trotz mancher Vorbehalte, sehr willkommen sein, weil die Christen als Ebenbilder Gottes vernunftbegabt waren und dazu angehalten wurden, ihre Vernunft zu gebrauchen, die mit ihrer Freiheit zusammenhing und dem göttlichen Geist, dem befreienden, der jeden Menschen dazu aufrief, nicht untätig zu bleiben, sondern handelnd, sich der Wahrheit anzunähern und von deren Licht erhellt, davor geschützt zu sein, sich von Irrlichtern blenden und täuschen zu lassen.

Ein Wirklichkeitswissenschaftler

Thomas von Aquin ist in diesem Sinne ein Theologe der Freiheit, die nicht im Reich der Ideen ein erhabenes Leben für sich führt, sondern als Macht in die Wirklichkeit gestaltend eingreift von Menschen behauptet und verteidigt, die hier und heute sich bewähren müssen. Er ist ein Wirklichkeitswissenschaftler. Seine Summa theologia ist die umfassendste Darstellung des sich selbst problematischen Menschen in seiner Umwelt, oft genug verwirrt durch eigene Schwächen und Unzulänglichkeiten oder der anderen, wie er irrtumsanfällig, doch auch immer wieder beruhigt durch jene klaren Köpfe, die es gelernt haben, die Geister zu unterscheiden, und die Irrenden auf den rechten Weg weisen und in die Ordnung zurückführen können. Es geht bei ihm um Gott, den Glauben und die Erlösung, um existentielle Gegebenheiten, also um den Menschen, der sein Heil ver-



Thomas von Aquin: Fresko von August Müller aus dem Jahre 1923 in der Dreifaltigkeitskirche in Bern

Foto: Mauritius

wirken kann und deshalb verantwortlich dafür ist, was aus ihm wird, was er aus sich macht. Gott hilft mit seinen Gnademitteln jedem dabei, den Weg ins Freie zu finden, was heißt, den Einzelnen auf seine Vernunft zu verweisen, um mit ihr fähig zu werden, sein Leben zu meistern und nicht zu verzagen.

Die heidnischen Philosophen erzogen jeden Willigen zum Bewusstwerden seines Selbst und wie er sein unerschöpfliches Ich zu einer unverwechselbaren Persönlichkeit bilden konnte. Die dauernde Selbstbeschäftigung, um sich selbst zu finden, verlor sich aber nicht in einem ziellosen Subjektivismus, sondern verwies den unvollkommenen Einzelnen auf überpersönliche Mächte, auf das Wahre und Gute, das jenseits der Willkür und Launen auf objektive Ordnungen verweist, auf die der Mensch zu seinem Wohle angewiesen ist, auf die Gemeinschaften in Gesellschaft und Staat, die das Selbstbewusstsein des Vereinzelt zu einem Gemeinschaftsbewusstsein erweitern, das es jedem erst ermöglicht, zu seiner wahren Bestimmung zu gelangen, das Eigene und das Gemeinsame im tätigen Zusammenleben vernünftig und deshalb einander ergänzend und steigend zu vermischen. Das Eigene ist das unterscheidende und trennende, alles Gemeinsame das einigende und verbindende Element. Was die Philosophen

lehrt, konnten die Christen mühelos übernehmen, weil sie davon überzeugt waren, dass die vernünftige Natur des Menschen ihn dazu nötigte, in Gesellschaft mit vielen und anderen zu leben.

Die personifizierte Vernunft

So hat es Gott gewollt, die personifizierte Vernunft als Wort und Wahrheit. Sie ließ sich in die stets bewegte und wechselvolle Welt als Geschichte mit ihren Sonderformen und ihrer Unruhe ein, als mit Christus, die Wahrheit, als Gott Mensch geworden ist. Davon wussten „die Alten“ nichts. Diese ungeheure Neugier hat, wie Thomas dichtete, „des Alten End gebracht“. „Neues treibt das Alte fort“ und ruft eine neue Zeit mit neuen Menschen hervor. Thomas von Aquin ist, ähnlich den meisten christlichen Philosophen seit Augustinus, ein Historiker, der den Menschen in seiner Zeit und Geschichtlichkeit betrachtet. Der Mensch als Typus oder Idealfigur ist für ihn nur eine Abstraktion. Den Menschen, unverwechselbar und einmalig, gibt es nur in mannigfachen Gestalten Ordnungen, wie sie die natürliche und göttliche Weltvernunft verlangt. Doch die allgemeine Ordnung erhält sich durch vereinigte Verschiedenheiten, die Fülle von Menschen, Völkern, Sprachen und Kulturen. Ein großes Bild dafür ist das Pfingstwunder: der eine Heilige Geist spricht in vielen Zün-

gen und versöhnt die offenbare Vielheit zu einer von ihm belebten Einigkeit.

In der Welt als Geschichte von recht verschiedenen Ordnungen gibt es gleiche sittliche Ziele, nämlich Gerechtigkeit und Frieden. Beide bilden die Voraussetzung für freie Forschung und ungehinderten Zugang zur Wahrheit, zur Erkenntnis Gottes, des Menschen und all dessen, was die Welt im Innersten zusammenhält. Aber jede Epoche ist anders, so wie jeder Mensch sich vom anderen unterscheidet, und verdient, weil unmittelbar zu Gott, wie später Leopold von Ranke als Historiker und Geschichtstheologe im Sinne des heiligen Thomas sagen sollte, Achtung und gewissenhaftes Verständnis im Dienst der Wahrheit und der Erkenntnis und damit im Dienst des Menschen. Er ist zur Freiheit bestimmt und darf nicht um die Mittel gebracht werden, die er braucht, um sich in einer Freiheit und Ordnung hütenden sittlichen Gemeinschaft entfalten und seiner gottgewollten Selbstbestimmung genügen zu können. In der Ebenbildlichkeit des vernunftbegabten Menschen mit Gott, der lebendigen Vernunft und Wahrheit, liegt die größte Herausforderung: den kreatürlichen Menschen hinter sich zu lassen und zum wirklich lebendigen Menschen zu werden, wiedergeboren aus dem Geist, der vom Glauben erfüllt, jeden zu lenken vermag, der sich ihm nicht störrisch widersetzt.

Thomas begreift den Menschen im Zusammenhang mit Ordnungen, die ihm überhaupt erst ein selbstbestimmtes Leben gemeinsam anderen erlauben. Staatliche und gesellschaftliche Verfassungen kommen nicht ohne Harmonie gewährende Proportionen aus. In deren Formen veranschaulichen sich sittliche Absichten. Vernunft und Wahrheit richten sich gegen das Unvernünftige, weil es auch das Hässliche und Widerwärtige ist. Alles Vernünftige, weil mit dem Wahren im Bunde, ist schön, weil die Wahrheit und Gott schön sind. Der Glanz der Wahrheit, die Schönheit Gottes und seiner Ordnung, entrückt alles, was in ihre Nähe gerückt ist, den Staat, die Wissenschaft, die Kunst, die Kirche, die Banalität und Geistlosigkeit. Sämtliche Institutionen, die den Einzelnen von sich ablenken und ihn an allgemeine, auch ihn ergreifende Bedürfnisse und Hoffnungen, eindringlich erinnern, kommen ohne Schönheit gar nicht aus, die herzbezwingend von deren wohlthuender Anziehungskraft reden.

Bedeutung für die Gegenwart

Das Gute, Wahre und Schöne ist während sämtlicher Epochen schon vorhanden, oft versteckt und nicht als Kraft wirksam, weil manche Unklarheiten daran hindern, es zu erkennen und sich ihm anzunähern. Es bedarf sorgfältiger Methoden, ihm im Laufe der Zeiten auf die Spur zu kommen und zu vermeiden, vorschnell etwas bei Seite zu schieben, in dem sich Möglichkeiten andeuteten, die später zu erstaunlichen Ergebnissen führten. Mit von Leidenschaften unberührtem Sachverstand muss der theologische und philosophische Freund der Wahrheit Meinungen und Argumente in Beziehung setzen und vergleichen. Auch der irrende Geist, weil doch auch Geist, kann Anteil haben an der Wahrheit, weil nach ihrer Enthüllung strebend. Für die eine Wahrheit finden Griechen und Römer jeweils andere Worte, die sie sorgfältig in ihre Sprache übersetzen müssen, um Missverständnisse zu vermeiden. Weil ein Gedanke alt, muss er nicht veraltet sein; denn der Geist weht, wie und wohin er mag.

Deshalb gibt es eine Entwicklung im Denken und auch bei der Formulierung der Glaubenswahrheiten, die in ihrer Fülle erst nach und nach entdeckt werden. Insofern ist das Streben nach Wahrheit auf Geduld und Phantasie angewiesen, auf die Fähigkeit, sich in den Geist der Zeiten und der stets unruhigen Menschen hineinzuversetzen und hineinzuempfinden, weil Seele und Gemüt mit ihren besonderen Eigenschaften der Vernunft Wege weisen können, die ihr unter Umständen verschlossen blieben. Thomas von Aquins Summa Theologiae könnte immer noch eine hohe Schule des Denkens gerade in Zeiten der Demokratie sein, die beanspruchen, auf die Diskussion angewiesen zu sein, um sich darüber klar zu werden, auf welche Weise die hohen Ziele der Gerechtigkeit und des Friedens in stets anderen Zeiten den handelnden und denkenden Menschen leiten und vor groben Missgriffen und Verirrungen bewahren können. Demokraten folgen oft den Leidenschaften. Das wusste Thomas aus der Geschichte. Gerade deshalb sollten sie nicht auf einen sanften Ratgeber mit einer Autorität wie den doctor angelicus verzichten, der zu Besonnenheit und Sachlichkeit mahnt, um die eigene Befangenheit in der Gegenwart mit ihren Zwängen zu erkennen und abzuschwächen. Die Wahrheit verlangt keine Aufmerksamkeit, weil sie christlich, sondern weil sie wahr ist und befreit.

FREIE STADT DANZIG

Ein Schweizer war der letzte Hohe Kommissar

Der vor 50 Jahren gestorbene Diplomat, Essayist und Historiker Carl Jacob Burckhardt bekleidete das Amt von 1937 bis 1939

VON FEDOR M. MROZEK

Am 3. März dieses Jahres ist es ein halbes Jahrhundert her, dass mit Carl Jacob Burckhardt ein Mensch von dieser Erde abgerufen worden ist, der bereits zu Lebzeiten in den Olymp der Dichter und Denker aufgestiegen war, zum einen als Historiker und Literat, zum anderen als gleichermaßen gelehrter und geschichtspragmatischer Diplomat sowohl in schweizerischen als auch internationalen Diensten, zuletzt von 1944 bis 1948 als Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

Angelegentlich einer seiner zahlreichen Ehrungen, der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Jahre 1954, hielt Bundespräsident Theodor Heuss die Laudatio in Frankfurt am Main und kam auf die dem deutschen Publikum sicherlich am nachhaltigsten in Erinnerung gebliebene politische Station im Dienste des Vorläufers der Vereinten Nationen zu sprechen: „Das war schon ein herrlicher und auch die Völkerbunde in Genf ehrender Vertrauensbeweis in Takt, Einsicht, Umsicht und innere geistige Freiheit, daß in einer Zeit – 1937 –, da die Welt schon voll war von der Geiztheit der Seelen, Burckhardt aufgedordert wurde, Hoher Kommissar in dem Freistaat Danzig zu werden, der künstlich ausgeklügelten Rechts- und Sachkonstruktion der argen Verlegenheiten von 1919, völkerrechtlich und ‚geopolitisch‘, um den Begriff zu gebrauchen, nun seit Jahren die eigentliche Reizstelle der politischen Lage in Europa. Der äußere Status war da, er war zu wahren, im Innern, durch das totalitäre Verfahren, die Reste stadtbürgerlicher Selbstbesinnung schon vernichtet.“

Am 10. September 1891 wurde Carl Jacob Burckhardt in Basel in eine Akademiker-Familie hineingeboren. Nach gymnasialer Grundlegung in seiner Vaterstadt und in Clarisegg ließ man ihn gut gerüstet das Geschichtsstudium in Basel, München, Göttingen und Zürich absolvieren. Auf die Promotion 1918 folgte ein diploma-



Als Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig: Carl Jacob Burckhardt 1939 in seinem Arbeitszimmer

tisches Intermezzo als Gesandtschaftsattaché der Eidgenossenschaft in Wien bis 1922, dem die literarische Freundschaft mit Hugo von Hofmannsthal entsprang. Nach seiner Habilitation an der Universität Zürich 1926 erreichte ihn ebendort drei Jahre darauf sein erster Ruf auf einen Lehrstuhl der Geschichte, gefolgt von einer Professur in Genf ab 1932.

Die Sicht bedeutender Zeitgenossen

Wenn der Bundespräsident in Frankfurt von einer „künstlich ausgeklügelten Rechts- und Sachkonstruktion der argen Verlegenheiten von 1919“ sprach, so deckt sich sein Urteil von 1954 mit demjenigen vieler weitsichtiger Zeitzeugen zur Abtretung des zu 96 Prozent deutschen Gebietes der beiden Städte Danzig und Zoppot sowie der Kreise Danziger Höhe, Danziger Niederung und Großes

Werder unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Bereits zwischen der ultimativ erzwungenen Unterzeichnung des Friedens von Versailles am 28. Juni 1919 und dessen Inkrafttreten am 10. Januar 1920 äußerte der französische Abgeordnete Marcel Sembat am 4. September 1919 in der Deputiertenkammer die Warnung, „daß Danzig den Keim zu einem neuen Krieg in sich trage“.

Nachdem sich diese düstere Prophezeiung 1939 erfüllt hatte, resümierte der seit 1932 im Amt befindliche polnische Außenminister Józef Beck: „Das Statut der Freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und komplizierteste Schöpfung des Versailler Vertrages. Es war schwer, etwas anderes anzunehmen. Es war es einzig mit dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen, oder

zum allermindesten ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu opfern.“

Burckhardts eigene Sicht

Wie sah nun Burckhardt selbst die Ausgangslage seines Völkerbund-Postens? Seinem Herkommen aus einem neutralen Lande gerecht werdend, nahm er die polnische genau wie die deutsche Seite ernst, wenn wir ihn erneut aus seinem 1960 in München erschienenem Buch „Meine Danziger Mission 1937–1939“ zu Wort kommen lassen, in dem er eingangs „Streiflichter zum Danziger Problem“ schildert: „Bei den Friedensverhandlungen schlug die ‚Cambon-Kommission‘ die bedingungslose Abtretung Danzigs durch das Reich an Polen vor, aber Lloyd George erklärte, es handle sich um rein deutsches

Gebiet. Der Begriff ‚rein deutsches‘ Gebiet wurde von den Polen mit ethnischen und mit überzeugend wirkenden historisch wirkenden Argumenten bestritten. Die deutsche Delegation in Versailles dagegen erklärte, die Lösung Danzigs aus dem Reichsverband stehe in schroffstem Gegensatz zu den Prinzipien Präsident Wilsons. Der Versuch, Danzigs Verkehrswege und die Vertretung seiner Interessen nach außen den Polen zu überlassen, müsse zu einer dauernden Kriegsgefahr im Osten führen. Die deutsche Regierung seie sich gezwungen, die geplante nationale Vergewaltigung Danzigs abzulehnen und sie müsse die klare Forderung stellen, Danzig und seine Umgebung beim Deutschen Reich zu belassen. Vor dieses Problem gestellt, schritt man zu einer Kompromißlösung; man erfand die Freie Stadt Danzig, die nicht frei, sondern in jeder Beziehung bedingt, wohl eines der kompliziertesten Gebilde darstellte, das jemals dem theoretischen Denken improvisierender Völkerrechtler entsprungen ist. Ein Miniaturstaat wurde ins Leben gerufen, der, ohne wirkliche Unabhängigkeit, nur über sehr bedingte Souveränitätsrechte verfügte; ein wesentlicher Teil dieser Rechte wurde an Polen abgetreten, und in das tatsächlich als Ursprung ständiger Konflikte wie geschaffene Statut wurde nun auch noch als Garant der Völkerbund eingeschaltet mit im Konfliktfall nicht durchzusetzenden Rechten. Weder die Freie Stadt, noch die Republik Polen, noch der Völkerbund besaßen klar definierte Befugnisse. Eine eindeutige, selbst eine harte Lösung der polnischen Hafenanfrage hätte niemals die Gefahren enthalten, die seit dem Beginn das Entstehen der Freien Stadt Danzig für die polnische Republik und den Frieden im Osten mit sich brachte.“

● **Fedor M. Mrozek** stammt väterlicherseits aus Danzig-Oliva und ist Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Schleswig-Holstein und Vizevorsitzender der Landsmannschaft der Danziger in der Landeshauptstadt Kiel.

GEORG LUGER

Ein Österreicher entwickelte die „Parabellum“

Der Arztsohn, der Kaufmann werden sollte und beim Wehrdienst seine Passion entdeckte, kam vor 175 Jahren in Tirol zur Welt

Der Erfinder der bezeichnenderweise auch „Luger“ genannten Selbstladepistole „Parabellum“ kam am 6. März 1849 in Steinach am Brenner als Sohn eines Chirurgen und dessen Ehefrau zur Welt. Die Eltern wollten aus Georg Luger einen Geschäftsmann machen, und diesem Wunsche folgte er anfangs auch. Nach dem Besuch von Grundschule und Gymnasium zog er nach Wien. Dort hat er die Handelsakademie besucht, 1874/75 als Bankbeamter gearbeitet und anschließend ins Management des noblen Jockey-Clubs gewechselt.

Unterbrochen wurde dieses Zivilistenleben durch Militärdienst bei den Streitkräften. 1867 rückte er als Einjährig-Freiwilliger zum Infanterieregiment 78 ein. Bei der Armee stieß Luger auf sein Metier: Schusswaffen. Luger erwies sich nicht nur als sehr guter Schütze, ihn interessierte auch sein Werkzeug: Schusswaffen. 1871 endete zwar Lugers militärische Laufbahn mit dem Dienstgrad eines Leutnants der Reserve, aber seine Beschäftigung mit Schusswaffen ging weiter.

Ein Landsmann, der Schusswaffenerfinder und -konstrukteur Ferdinand

Mannlicher, gewann Luger für das auch Rüstungsgüter produzierende deutsche Unternehmen Ludwig Loewe & Co. mit Sitz in Berlin. Als deren Mitarbeiter sollte Luger nicht nur Waffen entwickeln, sondern mit seiner Weltgewandtheit, seinen Sprachkenntnissen sowie seiner Kaufmanns-ausbildung und -erfahrung auch Waffen international vertrieben, darunter die von dem deutschen Waffenkonstrukteur Hugo Borchart entwickelte „Borchart C93“.

Hierbei handelte es sich um eine der ersten in nennenswerten Stückzahlen hergestellten Selbstladepistolen. Sie war einerseits sehr innovativ und modern, andererseits unausgereift, was ihren Verkauf sehr erschwerte. Luger erkannte sowohl ihr Potential als auch ihre Schwächen. Zu Letzteren gehörte ihre übermäßige Länge und Schwere, der ergonomisch ungünstig nahezu im rechten Winkel zur Laufachse angeordnete Griff und die Schwäche der Patronen. Darüber hinaus war ihre Herstellung aufwendig und damit teuer. Da Luger um die Qualität des Prinzips der Waffe wusste, unterzog



Georg Luger im Jahre 1906

er sich der Mühe, sie fachmännisch zu überarbeiten. Beispielsweise gestaltete er den Kniegelenksverschluss kompakter und den Griff schräger und damit benutzerfreundlicher.

Ein Ergebnis dieser Überarbeitung war die sogenannte Pistole 1900. Von 1900 bis

1948 hat die Schweiz über fünftausend Exemplare für ihre Armee beschafft. 1896 hatte Lugers Arbeitgeber Ludwig Loewe & Co. zusammen mit den Mauerwerken und der Metallpatronen AG die Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken AG (DWM) gegründet und die eigene Produktion von Waffen und Munition dorthin ausgelagert. Diese DWM mit Sitz in Berlin hatte die Telegrammadresse „Parabellum“, und so wurde die „Pistole 1900“ in der Schweiz auch genannt.

1904 folgte Deutschlands Kaiserliche Marine und machte mit der „Pistole 04“ ebenfalls eine Weiterentwicklung Lugers der „Borchart C93“ zu einer ihrer Standardwaffen. 1908 folgten schließlich auch die deutschen Landstreitkräfte mit der „Pistole 08“. Von der auch „Po8“ oder „Pi 08“ genannten Pistole sollen im Ersten Weltkrieg über zwei Millionen Exemplare hergestellt worden sein. Nach dem Krieg wurde auch die neue Reichswehr mit der Waffe ausgerüstet und die Polizei nutzte sie ebenfalls.

Erst 1938 wurde in der Wehrmacht mit der „Walther P38“ ein Nachfolger

eingeführt. Doch selbst noch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die „Po8“ in diversen Staaten als Ordonanz- und Dienstwaffe eingesetzt. Die beiden deutschsprachigen Staaten DDR und Österreich gehörten dazu. Inzwischen wird die Po8 zwar nicht mehr produziert, aber die von Luger mitentwickelte zugehörige Patrone „9 mm Parabellum“ beziehungsweise „9 mm Luger“ als „9x19 mm NATO“ nach wie vor.

Luger selbst überstand die Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg nicht so gut wie seine Waffenentwicklungen. Ein Großteil seines Vermögens hatte er in Kriegsanleihen gesteckt und damit verloren. Zudem kündigte sein Arbeitgeber dem genialen, aber unbequemem Konstrukteur 1919 fristlos, sperrte ihn aus seinen Laboratorien aus und versuchte offenkundig, ihn um seine Patente zu bringen. Luger klagte und bekam 1922 schließlich Recht. Lange konnte er sich dessen jedoch nicht erwehren. Bereits im darauffolgenden Jahr starb er am 22. Dezember in Fichtenau bei Berlin.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Gehen Sie nach Böhmen! Böhmen, das ist unser Italien!“, rief der Professor für Landschaftsmalerei an der Dresdner Kunstakademie, Adrian Ludwig Richter, seinen Schülern zu, nachdem es ihn bis 1840 selbst mehr als zwanzigmal in die böhmischen Lande gezogen hatte. Dem Rat des Altmeisters der Spätromantik zu folgen, lohnt auch heute noch, denn das trocken-warme Klima der Böhmisches Tafel erinnert tatsächlich an deutlich südlichere Gefilde. Allerdings war und ist Böhmen für die Deutschen weit mehr als nur ein nahegelegener Italien-Ersatz. Das resultiert aus der mehr als tausend Jahre alten Tradition des Deutschtums in Böhmen, durch welche die Region fest mit unserer Nation verbunden ist – auch wenn Geschichtsklitterer nichts unversucht lassen, um dies zu verleugnen.

In Böhmen siedelte anfangs der keltische Stamm der Boier, welcher dem Land seinen Namen gab, bevor zu Beginn des 1. Jahrhunderts n. Chr. die germanischen Markomannen einwanderten, die dann im Laufe der Völkerwanderung weiterzogen. Erst danach trafen um 550 von Osten kommende Slawen in Böhmen ein.

Es folgten verschiedene slawische Stammesbünde und Fürstentümer, welche sich zunächst dem Frankenreich und im Weiteren den Herrschern von Mähren unterwarfen. 895 schwor der böhmische Herzog Spytihněv I. schließlich dem König des Ostfrankenreiches und späteren römischen Kaiser Arnolf von Kärnten die Treue. Seither gehörte Böhmen de facto zum Heiligen Römischen Reich, dem späteren Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Als Konsequenz hieraus erfolgte seit dem 9. Jahrhundert die Christianisierung dieses Landstrichs. Außerdem ließen sich in Prag, der Residenzstadt der böhmischen Herrscher, ab dem 10. Jahrhundert etliche deutsche Kaufleute nieder.

Sie wurden gezielt hereingelockt

Im Jahr 1085 wurde der böhmische Fürst Vratislav I. mit Rückendeckung des römisch-deutschen Kaisers Heinrich IV. zum König von Böhmen. Der Träger dieser Würde gehörte in der Folgezeit dem Kurfürstenkollegium an und nahm somit an der Wahl des deutschen Königs teil. Aufgrund der immer engeren Verklammerung Böhmens mit den deutschen Landen zogen zunehmend mehr deutsche Neubürger in die böhmischen Städte – vielfach ausdrücklich gerufen von den Nachfolgern Vratislavs. Wenzel I. Přemysl stellte 1231 einen förmlichen Schutzbrief für die nach Böhmen geholten Deutschen aus.

Dazu kamen ab dem 13. Jahrhundert Kolonisten aus Bayern, Franken, Obersachsen, Schlesien und Österreich, welche die menschenleeren Grenzgebiete



Werke des deutschen Baumeisters Peter Parler: Die Prager Karlsbrücke und der Veitsdom aus dem 14. Jahrhundert

Foto: imago/imagebroker

BÖHMEN

Vom deutschen Erbe tief geprägt

Auch wenn es von manchen gern verdrängt wird: Aus Geschichte und Kultur des heutigen Tschechien sind die Deutschen schlicht nicht wegzudenken

Böhmens urbar machten. Diese waren gebirgig und dicht bewaldet. Deshalb hatten sich hier keine Slawen niedergelassen. Die Neusiedler im Adler-, Riesen-, Iser- und Erzgebirge sowie dem Böhmerwald und anderen schwer zu bewirtschaftenden Regionen vollbrachten wahre Wunder an Fleiß und Können, ohne dass sie irgendjemanden verdrängten. Parallel dazu entstanden deutsch geprägte Städte oder Stadtteile in ganz Böhmen – besonders oft geschah dies zur Regierungszeit von König Ottokar II. Přemysl zwischen 1253 und 1278.

Die Deutschen lebten in Böhmen dabei weiterhin unter königlichem Schutz nach deutschem Recht, für dessen Durchsetzung eigene Vögte und Richter sorgten. Gleichzeitig prägten sie Böhmen kulturell, was sich unter anderem in der weiten Verbreitung mittelhochdeutscher Literatur und der Schaffung zahlreicher repräsentativer Bauwerke zeigte. So errichtete Peter Parler aus Schwäbisch-Gmünd, der

um 1356 nach Böhmen kam, den Veitsdom und die Karlsbrücke in Prag. Außerdem vollendete er die Burg Karlstein, in der die Herrschaftsinsignien der römisch-deutschen Kaiser lagerten.

Parallel dazu gründete der böhmische König und spätere römisch-deutsche Kaiser Karl IV. 1348 die Prager Universität. Sie ist die älteste deutsche Hochschule ist, die für das ganze Reich bestimmt war. Zum Zeitpunkt von Karls Tod im Jahr 1378 hatte der deutsche Zugang nach Böhmen seinen historischen Höhepunkt erreicht.

Fast 40 Prozent der Bevölkerung

Dann führte der Feuertod des böhmischen Reformators Jan Hus im Juli 1415 zum Ausbruch der Hussitenkriege, in deren Verlauf sich der religiöse Aufstand der Anhänger des „Ketzers“ Hus in eine soziale Bewegung verwandelte, zu deren Merkmalen der Hass auf alles Deutsche gehörte, wie er Jahrhunderte später auch zu den

Massakern und Vertreibungen des Jahres 1945 führte. Die Hussiten eroberten viele von den Deutschen geprägte Städte, wobei sie deren Bewohner niedermetzten. Das führte zur Vernichtung des bis dahin blühenden Deutschtums in weiten Teilen Böhmens.

Aber auch nach der Niederschlagung der Hussiten-Rebellion wurden die verbliebenen Deutschen in jeder Hinsicht unterdrückt und wie lästige Ausländer behandelt. Das änderte sich erst im 16. Jahrhundert, als die Bergwerke im Erzgebirge sowie die Leinen- und Tuchmanufakturen in Nordostböhmen, in denen vornehmlich Deutsche arbeiteten, immer größere wirtschaftliche Bedeutung erlangten. Im Ergebnis rückte die deutsche Sprachgrenze wieder nach Süden und Westen vor – darüber hinaus strömten neue Kolonisten aus Bayern nach Böhmen.

Der endgültige Umschwung erfolgte nach der Schlacht am Weißen Berge bei Prag im Jahre 1620, in der die böhmischen

Stände der katholischen Liga unterlagen, womit Kaiser Ferdinand II. seinen Anspruch auf die böhmische Krone durchsetzen konnte. Aufgrund dessen entwickelte sich Böhmen zu einer Provinz der Habsburgermonarchie, in der das Deutschtum bald nicht mehr nur wie früher gleichberechtigt dastand, sondern zum dominierenden Element aufstieg. Daher zeigte sich der böhmische Historiker Franz Martin Pelzel 1789 überzeugt, dass Böhmen alsbald vollständig deutsch werden würde.

Wenig später weckten dann jedoch die Französische Revolution und die Befreiungskriege gegen Napoleon das Nationalbewusstsein der Tschechen in der habsburgischen Vielvölkermonarchie. Diese Entwicklung gipfelte im 20. Jahrhundert in der stufenweisen Verdrängung der Deutschen, welche einstmals fast 40 Prozent der Bevölkerung Böhmens gestellt und das Land sehr viel stärker geprägt hatten, als es heute scheint.

REISEN

Eintauchen in eine andere Welt

Weder geschändete Kulturgüter noch „Männergruppen“: Was einem beim Besuch hinter der tschechischen Grenze auffällt

Es gibt heute viele Wege von Sachsen nach Böhmen. Einer davon führt auf der ehemaligen Poststraße zwischen Dresden und Teplitz durch Peterswald [Petrovice]. Die Ortschaft an der deutsch-tschechischen Grenze empfängt ihre Gäste in der kalten Jahreszeit mit einem strengen Geruch aus den Schornsteinen der vielen Häuser, in denen noch urtümliche Kohleöfen in Betrieb sind.

Auch sonst erwecken etliche der Wohngebäude den Eindruck, als sei nach der Vertreibung ihrer deutschen Besitzer im Jahre 1945 kein Handschlag mehr daran gemacht worden. Andere Bereiche von Peterswald wirken dahingegen surreal.

Das liegt unter anderem an den Läden der vielen vietnamesischen Händler, die im bunten Neonlicht erstrahlen und genauso wenig ins Bild passen wie das gewaltige sowjetische Düsenverkehrsflugzeug Tupolew Tu-104, das nun als Restaurant dient. Dazu kommen neun weitere Lokale, ein Dutzend Friseursalons, zwei Apotheken, drei Tankstellen und ein großer Supermarkt.

Hier tummeln sich überall Deutsche, welche den Weg nach Peterswald auf sich genommen haben, um irgendwie Geld zu sparen. Aber das mittlerweile meist nur noch geringe Preisgefälle ist sicher nicht der einzige Grund für den zeitweisen

Wechsel nach Böhmen, denn hier ticken die Uhren in mancherlei Hinsicht anders.

So sieht man nirgendwo eine der sattsam bekannten „Männergruppen“, welche den öffentlichen Raum in Deutschland auf immer dreistere Weise okkupieren, wovon beispielsweise jeder Besucher der Dresdner Innenstadt ein Lied singen kann. Das gilt analog für ganzkörperverhüllte Frauen. Ebenso fehlen die protzigen Karossen ukrainischer Wehrdienstverweigerer.

Doch damit nicht genug: Weder die Statue des Heiligen Johannes von Nepomuk aus dem Jahre 1709 noch die Madonna mit dem Kind von 1788, welche beide

am Straßenrand stehen, tragen irgendwelche Zeichen von Schändung, wie es auch sonst keine Graffiti oder Schmierereien an Wegweisern, Informationstafeln, Bushaltestellen oder anderen Bauwerken gibt. Welch ein Kontrast zur anderen Seite der Grenze, wo selbst uralte historische Steinkreuze aus dem Mittelalter oder unter Naturschutz stehende Felsen im Nationalpark Sächsische Schweiz mit islamischen Botschaften oder einfach nur himmlischem Gekritzel verunstaltet werden.

Und noch etwas mutet anders an als in der benachbarten Bundesrepublik: Supermarktkassierer, Tankwarte, Friseur, Kellner und sonstige Beschäftigte im Handel

oder dem Dienstleistungssektor agieren in aller Regel ungewöhnlich flink, effizient und freundlich, weil sie ganz offensichtlich gern arbeiten. Aber im EU-Land Tschechien gibt es eben kein großzügig bemessenes Bürgergeld. Vielmehr liegt der Sozialhilfesatz für eine vierköpfige Familie bei mageren 550 Euro pro Monat.

Deshalb sind auch keine Maßnahmen gegen Armutsfüchtlinge an der Grenze nötig, wohingegen die ständige Polizeipräsenz entlang der Fahrspur in Richtung Sachsen auffällt. Einreisen lassen die bundesdeutschen Beamten am Ende trotzdem jeden, der hierzulande Asyl begehrt. W.K.

BERGFRIEDE

Einladung zum Napoleonischen Picknick

Werbung für touristischen Pfad – Anfang Februar wurde die Schlacht bei Jonkendorf nachgestellt

VON DAWID KAZANSKI

Am ersten Februarwochenende wurde das Dorf Bergfriede zum Schauplatz einer spektakulären Zeitreise, welche die Teilnehmer mitten in die turbulenten Ereignisse des frühen 19. Jahrhunderts versetzte. Dort wurde ein „Napoleonisches Picknick“ veranstaltet, das nicht nur die Geschichte lebendig werden ließ, sondern auch an die Schlacht erinnerte, die am 3. Februar 1807 in dieser Gegend stattfand.

Die diesjährige Nachstellung brachte mehr als 100 Darsteller aus den Republiken Polen, Estland und Lettland zusammen und ermöglichte es den Zuschauern, die Atmosphäre des historischen Kampfes nicht nur zu sehen, sondern auch zu spüren. Die beteiligten Darsteller stellten das Gefecht zwischen den französischen Soldaten des Korps von Marschall Nicolas Jean-de-Dieu Soult und den dramatischen russischen und preußischen Truppen bei der Überquerung des Flusses Alle nach.

Das Gefecht machte die kleine Stadt bekannt

Die Kriegsführung der napoleonischen Zeit machte die kleine Stadt Bergfriede berühmt. Die Schlacht bei Allenstein, auch bekannt als die Schlacht bei Jonkendorf oder die Schlacht von Bergfriede, war eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den Armeen des französischen Kaisers- und des russischen Zarenreiches, die am 3. Februar 1807 in der Gegend der Dörfer Göttkendorf, Jonkendorf, Mondtken und Bergfriede bei Allenstein ausgetragen wurde.

Die Schlacht fand gut fünf Jahre vor dem Russlandfeldzug von Napoleon Bonaparte statt, als 1807 auf dem Gebiet Ostpreußens im Rahmen des Vierten Koalitionskrieges gekämpft wurde. Die Schlacht bei Allenstein endete mit einem französischen Sieg. Sie ermöglichte es Napoleon, den Weg nach Norden freizumachen und die Russen zu verfolgen. Einige



Aufmarsch für den nachgestellten Kampf: Teilnehmer des napoleonischen Picknicks in Bergfriede

Foto: D.K.

Tage später kam es bei Preußisch Eylau zu einer Entscheidungsschlacht gegen die russisch-preussische Armee, die bei schweren Verlusten auf beiden Seiten zu keinem eindeutigen Ergebnis führte.

Das Napoleonische Picknick ist eine Initiative zur Förderung des sogenannten Napoleonischen Pfades, der auf den Spuren des Kampfes zwischen der französischen Armee und den Truppen der russisch-preussischen Koalition führt. Das Picknick in Bergfriede, das seit 2018 veranstaltet wird, ist nicht nur eine Gelegenheit, die Geschichte zu feiern, sondern auch ein Moment der Begegnung für Geschichtsliebhaber und Regionalkenner. Gegen 13 Uhr begann auf einer malerischen Wiese zwischen einer historischen

Baumallee die Nachstellung. Das Dröhnen der Gewehrschüsse und das großartige Spiel der Darsteller brachten den zahlreichen Zuschauern näher, wie die Schlacht von Bergfriede im frühen 19. Jahrhundert ausgesehen haben könnte.

Napoleonischer Pfad führt durch malerische Dörfer

Nach der Gefechtsnachstellung hatten die Teilnehmer und Zuschauer noch die Gelegenheit, den Nachmittag mit Würstchen am Lagerfeuer sowie Kaffee und Tee zu genießen. Die Schauspieler demonstrierten außerdem Exerzierübungen, Uniformen und Waffen. Jeder konnte sich die Requisiten der damaligen Zeit aus der Nähe ansehen.

Der Napoleonische Pfad, der durch die malerischen Dörfer des Ermlands führt, ist nicht nur ein Zeugnis historischer Kämpfe, sondern auch eine Einladung, die lokale Geschichte und Kultur zu entdecken. Das Napoleonische Picknick in Bergfriede ist eine Veranstaltung, die Tradition mit Gegenwart, Bildung mit Unterhaltung verbindet und Geschichtsliebhaber sowie Familien auf der Suche nach einem unvergesslichen Erlebnis anlockt. Das Unterfangen soll die Stadt Allenstein und die Gemeinde Diwitten sowie den Napoleonischen Pfad im südlichen Ostpreußen und den Pfad des sogenannten Heiligen Ermlands als wichtige touristische Angebote der Region fördern.

KÖNIGSBERGER GEBIET

Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang

In der Russischen Föderation wurde 2024 zum „Jahr der Familie“ erklärt

Das Jahr 2024 ist in der Russischen Föderation offiziell zum Jahr der Familie erklärt worden. Mit Maßnahmen und Veranstaltungen in allen Regionen sollen die Werte der Familie gestärkt und die rückläufigen Geburtenraten erhöht werden.

In Königsberg ist die Zahl der Neugeborenen seit mehreren Jahren in Folge leicht rückläufig. Wurden 2022 noch 4532 Kinder geboren, so waren es im Jahr 2023 nur noch 4489 Kinder. Vor einigen Jahren hatte die Zahl der geborenen Kinder sogar noch zugenommen. Viele erinnern sich stolz daran, wie am „Tag der sieben Milliarden“, am 31. Oktober 2011, im Königsberger Perinatalzentrum Petja Nikolajew das Licht der Welt erblickte. Der Säugling war 50 Zentimeter groß und wog 3,6 Kilogramm.

Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) hatte diesen Tag als jenen festgelegt, an dem die Menschheit

offiziell die Zahl sieben Milliarden erreicht haben würde. Da an diesem Tag etwa 350.000 Menschen geboren wurden,

ist es unmöglich, genau zu berechnen, welcher von ihnen der sieben-milliardste Einwohner der Erde ist. Deshalb wurden

als Symbol für das Wachstum mehrere neue Erdenbürger mit einer UN-Urkunde bedacht. Die UN-Experten beschlossen, den kleinen Petja zu einem solchen Einwohner zu erklären. Im Januar dieses Jahres wurde die Weltbevölkerung auf etwa 8,15 Milliarden Menschen geschätzt.

Der erste neue Einwohner des neuen Jahres im Königsberger Gebiet hieß Radomir, was „Freude in der Welt“ bedeutet. Er wurde im Entbindungskrankenhaus Nr. 4 geboren. Das Baby wog fast 3,5 Kilogramm. Er wurde das erste Kind einer 19-jährigen Mutter. Nach Angaben des regionalen Gesundheitsministeriums wurden am ersten Tag des neuen Jahres im nördlichen Ostpreußen 17 Kinder, neun Jungen und acht Mädchen, geboren.

Die häufigsten Namen für Mädchen in der Region waren Anna, Eva, Maria, Sofia, und Jungen wurden am häufigsten Artem, Alexander, Mark, Maxim und Michail genannt.



Erste Adresse für Neugeborene: Geburtsklinik in Königsberg

Foto: J.T.

MELDUNGEN

Ägypten bei Mendelsohn

Allesstein – Die Geheimnisse des alten Ägypten sind Thema einer Ausstellung, die zur Zeit im Allensteiner Plastischen Lyzeum zu sehen ist, das nach dem weltweit bekanntesten Sohn der Stadt, dem Architekten Erich Mendelsohn, benannt ist. Gezeigt wird im Ausstellungsraum der Schule eine Präsentation, die vom Kenner der Kultur und Geschichte Ägyptens und Gründer der Gesellschaft der Freunde Ägyptens HERHOR, Andrzej Niwiński, konzipiert wurde. Neben Filmen und Ansichtstafeln hat er auch 20 Kopien von Gegenständen aus dem Grab von Pharaon Tutanchamun mit nach Allenstein gebracht, die in einem Modell altägyptischer Architektur in Originalfarben gezeigt werden. Ergänzt wird die Veranstaltung durch mehrere öffentliche Vorträge von Professor Niwiński; am 6. Februar sind zwei Vorlesungen zu den Geheimnissen der Pyramiden und zur Liebe im Ägypten der Pharaonen vorgesehen. U.H.

Per Fähre über das Haff

Karkeln/Rossitten – Der Gouverneur des Königsberger Gebiets, Anton Alichanow, befürwortet die Einrichtung einer festen Fährverbindung von Karkeln nach Rossitten. Durch die Inbetriebnahme einer solchen Fähre könnten sowohl Bewohner als auch die Touristen von Karkeln die Kurische Nehrung in Rossitten innerhalb von 40 bis 45 Minuten erreichen. Derzeit werden in Karkeln die Voraussetzungen für Anlegeplätze mit der nötigen Infrastruktur geschaffen. Laut Alichanow wird die Fahrt über das Haff weniger Zeit in Anspruch nehmen als der Landweg und auch kostengünstiger sein. Die Fährverbindung von Karkeln nach Rossitten soll 2025 in Betrieb genommen werden. Daneben gibt es auch Pläne zum Bau einer „Kurischen“ Brücke über die Bucht, um beide Orte zu verbinden. Wenn für ein solches Projekt Geschäftsideen vorgelegt würden, werde er es ebenfalls unterstützen, so der Gouverneur. MRK

Allensteiner Eliteschulen

Allesstein – Im Ranking der besten polnischen Hochschulen und Schulen befanden sich unter den ausgezeichneten vier Allensteiner Schulen. In der Liste der besten Fachschulen erreichte der Verband der chemischen Schulen Platz 52 und der Verband der Wirtschaftsschulen Platz 90 von 1230 bewerteten Schulen. Unter den Allgemeinbildenden Lyzeen schaffte es das Universitätslyzeum Nr. XII „Maria und Georg Dietrich“ auf Platz 40 und das II. Lyzeum auf Platz 132 von 1430 Konkurrenten. Die Platzierungen bedeuten jeweils Platz 1 und 2 in der Woivodschaft und eine Auszeichnung als „Goldene Schule“. Abgesehen von den infrastrukturellen Möglichkeiten lobten Schüler und Lehrer einhellig die Atmosphäre und die Menschen in der Schule, die sich dort Tag für Tag einsetzen. U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Pilz, Margarete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 6. März
Walter, Irmgard, geb. **Marquardt**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 7. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Norloch, Wanda, geb. **Dietrich**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 6. März
Quick, Irma, geb. **Fohs**, aus Tapiu, Kreis Wehlau, am 2. März
Ruppenstein, Erwin, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 1. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Daudert, Erich, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 2. März
Litke, Julius, aus Neuohof, Kreis Mohrungen, am 1. März
Porath, Edeltraut, aus Lyck, am 1. März
Röhrich, Ida, geb. **Biell**, aus Plenkitten, Kreis Mohrungen, am 7. März
Semler, Anneliese, geb. **Swiedelsky**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 6. März
Wenzel, Anneliese, geb. **Czerwanka**, aus Lyck, am 4. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Draempachl, Else, geb. **Markowski**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 2. März
Dürsel, Wolfgang, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 7. März
Gollub, Werner, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 6. März

Kulessa, Anneliese, geb. **Pilgrim**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 1. März
Steltz, Irmgard, geb. **Helmcke**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Krämer, Christel, geb. **Pfarr**, aus Tapiu, Kreis Wehlau, am 1. März
Kröger, Irene, geb. **Kiy**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 2. März
Krüger, Emma, geb. **Marzinowski**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 3. März
Kulik, Herbert, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 4. März
Starosta, Helmut, aus Marienburg, am 5. März
Welz, Irmgard, geb. **Zittlau**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 3. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Busse, Hildegard, aus Lyck, am 1. März
Lyhs, Fritz, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 6. März
Michelsen, Edith, geb. **Dickert**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 6. März
Robben, Hilde, geb. **Jack**, aus Rodobach, Kreis Ebenrode, am 7. März
Schliwinski, Otto, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. März
Schwedberg, Irmtraut, geb. **Schwarz**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 4. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bellendorf, Elsa, geb. **Liebenau**, aus Mantau, Kreis Fischhausen, am 5. März
Dittkuhn, Gerhard, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 5. März
Edlefs, Ursel, geb. **Sulimma**, aus Lyck, Bahnbeamtenhaus 3, am 6. März



Göbeler, Helene, geb. **Lucka**, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 3. März
Hempel, Christa, geb. **Becker**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 7. März
Kämpfer, Helga, geb. **Goetzke**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 7. März
Rosteck, Gerhard, aus Treuburg, am 5. März
Schwarz, Erika, geb. **Borchmann**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. März
Wietzorek, Magdalene, geb. **Pentz**, aus Lyck, am 5. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Axen, Edith, geb. **Meyer**, aus Groß Engela, Kreis Wehlau, am 6. März
Loges, Hannelore, geb. **Soyka**, aus Halldorf, Kreis Treuburg und aus Lyck, Freystraße 8, am 6. März
Jagusch, Reinhard, aus Neidenburg, am 1. März
Ortschwager, Heinz, aus Königsborg, Stadtteil Ponath, Schreiberstraße 12, am 4. März
Runge, Liesbeth, geb. **Bastek**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 6. März
Wierutsch, Horst, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 1. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Froese, Gertrud, geb. **Stachel**, aus Hesselhöf, Kreis Lötzen, am 3. März
Guddat, Christel, geb. **Czarneta**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 3. März
Kischel, Margarete, geb. **Assmann**, aus Seubersdorf, Kreis Mohrungen, am 3. März
Kranz, Elsa, geb. **Mathew**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 1. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg.
 E-Mail: info@ostpreussen.de



Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

16. und 17. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)
 13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)
 19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
 1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
 22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Osterode
 20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
 7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
 2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
 2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Huse
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Luzi, Behmer, geb. **Turner**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 3. März
Paick, Alfred, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 2. März
Raudschus, Erwin, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. März
Reißner, Marianne, geb. **Wiebereit**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 2. März
Stepputt, Hans-Werner, aus Aschenberg, Kreis Elchniederung, am 5. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dix, Henny, geb. **Galla**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 2. März
Glombowski, Horst, aus Brassen-dorf, Kreis Lötzen, am 6. März
Kolwe, Willy Ernst, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 6. März
Kossak, Heinz, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 6. März
Kosseck, Rita, geb. **Andrees**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 5. März
Lach, Rudi, aus Reichau, Kreis Mohrungen, am 2. März
Loest, Grete, geb. **Borreck**, aus Treuburg, am 4. März
Paul, Ingrid, geb. **Gollub**, aus Lyck, Soldauer Weg 9, am 4. März
Schaeffe, Doris, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 6. März
Strazim, Lothar, aus Kraukeln, Kreis Lötzen, am 5. März
Wietzorek, Katharina, geb. **Badorreck**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 5. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Albin, Günter, aus Lyck, Bismarckstraße 55, am 5. März
Bartsch, Ruth, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 3. März
Baufeld, Ida, geb. **Recketat**, aus Puspern, Kreis Gumbinnen, am 4. März
Brandes, Gertrud, geb. **Orzechowski**, aus Pylitz, Kreis Neidenburg, am 6. März
Brandt, Anneliese, geb. **Dangeleit**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 3. März
Dorra, Hans, aus Treuburg, am 4. März
Ehmke, Hans, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 5. März
Erdmann, Manfred, aus Groß Borken, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Falk, Manfred, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 7. März
Fehlau, Friedemann, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. März
Hanau, Dr. Winfried, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 2. März
Kailuweit, Karl-Heinz, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 7. März
Kliss, Helmut, aus Freihausen, Kreis Lötzen, am 6. März
Knorr, Alfred, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 4. März
Krings, Erika, geb. **Jekubassa**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 4. März
Lubitzki, Heinz, aus Lissau, Kreis Lyck, am 4. März

Wir gratulieren unserer lieben Mutter, Oma, Uroma

Ida Baufeld geb. Recketat
 aus Puspern, Kreis Gumbinnen

zu Ihrem **91.** Geburtstag am 4. März 2024.

Wir haben Dich alle sehr lieb und wünschen uns noch viele schöne gemeinsame Jahre mit Dir.

Stellvertretend für die gesamte Familie:
Deine Tochter Ingrid

Napolowski, Horst, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 1. März
Pohl, Wolfgang, aus Klein Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 1. März
Putze, Antonie, geb. **Pechbrenner**, aus Jaugehnen, Kreis Fischhausen, am 5. März
Wagner, Hildegard, geb. **Riemann**, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 3. März
Wiberny, Erich, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 5. März
Willutzki, Ursula, geb. **Stadie**, aus Jägersdorf, Kreis Wehlau, am 6. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Betka, Gertrud, geb. **Chrzan**, aus Rübenthal, Kreis Lötzen, am 5. März
David, Friedrich, aus Ortelsburg, am 7. März
Draber, Erika, geb. **Moritz**, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Fischer, Doris, geb. **Tantow**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. März
Flüthe, Bernhard, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 6. März
Friedmann, Irmgard, geb. **Vogel**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 2. März
Grabowski, Horst, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. März
Kabisch, Gisela, geb. **Perkuhn**, aus Wehlau, am 4. März
Kerpe, Eva, geb. **Klement**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 1. März
Masuch, Kurt, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 4. März
Rahnenführer, Hermann, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 7. März
Richter, Ilse, geb. **Brenk**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bahr, Brunhild, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 5. März
Dressler, Edith, geb. **Kraska**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 3. März
Eder, Elisabeth, geb. **Skirde**, aus Ortelsburg, am 4. März

Fleischer, Ulrich, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 7. März
Freund, Jürgen, aus Wehlau, am 3. März
Grigo, Dieter, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 1. März
Keimel, Gerhard, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 1. März
Kowa, Klaus-Dieter, geb. **Kowalewski**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. März
Landau, Gerhard, Kreisgemeinschaft Kassel, am 5. März
Linow, Margret, geb. **Dusny**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. März
Mahtig, Ingrid, geb. **Konstanski**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 6. März
Markowski, Adalbert, aus Allenstein, Sensburger Straße 11, am 1. März
Modistach, Ursula, geb. **Riemann**, aus Lenzenhof, Kreis Lyck, am 7. März
Schönwald, Werner, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. März
Stenzel, Ingrid, geb. **Haesler**, aus Wehlau, am 5. März
Warda, Waltraut, geb. **Budzinski**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 1. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dzwonek, Anni, geb. **Rudnik**, aus Alt Kiwitzen, Kreis Ortelsburg, am 3. März
Gerlach, Lothar, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. März
Hartwich, Rainer, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 2. März
Lange, Karl-Heinrich, aus Groß Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 5. März
Steinke, Dorothea, geb. **Schulz**, aus Eislerwagen, Kreis Wehlau, am 3. März
Sucharski, Renate, geb. **Tegtmeyer**, aus Wehlau, am 1. März
Westerweg, Dirk, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 5. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bahr, Dieter, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 3. März

Glückwünsche an:

Frau
 Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 11/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 11/2024 (Erstverkaufstag 15. März) **bis spätestens Dienstag, den 5. März**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Termine
Altmühlfranken – Sonnabend, 23. März, 10 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloß Ellingen: Ostpreußische Landeskulturtagung. Anmeldung bei Landsmann Bethke unter Telefon (09831) 80961.

Donnerstag, 25. April, 19 Uhr, Gasthof Adlerbräu, Marktplatz, Gunzenhausen: heimatisches Essen, Hering mit Pellkartoffeln; feiner Humor aus Preußen: Vicco von Bülow im Film „Pappa ante portas“.

Freitag, 24. Mai, 19 Uhr, Gasthof Adlerbräu, Marktplatz, Gunzenhausen: gemeinsames Essen, Currywurst; Pommersches Kalenderblatt, ein Gang durch die pommersche Geschichte von und mit Edith Richter.

Sonnabend, 15. Juni, 15.30 Uhr, Karlshalle am Karlsplatz, Ansbach: Vortragsveranstaltung aus Anlass seines 300. Geburtstages „Immanuel Kant in Königsberg - Der Weltgelehrte in seiner Welt“ mit Jörn Pekrul, Berlin.

Freitag, 26. Juli, 19 Uhr, Kastaniengarten im Röschelskeller; Sommerabend der Landsmannschaften. Im August ist Sommerpause.

Freitag, 20. September, 19 Uhr, Gasthof Adlerbräu, Marktplatz, Gunzenhausen: gemeinsames Essen, Pommersche Kartoffelsuppe; Pommern in Brasilien, ein Reisebericht von Magdalena Kempin-Palatin.

Sonnabend, 2. November, 10 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloß Ellingen: Ostpreußische Landeskulturtagung, Anmeldung bei Landsmann Bethke unter Telefon (09831) 80961.

Freitag, 22. November, 19 Uhr, Gasthof Adlerbräu, Marktplatz, Gunzenhausen: gemeinsames Es-

sen, Königsberger Klopse; Film „Geheimsache Kopernikus“, wie in Ostpreußen ein neues Weltbild entstand.

Sonntag, 22. Dezember, 15.30 Uhr, Hofstelle Loos, Sausenhofen: vorweihnachtlicher Nachmittag mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

Bericht

Altmühlfranken – Schon im Jahr 1949, gerade nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, haben sich die aus dem Nordosten unseres zerrissenen Vaterlandes geflüchteten, vertriebenen, getretenen Landsleute in ihren Landsmannschaften zusammengefunden. Diese Landsmannschaften waren und sind Stütze und Trost für den unvorstellbaren Verlust heimatischer Identität, der generationslang nachwirkt. Auch in Gunzenhausen hat sich 1950 ein Kreis heimattreuer Ost- und Westpreußen zusammengetan, der zu einer großen landsmannschaftlichen Gemeinschaft herangewachsen ist. In einem Zeitungsausschnitt von 1965 heißt es, dass im dicht besetzten Saal des Hotels „Krone“ das 15-jährige Bestehen unserer Gruppe der „Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Danziger und Pommern“ begangen wurde. Es war eine Festveranstaltung, geleitet von der Vorsitzenden Apothekerin Gertrud Heumann, die „in ihrer ungeschminkten, herzlichen Art stets den rechten Ton treffend“ das Stadtoberhaupt Bürgermeister Wust begrüßte, der zusammen mit dem Quartett des Chorvereins Liederkranz 1834 selbst Lieder unseres westpreußischen Dichters Herrmann Löns angestimmt hat. In weiser Voraussicht hat die damalige Vorsitzende unserer Landsmannschaft die Landsleute ermahnt: „Laß Dir die Fremde zur Heimat, niemals aber die Heimat zur Fremde werden!“

Nach diesem Wort haben unsere Landsleute, haben wir gehandelt

und gelebt: Franken ist uns zur zweiten Heimat geworden, ohne dass uns die Heimat im historischen Nordosten Deutschlands zur Fremde geworden ist. Wir haben, vor allem nach Öffnung der Grenzen nach der Wende von 1990, den Kontakt zu unserer Herkunftsheimat im Osten, vor allem zu den dort verbliebenen Landsleuten gewahrt. Erst im vergangenen November haben wir den nördlichen Teil der dreigeteilten ostpreußischen Provinz, das nun litauische Memelland mit der beeindruckenden Kurischen Nehrung und dort lebende Landsleute besucht.

Nach unserer Gedenkfeier aus Anlass des 50-jährigen Bestehens unserer Kreisgruppe der Landsmannschaft im Jahr 2001, die wir im Jagdschloßchen mit Altbürgermeister Willy Hilpert und unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Gerhard Trautner begehen durften, steht nun also im nächsten Jahr 2025 das 75-jährige Bestehen unserer Gruppe der Landsmannschaft an. Wir werden des Schicksals der Vertreibung, unserer Gründung und unseres Beitrages für das historische Bewusstsein sowie für das gesellschaftliche Leben im Landkreis Altmühlfranken in würdiger Form gedenken.

Bevor wir an unser 75-jähriges Bestehen herangehen, steht aber das noch junge Jahr 2024 mit einer Vielzahl von interessanten und geselligen Veranstaltungen vor uns. Wir sind Preußen, staatsbejahend und pflichtbewusst. Wir lassen uns nicht von politischen Beschimpfungen beeindrucken, wir sind traditionell weltoffen, stehen aber unverrückbar zu Heimat, Volk und Vaterland ganz im Sinne des Wortes unseres Preußenkönigs Friedrich des Großen von 1757: „Es wird das Jahr stark und scharf hergehen, aber man muß die Ohren steif halten und Jeder, der Ehre und Liebe für das Vaterland hat, muß alles daran setzen.“

In diesem Sinne sind Sie, Ihre Freunde, Verwandten und Bekannten herzlich eingeladen. Bleiben

Sie unserer heimatischen Gemeinschaft weiterhin treu und verbunden.
 Jürgen Danowski

Eisenbahn in Ostpreußen

Hof – Sonnabend, 9. März, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5; Die Eisenbahn in Ostpreußen

Kulinarisches Ostpreußen

Hof – Bereits zur Mittagszeit begrüßte Vorsitzender Christian Joachim im Februar die Mitglieder zur Monatsversammlung mit gemeinsamem Essen. Nach den Glückwünschen an die Geburtstagskinder der vergangenen Wochen servierte Wirtin Sabine Knoll die Königsberger Klopse. Danach folgten der Prominente des Monats, eine kleine Spurensuche zur Geschichte des beliebten Gerichts und von Peter von Lossow vorgetragen „Die Geschichte der Cholesterinchen“. Anschließend nahm Joachim die Anwesenden mit in die kulinarische Welt der Heimat. Ostpreußen mit seinen fruchtbaren Böden und der anliegenden Ostsee bot die besten Voraussetzungen für einen reich gedeckten Tisch. Er bedauerte, dass nur wenige Rezepte aus der ostpreußischen Küche heute noch gekocht werden. Typische Gerichte wie Hecht im Backteig, ostpreußische Fischsuppe und Dämpfkarbonade, also Schweinekoteletts, findet man am ehesten noch in Berlin, wo früher viele ostpreußische Mamsells eine Anstellung hatten. Im Westen Deutschlands sind mehr die Spirituosen Bärenfang und Danziger Goldwasser und das Königsberger Marzipan bekannt. Der Schriftsteller Günter Grass verewigte Rezipete wie Aal grün oder Kutteln in seinen Romanen. Im vergangenen Jahr stellte die Lübecker Ausstellung „Grass koket“ das Kulinarische seines Werkes in den Mittelpunkt. Andere leckere Speisen aus der Heimat wie Nikolaikeiner Maränen, Königsberger Fleck und die vielen Quarkgerichte oder ostpreußisch Glumse durften in dem

Bericht nicht fehlen. Mit dem alltäglichen Frage- und Antwortspiel ostpreußischer Familien: „Hat's geschmeckt? – Ja!, Bist du satt? – Ja!, Willst du mehr? – Ja“, schloss Joachim seine Ausführungen.

Königsberger Klopse

Zur Geschichte der Königsberger Klopse hatte die zweite Vorsitzende recherchiert. Wie sie richtig zubereitet werden, darüber gehen die Meinungen auseinander. Auch an



Auch heute noch sehr beliebt: Königsberger Klopse

der voll besetzten Tafel im Jahnheim wurde darüber eifrig diskutiert. Sind bei der einen Familie die Sardellen und Kapern unverzichtbar, so wird bei der nächsten heftig bestritten, dass beides im ursprünglichen Rezept vorhanden gewesen sei. Überliefert sind als Grundlage für die Hackbällchen in jedem Fall reines Kalbfleisch, unter das gehackte Sardellen gemischt wurden. Die Soße wurde mit Zitronenschale, Kapernsäure und Anchoviswürze verfeinert.

Benannt ist die ostpreußische Spezialität nach der Provinzhauptstadt Königsberg. In Ostpreußen kam der sogenannte Soßklops oder Saure Klops nur an Sonn- oder Feiertagen auf den Tisch.

Nach Auffassung des Fernsehkoches Alfons Schuhbeck machte der Philosoph Immanuel Kant die Königsberger Klopse hoffähig. Der sparsame Philosoph ließ im 18. Jahrhundert seinen Gästen des Öfteren die Hackbällchen servie-



ren. Verbreitet wurden die Sauren Klopse im restlichen Deutschland durch die ostpreußischen Mamsellen, die als Küchenhilfen nach Berlin oder München kamen. Durch deren heimatische Rezipete tauchte das Gericht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf den Speisekarten der Berliner Restaurants auf.

Die Bezeichnung „Königsberger Klopse“ soll sich nach Filmautor Jörg Teuscher erst um 1900 durchgesetzt haben. Der Begriff Klops wurde vermutlich vom französischen „escalope“ oder englischen „collops“ für kleine Fleischscheiben abgeleitet.

Im „Universal-Lexikon der Kochkunst“ von 1886 wird für die Klopse dann, wie heute üblich, gehackte Rind- und Schweinefleisch verwendet. Die helle Soße wird aus einer Einbrenne, also Butter, Mehl, Brühe und Salz, hergestellt und mit Wein, Essig, Sardellen, Kapern und feinem Senf abgelöscht. Die Zugabe von Salzhering oder Sardellen richtete sich laut Überlieferung nach dem gesellschaftlichen Stand der Familie. In Masuren kommt heute noch Hering in das Hackfleisch. Der Klopsteig wird mit Ei, Zwiebel, einem eingeweichten Brötchen, Gewürzen und den klein gehackten Sardellen zu den Hackbällchen geformt, die danach in der hellen Soße garen. Beilagen sind je nach Familientradition Salzkartoffeln oder Kartoffelpüree, Rote Beete oder Gurkensalat.

Aber egal, welches Familienrezept verwendet wird, die Königsberger Klopse zählen auch heute noch zu den Leibspeisen vieler Deutscher.

Jutta Starosta

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland - Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überweisen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15



Bremen
Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
28209 Bremen, E-Mail:
heinrichlohmann@gmx.de,
Telefon (0421) 3469718

West- und Ostpreußentag

Bremen - Montag, 4. März, 15 Uhr,
Einlass ab 14.15 Uhr, Hotel Robben
Grollander Krug, Emslandstraße
30; Bremer West- und Ostpreußentag
mit Königsberger Klops.
Bitte bei Dagmar Schramm unter
Telefon (04298) 698765 oder per
E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de,
anmelden.



Hessen
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut
Schäfer, Rosenweg 28,
61381 Friedrichsdorf, Telefon
(0170) 3086700

Wolfskinder

Kassel - Donnerstag, 7. März,
15 Uhr, Landhaus Meister, Fulda-
talstraße 140: Treffen der Lands-
mannschaft Ost- und Westpreu-
ßen mit Bernd Brandes zum Thema
„Authentische Lebensberichte
von Wolfskindern“.

PAZ wirkt!



Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke,
Alter Hessenweg 13, 21335 Lüne-
burg, Tel.: (04131) 42684, Schrift-
führer und Schatzmeister: Hilde
Pottschen, Volgerstraße 38, 21335
Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391.
Bezirksgruppe Lüneburg: Hel-
mut E. Papke, Sülweg 7, 29345 Un-
terlüß, Tel.: (05827) 4099850. Be-
zirksgruppe Braunschweig: Fritz
Folger, Sommerlust 26,
38118 Braunschweig, Tel.: (0531)
2509377. Bezirksgruppe Weser-
Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp
22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901)
2968

Sagen und Märchen

Oldenburg - Mittwoch, 13. März,
15 Uhr, Stadthotel: Wir machen ei-
nen Abstecher in die Welt der ost-
preußischen Sagen und Märchen.
Mitglieder und Freunde sind herz-
lich willkommen. Gisela Borchers



Sachsen
Vorsitzender: Alexander Schulz,
Willy-Reinl-Straße 2, 09116
Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-
agentur@gmx.de, Telefon (0371)
301616

Vortrag

Dresden - Mittwoch, 6. März,
13 Uhr, Großenhainer Straße 96:
„Entwicklung der ländlichen Sied-
lungen, Dörfer und Städte in den
Kreisen Johannisburg und Lyck“,

Vortrag vom Kreisvertreter Klaus
Downar.



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Dieter Wenskat,
Horstheider Weg 17, 25365 Offen-
seth-Sparrieshoop, Tel.: (04121)
85501, E-Mail: dieter.wenskat@
gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM Fl) e.V.

Flensburg - 22 Mitglieder sowie
zwei Gäste waren am 15. Februar in
das TSB-Heim gekommen, um zu-
nächst - wie üblich - ein üppiges
Grünkohl-Essen zu genießen und
anschließend an der Mitglieder-
versammlung teilzunehmen. Nach
der Begrüßung erhoben wir uns im
Gedenken an unsere in 2023 ver-
storbenen Mitglieder: Ursula Din-
nups, Annechristel Pollack, Johan-
na Schwenzen und Arnold Ku-
chenbäcker. Auch wenn es einen
nicht änderbaren Ablauf im Leben
des Menschen darstellt, ist der Tod
immer ein schmerzlicher Eingriff.
Viele Erinnerungen an Gemein-
samkeiten und Begegnungen sind
dann eben nur noch Erinnerungen.

Der anschließende Bericht des
Vorsitzenden fasste die Ereignisse
des abgelaufenen Jahres kurz zu-
sammen, bevor die Kassenwartin
den abgeschlossenen Haushalt er-
läuterte. Der Verein ist gut aufge-
stellt und weiterhin in einer akzep-
tablen finanziellen Situation. Die
Kassenprüferinnen konnten erneut
eine sorgfältige sowie über alle
Zweifel erhabene Haushaltsfüh-



Dieter Wenskat mit dem neuen Vorstand: Ulla Guttowski (Vorsitzende),
Kirsten Hoffmann (Schatzmeisterin) und Joachim Oelerich (Schriftfüh-
rer LO Landesgruppe Schleswig-Holstein (von links im Vordergrund)

ung bescheinigen und eine Entlas-
tungsvorschläge; sie wurde gerne
gewährt. Auch der Haushaltsent-
wurf 2024 steht auf soliden Beinen.
Die erforderliche Wahl zum Vor-
stand, wieder professionell von
Mitglied Siegfried Höfer als Wahl-
leiter durchgeführt, ging zügig über
die Bühne. Für die zu wählenden
Posten des Vorsitzenden, der
Schriftführerin sowie von zwei Bei-
sitzenern hatten sich die bisher Ver-
antwortlichen zu einer Weiterarbeit
bereit erklärt, zusätzliche Wahlvor-
schläge gab es nicht. So war der alte
Vorstand auch der neue. Abschlie-
ßend gab der Vorsitzende einen
Überblick über die kommenden
Veranstaltungen wie Mittwoch,
6. März, 15 Uhr, TSB-Heim, bitte
vorher anmelden, und besonders
über die Juni-Fahrt nach Eckernför-
de, bevor er mit uns zum Abschied
das Ostpreußen- wie Pommernland
sang. Michael Weber

Zur Mitgliederversammlung Mölln

Mölln - Die Ortsgruppe (OG)
Mölln hatte durch ihre neue Vorsit-
zende Ulla Guttowski zu einer Mit-

gliederversammlung am 15. Februar
eingeladen. Nachdem der Vorsit-
zende Schumacher und seine Frau
aus gesundheitlichen Gründen die
Gruppenleitung aufgeben mussten,
schien das Ende der OG gekom-
men. Im Frühjahr 2023 bot sich der
Unterzeichner als Vertreter des
Landesvorstandes und auch selbst
Mitglied der OG an, die Gruppe
weiterhin zu treffen und Veranstal-
tungen ohne Mandat zu organisie-
ren. Das tat er, bis sich Guttowski
und weitere Mitglieder entschlös-
sen, die Führung der OG zu über-
nehmen. So wurde Ulla Guttowski,
zur Vorsitzenden, Joachim Oelerich
als Schriftführer und Kirsten Hoff-
man als Schatzmeisterin gewählt.

Die OG hat zurzeit 44 Mitglie-
der. Zur Mitgliederversammlung
konnte die Vorsitzende 27 Teilneh-
mer, insbesondere den Vorsitzen-
den der Landesgruppe Dieter
Wenskat und Hans-Albert Eckloff,
Schriftführer der Landesgruppe
der LO, sowie Silke Gauer von der
Ortsgruppe Ratzeburg begrüßen.
Es folgte eine Gedenkminute zur
Toterhöhung von Esle Lange und
Traute String.

In ihrem Rückblick auf die Ar-
beit des Vorstandes des letzten
Jahres wies Guttowski auf die vor-
genannten Veränderungen im Vor-
stand der OG, sowie die Busfahrt
in die Holsteinische Schweiz hin.

Oelerich verlas sodann das
Protokoll von der letzten Sitzung
und Hilde Hoffmann gab den Kas-
senbericht ab. Die Kassenprüfer
hatten keine Beanstandungen vor-
zutragen. Oelerich verlas den Prüf-
bericht und stellte den Antrag auf
Entlastung des Vorstandes, der
einstimmig angenommen wurde.
Als zweite Kassenprüferin wurde
Gauer einstimmig gewählt. Als erste
Kassenprüferin rückt Dagmar
Möller auf.

Dann stellte Oelerich die Frage
nach einer Absenkung des Jahres-
beitrages von 16 auf 10 Euro zur
Diskussion. Es gab keine Wortmel-
dung dazu. Es wurde sodann ein-
stimmig der Beschluss gefasst: Der
Beitrag ab 1. Januar beträgt 10 Euro
pro Person und Jahr.

Weiterhin wurde beschlossen,
die Treffen der OG auf viermal im
Jahr zu begrenzen. Der nächste
Termin ist am 19. Mai. Hierzu wird
aber noch eingeladen. Gauer ver-
wies dann auf das Deutschland-
treffen der Landsmannschaft am
1. Juni in Wolfsburg. Sie bot an,
dass sie einen Bus ordern würde,
der dann Mitglieder von Ratzeburg,
Mölln, Schwarzenbek und Lauen-
burg aufnehmen könnte. Sie bat
um Bekanntmachung des Termines
und Anmeldung von Teilneh-
mern bei ihr. Der Bus würde als
Tagestour um 7 Uhr ab Ratzeburg
eingesetzt werden.

Nach diesem Prozedere der
Vereinsregulieren bat die Vorsit-
zende um ein paar Worte des Lan-

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes categories like 'Ab-schieds-gruß', 'reizen', 'griechi-sche Buch-stäbe', etc.

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die
Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern.
Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT
kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for Schüttelrätsel with letters in question marks and some filled cells.

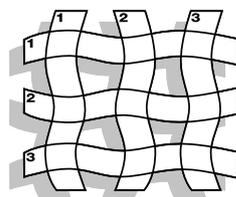
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames
Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für
eine scharfe Lauchart.

Grid for Mittelworträtsel with words like EDEL, BAU, POST, OBST, NOT, JUNG, HOLZ and BROT, RECHT, VOLL, WEIN, MULL, BRIEF, AUTO.

Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senk-
recht dieselben Wörter in das Dia-
gramm.



- 1 Zeilenaufsatz
2 flach, von geringer Höhe
3 Schwere eines Körpers; Last

Heimatkreisgemeinschaften

desvorsitzenden Wenskat. Er betonte insbesondere, dass es ihm eine Herzensangelegenheit sei, dass wir Ostpreußen uns zu unserer Heimat bekennen und unsere OG im Lande und auch Einzelmittglieder wichtig für die politische Unterstützung unseres Bundesverbandes sind. Er sprach seinen Dank aus, dass die OG Mölln weiterhin bestehen bleibt, und verwies aber auch auf den Rückgang der Mitgliederzahl aus Altersgründen auf der ganzen Bundesebene. Im Saarland gibt es keine Landesgruppe mehr.

Dann berichtete er von seinen Fahrten, auch gemeinsam mit Eckloff, nach Ostpreußen und sein Engagement in der Kreisgemeinschaft Elchniederung und insbesondere darüber, eine Orgel aus der stillgelegten Kirche in Sasel bei Hamburg, die nach einer Renovierung in die ebenfalls renovierte Kirche in Heinrichswalde im Königsberger Gebiet überführt wurde (siehe Bericht: PAZ 8/2024 und in der nächsten Ausgabe). Dafür hat er ein Visum bis 2026 zur Einreise in die Enklave erhalten. Einzig und alleine die polnische Grenzabfertigung haben ihm bei der Überführung erhebliche Schwierigkeiten bereitet, indem sie durch die Kontrolle der Papiere und des Objektes die Überführung sehr verzögert hatten und er sich wiederholt vor Ort einschalten musste. Er wünscht der OG weiterhin eine gute Vereinsarbeit. Guttowski bedankte sich für seinen Besuch der OG und seine Ausfahrten.

Eckloff stellte eine zukünftige Reise über Danzig nach Ostpreußen, mit einer Schifffahrt auf dem Oberländischen Kanal, Besichtigung der Wolfsschanze, Heilige Linde, Nikolaiken, einer Flussfahrt auf der Krutinnas sowie einem Folkloreabend vor; nähere Informationen hierzu wird er den Mitgliedern zusenden.

Für seinen aufopfernden Einsatz in der Gruppe und für die OG überreichten Guttowski und Hoffmann anschließend Oelerich einen Gutschein als Dankeschön der OG.

Mit einem Dank an die Mitglieder für ihr zahlreiches Erscheinen, dem Lied „Keiner schöner Land“ und dem Ostpreußenlied schloss die Vorsitzende die Mitgliederversammlung. *Hans-Albert Eckloff*



Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundszen, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195,
GF: Barbara Daweidt, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Ostpreußenfahrt im Sommer

Die Reise über Pommern nach Ostpreußen mit Bus und Schiff findet von Donnerstag, 27. Juni, bis Sonntag, 7. Juli, statt.

1. Tag: Fahrt ab Lehrte mit Zustieg in Potsdam, Führung durch Schloss Sanssouci, Stadtführung in Stettin, Übernachtung im Schlosshotel „Bernsteinpalast“ in Pommern, dem früheren Gutshaus Streckenthin.

2. Tag: Auf den Spuren von Bismarck in Pommern: Führung in Schloss Varzin, heute eine Forstfachschule, Besuch der Villa Red in Stolpmünde, einstige Sommerresidenz des „Eisernen Kanzlers“.



937 Kilometer lang: Die Memel, auf dieser Aufnahme vom Rambynas aus gesehen. Auf diesem Hügel haben heidnische Schaalauer, einer der prüfischen Stämme, Feste zur Sonnenwende gefeiert. Die Höhe des Hügelns nimmt stetig ab, da die Memel diesen unterspült und Material abträgt
Foto: Thomas Huebner

Übernachtung im pommerschen Ferienort Leba.

3. Tag: Halbinsel Hela und Danzig, Busfahrt über die Halbinsel Hela und anschließend Schiffsfahrt von Hela durch die Danziger Bucht nach Gdingen. Besichtigung der Dreistadt Gdingen-Zoppot-Danzig, Stadtführung und Übernachtung in Elbing.

4. Tag: Preußische Schlösser im Oberland: Wir besuchen die Ruine des Dohna-Schlusses Schlobitten, danach Fotostopp in Finkenstein und Januschau. Nach einem Fotostopp am Oberländischen Kanal werden wir in Osterode zu einem gemütlichen Kaffeetrinken bei der „Deutschen Gesellschaft Tannen“ in Osterode erwartet. Übernachtung im restaurierten einstigen Gut Gallingen südlich von Bartenstein.

5. Tag: Allenstein und Masuren: Nach einer Führung über Gut Gallingen besuchen wir die Hauptstadt des Ermlandes und Masurens – Allenstein. Neben der Stadtführung wird der Besuch in der Stiftung Prussia ein besonderer Höhepunkt dieses Tages sein. Anschließend geht es weiter nach Masuren, in der Nähe von Rastenburg besuchen wir mit Eichmedien ein weiteres einstiges deutsches Gutshaus in Ostpreußen, das vorbildlich restauriert ist und heute als Gästehaus und Firmenzentrale genutzt wird. In Zondern besuchen wir das Anwesen der Familie Dikti. Die Familie lebt hier schon seit mehr als 200 Jahren und hat Höhen und Tiefen der Geschichte Ostpreußens miterlebt. Frau Dikti erzählt aus ihrem bewegten Leben beim Rundgang durch das Bauernhofmuseum. Dazu gibt es den leckeren selbst gebackenen Kuchen der Hausfrau. Unser heutiger Übernachtungsort ist Lötzen. Bei der Stadtführung hat man einen besonders schönen Ausblick vom renovierten und per Lift zugänglich gemachten Lötzener Wasserturm.

6. Tag: Masurenrundfahrt: Wir besuchen Nikolaiken, von hier geht es per Schiff ganz in den Süden Masurens nach Niedersee [Ruciane Nida] am Rande der Johannisburger Heide. In Eckertsdorf besichtigen wir das Phillippenkloster und auf der Kruttinna werden wir zu einer romantischen Bootsfahrt erwartet. Am Abend wollen wir in Lötzen noch die Feste Boyen näher erkunden.

7. Tag: Tauroggen und Memelland: Heute geht es vom Gebiet der Republik Polen in das der Republik Litauen, in Tauroggen besuchen wir symbolisch den für Preußen so wichtigen Ort der Konvention gegen Napoleon. Danach geht es auf den Rambynas im Memelland mit einem Blick hinüber nach Ragnit

und Tilsit. Unser Übernachtungsort wird Heydekrug sein.

8. Tag: Zur freien Verfügung. Für alle, die daran interessiert sind, wird die Reiseleitung einen fakultativen Tagesausflug zu Fuß über die Luisenbrücke nach Tilsit und in die Elchniederung vorschlagen. Für alle anderen besteht die Möglichkeit, den Tag individuell zu gestalten oder an einem Ausflug in das Memeldelta mit der Rus-Insel teilzunehmen.

9. Tag: Nach dem Frühstück fahren wir mit dem Schiff durch das Memeldelta und vorbei am Windenburger Eck über das Kurische Haff nach Nidden. Nach einer Fahrt per Bus auf die Hohe Düne bleibt der Nachmittag in Nidden zur freien Verfügung.

10. Tag: Nidden, Memel und Polangen: Am Vormittag geht es mit unserem Gästeführer durch Nidden mit Besuch des Thomas-Mann-Hauses, des alten Friedhofs und der evangelischen Kirche. Anschließend erreichen wir Memel, bevor wir unsere Außenkabinen auf der Fähre nach Kiel beziehen.

11. Tag: An diesem Seetag haben wir die Möglichkeit, die vielen Eindrücke unserer Reise gemeinsam Revue passieren zu lassen, bevor unsere Fähre gegen 19.30 Uhr in Kiel festmacht. Von hier Heimreise mit Ausstiegsmöglichkeiten am Hauptbahnhof in Kiel, am Hauptbahnhof in Hamburg sowie in Lehrte.

Informationen zur Reise und die genaue Reisebeschreibung kann erfragt werden bei Dieter Wenskat, Telefon (04121) 85501 oder Hubert Geiger, Telefon (07462) 565.



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Treffen in Rastenburg

Rastenburg – Mittwoch, 1. Mai, Tag der Arbeit, bis Donnerstag,



Forum Baltikum – Dittchenbühne

Elmshorn – Freitag, 8. März, 19 Uhr, Elmshorner Mehrgenerationenhaus „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50: Weltfrauentag 2024 „**Musikalische Reise in die Welt internationaler Diven**“. Die Künstlerinnen Katharina Fast (Gitarre und Gesang), Marija Livaschnikova (Klavier und Gesang), PETRA (Gitarre und Gesang) und Sibylle Hallberg (Moderation) präsentieren ihr neues Programm zum Internationalen Frauentag. Die Moderation des Abends übernimmt

Sibylle Hallberg. Sie wird das Leben und Wirken der internationalen Diven wie Anna German, Hildegard Knef, Alexandra, Edith Piaf, Mireille Mathieu, Blossom Dearie oder Joni Mitchell kurzweilig beleuchten und die Besucher auf die jeweiligen Musikstücke einstimmen. Eintritt: 15 Euro pro Person.

Um Anmeldung wird gebeten: Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



Ostpreußisches Landesmuseum

Studienreise – 2. bis 9. September, **Auf den Spuren von E.T.A. Hoffmann**, wissenschaftliche Begleitung: Jörg Petzel, Vizepräsident der E.T.A. Hoffmann-Gesellschaft. Die Studienreise soll verschiedene Facetten des Lebens und Wirkens Hoffmanns beleuchten. Gemeinsam besuchen wir verschiedene Orte in Posen, Plock, Warschau und Berlin, die für seine Biografie wichtig waren. Die Studienreise verspricht nicht nur kulturelle Entdeckungen, sondern auch

eine Zeit des gemeinsamen Austauschs und der Begeisterung für einen der bedeutendsten Künstler der Romantik in Europa.

Weitere Informationen und Anmeldung: Agata Kern/Kulturreferentin für Ostpreußen und das Baltikum am Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7599 5-15, E-Mail: a.kern@ol-ig.de

ANZEIGE



Sonntag, 1. Juni 2024
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneeinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

KÖNIGSBERG

Ein Herz für Benachteiligte

Bereits im Barock wurden in Brandenburg-Preußen Waisenhäuser errichtet – Später gründete Friedrich I. in Ostpreußen das erste

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bereits im Mittelalter und der Frühen Neuzeit gebot die christliche Nächstenliebe, Waisenkinder in speziellen Einrichtungen zu versorgen. Das galt auch für das Herrschaftsgebiet von Brandenburg-Preußen, wo 1665 das Oranienburger Waisenhaus öffnete. Dazu kamen später die Franckeschen Stiftungen in Halle und das Große Friedrichshospital in Berlin, das nicht nur als Krankenanstalt, sondern ebenso als Unterbringungsort für Waisen, Bettler und Invaliden diente. Außerdem gründete König Friedrich Wilhelm I. 1724 das Große Militärwaisenhaus in Potsdam für die Kinder gefallener oder verstorbener Soldaten. Bis 1740 wuchs die Zahl der Zöglinge allein dort auf über 1500 an.

Gleichfalls um das Schicksal der Waisenkinder in seinem Reich besorgt war Friedrich I., der Vater von Friedrich Wilhelm I., der sich selbst am 18. Januar 1701 vom Kurfürsten von Brandenburg und souveränen Herzog in Preußen zum König in Preußen erhoben hatte. Anlässlich dieser Zeremonie in der Kirche des Königsberger Schlosses stiftete Friedrich I. auch ein Waisenhaus für die Stadt am Pregel. Später wurde es von den Rittern des Hohen Adlers, also den Trägern der höchsten preußischen Auszeichnung überhaup, weiterfinanziert.

Erstes Waisenhaus unter Friedrich I.

Das Gebäude entstand unweit des Sackheimer Tores an der Straße nach Instenburg. Als Architekt des 1703 fertiggestellten und eingeweihten Waisenhauses fungierte der Königlich-Preussische Ingenieur, Kammerat und Leiter des Bauamtes von Königsberg, Joachim Ludwig Schultze von Unfriedt. Zu den Direktoren der Einrichtung gehörte unter anderem der prominente Philologe Heinrich Dembowski, der den Posten von 1852 bis 1891 innehatte.

Das zweite Königsberger Waisenhaus, das Evangelische Johannesstift, wurde Anfang des 18. Jahrhunderts in der Gebaurstraße im Stadtteil Löbenicht errichtet. Einer der bekanntesten Zöglin-



Existiert auch heute noch: Das Gebäude in Königsberg, in dem sich Koschs Waisenhaus befand

Bild: Michael Leiserowitz

ge dieser Einrichtung war der spätere Philosoph Johann Friedrich Weitenkamp, dessen These, dass die Welt räumliche und zeitliche Grenzen haben müsse, später auch in Immanuel Kants „Kritik der reinen Vernunft“ positive Erwähnung fand.

Anna Elisabeth Saturgus stiftete das erste private Kinderheim

Ab dem Jahr 1720 gab es darüber hinaus das private Altstädtische Witwen- und Waisenhaus. Als Stifterin fungierte hier Anna Elisabeth Saturgus, Tochter eines reichen Königsberger Steinhauers, die 1681 einen ebenfalls sehr vermögenden Weinhändler aus Düsseldorf geheiratet hatte, den sie um fast 50 Jahre überlebte.

Die Mutter von neun Kindern erwarb bis zu ihrem Tode im Jahre 1746 zahllose Immobilien und finanzierte auch viele wohlthätige Werke. Das von ihr begründete Waisenhaus zog 1893 in einen Neubau nahe der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Neurofögarer Kirche um.

Ein weiteres privates Waisenhaus war das Tiepoltische Waisenhaus im 1905 nach Königsberg eingemeindeten Mittelhafen. Dieses ging auf das Apothekerehepaar Tiepolt zurück, das im Jahr 1800 starb und der Stadt 15.000 Taler hinterließ, welche für die Schaffung der Einrichtung genutzt werden sollten. Letztere fusionierte dann 1876 mit dem kommunalen Waisenhaus. 24 Jahre später erfolgte der Umzug der 50 Zöglinge in

einen Neubau an der Ecke Schillerstraße-Busoltpatz. In dem Gebäude residiert heute die Hauptverwaltung der russischen Zentralbank für das Königsberger Gebiet.

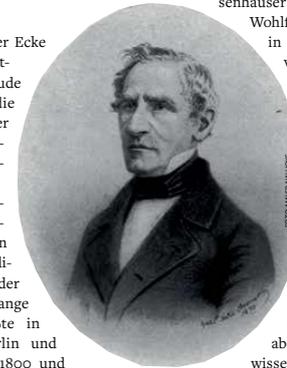
Zwei andere Königsberger Waisenhäuser entstanden auf Initiative der jüdischen Gemeinde in der Stadt. Diese war lange Zeit die drittgrößte in Preußen nach Berlin und Breslau: Zwischen 1800 und 1871 wuchs die Zahl der jüdi-

schen Gemeindeglieder in der ostpreussischen Metropole von 900 auf 4000, wobei viele davon als wohlhabend galten. 1861 kamen die ersten vier ertelosen Kinder in das Israelitische Waisenhaus, wohingegen 1898 dann schon 37 Waisen in der Einrichtung lebten. Daraus resultierte die Notwendigkeit eines Neubaus, der 1905 bezogen werden konnte. Als Architekt des Gebäudes neben der Neuen Synagoge fungierte der eben ernannte Regierungsbaumeister Fritz Behrendt, der ansonsten vor allem in Breslau wirkte.

Kosch stiftete das zweite jüdische Waisenhaus

Stifter des zweiten jüdischen Waisenhauses war der Arzt und Politiker Raphael Kosch, der für die Deutsche Fortschrittspartei im preussischen Abgeordnetenhaus saß und sich Zeit seines Lebens eng mit Königsberg verbunden fühlte. Nachdem er der Stadt 1872 einen erheblichen Betrag auf testamentarischem Wege hinterlassen hatte, trat 1874 das Kuratorium Dr. Koschs Waisenerziehungs-Anstalt zu Königsberg i. Pr. zusammen und initiierte die Errichtung eines Waisenhauses nahe der Mittelhufener Hauptstraße. Dieses wurde bis 1921 genutzt und dann verkauft. Das Gebäude existiert noch und steht in der heutigen Uliza Komsomolskaja.

Das Vorhandensein derart vieler Waisenhäuser wie auch anderer Wohlfahrtseinrichtungen in Königsberg zeugte vom Willen der begüterten Bürger der Stadt, sich für das Gemeinwohl und die sozial Benachteiligten unter der Bevölkerung einzusetzen. Dabei handelte die meisten aus Idealismus, während in manchen Fällen aber wohl auch ein gewisses Prestigebedürfnis zum Tragen kam.



Raphael Jacob Kosch

TSCHESCHOSLOWAKEI

Kinder in den Wirren der Nachkriegszeit

Der Prediger Přemysl Pitter und die Lehrerin Olga Fierz setzten sich für arme und verwahrloste Waisen ein

Im Jahr 1992, mehr als vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, erschien posthum das Buch von Olga Fierz mit dem Titel „Kinderschicksale in den Wirren der Nachkriegszeit. Rettungsaktion für deutsche und jüdische Kinder 1945–47 in der Tschechoslowakei“ in tschechischer Sprache. Seit 2017 liegt die zweite deutsche Ausgabe vor.

Die in der Schweiz geborene Autorin und Lehrerin Olga Fierz (1900–1990) war von 1929 an die treue Helferin des tschechischen Humanisten und Predigers Přemysl Pitter (1895–1976) bei seinem uneigennütigen Hilfsdienst für notleidende Kinder in der Tschechoslowakei. Beide verstanden ihre lebenslange religiöse, soziale, organisatorische und pädagogische Arbeit auch als ein Zeichen für Frieden und Völkerverständigung. Dazu äußerte sich Pitter in seiner 1970 veröffentlichten Autobiographie mit dem Titel „Unter dem Rad der Geschichte“. 1933 eröffnete Pitter in Prag das Milíč-Haus als

Kindertagesheim für arme und verwahrloste Kinder. Jüdische Kinder durften nach der Errichtung des nationalsozialistischen Protektorates im März 1938 nicht im Milíč-Haus erscheinen. Unter Lebensgefahr versorgten seither Pitter und Fierz die ihnen bekannten Kinder abends mit Nahrungsmitteln.

Unmittelbar nach Kriegsende im Mai 1945 brachten sie erstmals 25 schwer traumatisierte jüdische Kinder aus allen Landesteilen in einem von vier leerstehenden Schlössern südöstlich von Prag unter, die ihnen der Revolutionsrat als Erholungsheime für verwaiste jüdische Kinder zugewiesen hatte. Hartnäckig und schließlich erfolgreich setzte sich Pitter bei den Behörden dafür ein, auch brutal behandelte und kranke deutsche Kinder aus der Hölle der berüchtigten Internierungslager für Deutsche in den Schlössern aufnehmen zu dürfen.

Mehr als 400 deutsche Kinder wurden durch diese Hilfsaktion gerettet und lie-

bevoll von den deutschen und tschechischen Mitarbeitern betreut. Die Kinder wären aufgrund der furchtbaren Zustände in den überfüllten Lagern vermutlich gestorben. Fierz hat bis 1988 zahlreiche Einzelschicksale dieser Kinder in eindrücklicher Erzählung nachgezeichnet. Insgesamt waren über 800 erholungsbedürftige Kinder über kürzere oder längere Zeit in den Schlössern untergebracht.

Die Kinder hatten keine Ahnung von der Gefahr

Unterdessen lebten die Erwachsenen in den Heimen und Pitter selbst wegen zunehmender Drangsalierung in Unsicherheit: „Die Kinder hatten keine Ahnung davon, wie viele Verhöre, nächtliche Hausdurchsuchungen, Demütigungen und Hindernisse ‚Onkel‘ Pitter überstehen muss, als Belohnung dafür, dass er dieses Märchen (die Kinder hatten das Märchen Schneewittchen nachgespielt) ins Leben gerufen hat. Eine tschechische

Zeitung schrieb, dass ‚Hitlerjugend sich in dem herrlichen Gebäude herumtreibt, wo tschechische Kinder ihre verlorene Gesundheit wiederfinden könnten.‘ Das Blatt forderte die Behörden auf, einzugreifen und Ordnung zu schaffen.“

Um seiner Verhaftung zuvorzukommen, flüchtete Pitter 1951 in die Bundesrepublik. Bis 1962 wirkte er mit Olga Fierz an seiner Seite als Seelsorger und Sozialarbeiter im Aussiedlerlager „Valka“ für gestrandete Ostflüchtlinge in Nürnberg-Langwasser. Ab 1962 lebten beide in der Schweiz, wo sich ihnen neue Arbeitsfelder eröffneten. Auf Bitten von Freunden in der Tschechoslowakei veröffentlichte Fierz nach Pitters Tod einzelne Berichte über die Rettung der Kinder, mit denen sie zum Teil noch Kontakt hielt, in einem tschechischen Blatt, das sie aus seinem Nachlass herausgab.

1966 erhielt Pitter und etwas später auch Olga Fierz den israelischen Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“. 1997

ehrte die sudetendeutsche katholische Ackermann-Gemeinde Pitter mit einer Stele an der Stelle des früheren Valka-Lagers. Sie trägt die Inschrift: „Wegbereiter der Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen aus dem Geiste des Evangeliums“. Die UNESCO erklärte Pitter zur „Persönlichkeit von Weltformat“. In Deutschland und der Tschechischen Republik sind Pitter und Olga Fierz außer in Theologenkreisen weitgehend unbekannt.

Dagmar Jestrzemska



Olga Fierz: „Kinderschicksale in den Wirren der Nachkriegszeit. Rettungsaktion für deutsche und jüdische Kinder 1945–47 in der Tschechoslowakei“, Vitalis Verlag Prag 2017, gebunden, 247 Seiten, 19,90 Euro

VERKEHR

Schluss mit dem Nadelöhr

Freie Fahrt für Bahn und Schifffahrt – Passage der Großen Reglitz bei Stettin ist kein Hindernis mehr

VON HERMANN MÜLLER

Die rund 350 Kilometer lange Eisenbahnstrecke zwischen den Großstädten Stettin und Breslau gilt an vielen Stellen als stark sanierungsbedürftig. Im pommerischen Teil der Bahnstrecke ist seit Kurzem ein ärgerliches Nadelöhr beseitigt worden. Verschwunden ist damit allerdings auch ein europaweit einmaliges Technikenkmal.

Zusammen mit der Wasserwirtschaftsverwaltung Wody Polskie haben die Polnischen Staatsbahnen PKP in Stettin-Podejuch nach einem Jahr Bauzeit den Neubau einer Eisenbahnbrücke in Betrieb genommen. Die Brücke über die Ostoder ersetzt die bisherige Klappbrücke über die Große Reglitz in Podejuch. Durch den Neubau können Personenzüge den Oderarm nun mit einer Geschwindigkeit von bis zu 120 Kilometern pro Stunde überqueren. Die rund 300 Meter lange neue Brücke ist zweigleisig und verfügt über eine elektrische Oberleitung.

Kurze Bauzeit

Errichtet wurde die Brücke durch das Warschauer Bauunternehmen Budimex innerhalb des geplanten Zeitrahmens. Allerdings wurde das hohe Bautempo mit einer Totsperrung des Streckenabschnittes für ein ganzes Jahr erkauft. Die Bauarbeiten hatten erst im Januar 2023 mit dem Abriss der alten Brücke begonnen. Die ursprünglichen Pläne der PKP hatten vorgesehen, die Klappbrücke zu nächst weiter zu nutzen und parallel die neue Brücke zu bauen.

Der Nachteil dieser Variante wäre allerdings eine insgesamt längere Bauzeit gewesen. PKP und Budimex entschieden sich deshalb aus Zeitgründen dafür, zunächst die alte Brücke abzureißen und erst danach mit dem Neubau zu beginnen. Während dieser Zeit leitete die PKP Züge vom Stettiner Hauptbahnhof über Altdamm und Finkenwalde nach Podejuch um. Für Reisende brachte diese Umleitung eine zusätzliche Fahrtzeit von gut 20 Minuten mit sich.

Denkmalschutz für Klappbrücke

Vom fertiggestellten Brückenneubau über die Große Reglitz profitiert inzwischen nicht nur die Bahn durch höhere Transportkapazitäten auf der Strecke. Für

Schiffe ist die Durchfahrtshöhe auf dem Oderarm nun wesentlich größer als bei der betagten Klappbrücke. Damit können nun sowohl größere Binnenschiffe als auch Eisbrecher die Stelle passieren.

Einer Empfehlung der Denkmalschützer ist es zu verdanken, dass zumindest ein kleiner Teil der alten Brücke auf der

Verwendet wurden dazu Brückenteile, die aus der Oder geborgen wurden.

Die Oderüberquerung blieb allerdings über Jahrzehnte ein Flaschenhals auf der Breslauer Bahn. Zwischen 1905 und 1909 war der Abschnitt bereits zweigleisig ausgebaut worden. Nach dem Krieg wurde die Brücke von der polnischen Verwal-

69 Millionen Euro. Die EU hat den Brückenneubau kofinanziert. Zurückgegriffen hat die polnische Regierung für das Projekt unter anderem auch auf Gelder der Weltbank. Diese hatte der polnischen Regierung ein Darlehen über insgesamt 504 Millionen Dollar zur Flussregulierung der Oder und zur Verbesserung des Hoch-



Jetzt nur noch Industriedenkmal: Die historische Klappbrücke über die Große Reglitz (Ostoder) bei Stettin hat ihren Dienst getan, dieser Teil bleibt jedoch neben der neuen Brücke stehen. Die neue zweispurige Eisenbahnbrücke ist eine Festbrücke mit einer Durchfahrtshöhe von 6,2 Metern bei mittlerem Wasserstand, die seit Anfang dieses Jahres in Betrieb ist. Es gibt bis auf die Durchfahrtshöhe keinerlei Einschränkungen für die Schifffahrt

nördlichen Seite erhalten geblieben ist. Unterteilt in fünf Joche, war die alte Klappbrücke ein technisches Unikat in Europa gewesen. Besonderheit der „Breslauer Brücke“ war ein 17 Meter langes und fünf Meter breites Klappjoch, das mittels eines Gegengewichts von 100 Tonnen und einem 27 Kilowatt-Elektromotor bewegt wurde.

Technisches Unikat

Ursprünglich war die Brücke schon 1877 als Teil der Bahnstrecke Stettin-Breslau erbaut worden. Zum Kriegsende gesprengt, baute die polnische Verwaltung die Klappbrücke im Jahr 1949 wieder auf.

allerdings nur eingleisig wiederhergestellt. Nachdem ein Kahn an der Brücke Schäden verursacht hatte, war das Bauwerk im Jahr 2010 noch einmal in großem Umfang repariert worden. Dennoch war nicht zu übersehen, dass die Zeit für einen Neubau überfällig war. Zum Schluss war die Klappbrücke in Podejuch nur noch einige Male täglich für wenige Minuten geöffnet worden.

Auch mit Weltbank finanziert

Die Gesamtkosten des Bauprojekts gibt die Infrastrukturtochter der Staatsbahn PKP mit 300 Millionen Zloty an. Umgerechnet entspricht dies derzeit etwa

wasserschutzes zur Verfügung gestellt. Die ungehinderte Durchfahrt der Schifffahrt ist jetzt auch gewährleistet.

Umfassend modernisiert hat die Staatsbahn PKP mittlerweile auch den Bahnhof Stettin-Podejuch. Auf dem Bahnhof wurden die Gleisanlagen umgebaut. Zusätzlich entstand ein neues Stellwerk samt Zugsicherungsanlage. Obendrein macht nun ein höherer, doppelgleisiger Bahnsteig für Reisende das Ein- und Aussteigen auf dem Bahnhof Podejuch wesentlich angenehmer. Trotz der Verbesserung in Podejuch bleibt der Modernisierungsbedarf auf der Gesamtstrecke von Stettin nach Breslau noch immer hoch.

RÜGEN

Verklettert im Königsstuhl

Viel Natur und unbekannte Episoden – Der 12. Rügener Wanderfrühling verspricht interessante Erlebnisse

„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche / Durch des Frühlings holden, belebenden Blick“ – So beginnt nicht nur Goethes Osterparade im „Faust“, sondern auch der 12. Rügener Wanderfrühling am Ostermontag dieses Jahres. In den darauffolgenden Tagen werden bis zum 30. April für Rügener und ihre Gäste 180 Veranstaltungen durchgeführt – darunter Wanderungen, Exkursionen und Führungen über die größte pommerische Insel. Neben den Themen Flora und Fauna, Natur und Umweltschutz geht es im Caspar-David-Friedrich-Jahr aber auch um Wandererlebnisse auf historischen Pfaden.

So auch bei der Auftaktveranstaltung: Beginnend am Herrenhaus Ranzow führt die Wanderung bewusst über die Wüstung Krievitz in Richtung Königsstuhl an der Ostküste der Stubbenkammer ent-

lang. Hierher war 1815 auch der Münzbuchhalter Dr. Friedrich Gotthelf Kummer mit seinem Malerfreund Caspar David Friedrich unterwegs. Während Friedrich am Ufer mit Zeichnungen beschäftigt war, hatte

Kummer versucht, den Königsstuhl zu erklimmen und verstieg sich dabei so sehr, dass er weder vor noch zurückkonnte. Friedrich, der schließlich das Unglück bemerkte, blieb nur der Weg durch den Wald zum Schwienzer Baumhaus, eine weitere Station der Auftaktwanderung, um

Hilfe bei der Familie des dort ansässigen Baumwärters Ruge zu holen.

Diese und weitere Episoden können Teilnehmer aus erster Hand von einheimischen Wanderführern wie Burkhard Peleberg erfahren, mit dem der Autor Torsten Seegert die Auftaktveranstaltung auf der Halbinsel Jasmund gemeinsam gestalten wird.

Aber nicht nur den faszinierenden Ausblick auf die Rügener Kreidefelsen erlebt man bei einer geführten Wanderung. Ein weiteres Ziel ist auch der 161,1 Meter hohe Piekberg, der noch als Geheimtipp gilt. Er ist die höchste Erhebung Rügens und Vorpommerns und liegt versteckt in einem Waldgebiet im Nationalpark Jasmund.

Torsten Seegert

Wie gemalt: Die spektakuläre Kreideküste Rügens Foto Seegert

MELDUNGEN

Pilgerwege, Bunker und Flughafen

Greifswald – Wie der Pommerische Evangelische Kirchenkreis (PEK) mitteilt, findet die konstituierende Sitzung der III. Kirchenkreissynode am 23. März und die nachfolgende Frühjahrssynode am 4. Mai statt. Die Synode berät und beschließt Angelegenheiten der PEK. TS

Gollnow – In den kommenden 17 Monaten werden 9,4 Millionen Euro in den Ausbau des Flughafens von Stettin durch ein bodengestütztes Instrumentenlandesystem (ILS) der Kategorie CAT-II investiert. Auf dem Flughafen werden 2024 geschätzte 500.000 Passagiere abgefertigt. TS

Jäger – „Mit Gott im Grünen“ ist der Titel einer Broschüre, die Wege rund um die Kapelle Jäger bei Greifswald empfiehlt. Vom 11. bis 20. März kann man die Pilgerwege zwischen 5,7 und 25 Kilometern gemeinsam mit den Autoren erkunden. Start ist um 9 Uhr. Informationen unter Telefon (0160) 6388947. TS

Stargard – Die Pommerische Medizinische Universität hat 2021 mit der Untersuchung sterblicher Überreste von Kriegsgefangenen des Stammlagers (Stalag II D), Einrichtung 1939 in Nähe des Exerzierplatzes (Scharnhorststraße), begonnen. Bis heute wurden 300 Menschen exhumiert. TS

Bütow – Etwa 500 Menschen demonstrierten mit 300 Traktoren gegen den „Green Deal“ der EU und ukrainische Einfuhren. Bürger, Imker, Jäger und Transportunternehmer solidarisierten sich mit den Bauern. Weitere Demonstrationen gab es unter anderem in Stettin und Kolberg. TS

Pasewalk – Ein DDR-Bunker im Wald steht zum Verkauf. Preis: eine Million Euro. Verkäufer ist Heinz Fuhrmann. Er erwarb die für 35 Personen konzipierte atomisichere Schutzeinrichtung nach 1989 und wartete sie regelmäßig. Die Anlage soll eine 60-tägige Versorgung ermöglichen. TS

Neustettin – Ein Bietergefecht ist um die Sanierung des ehemaligen Kreishauses entstanden, das zunächst die Kreisverwaltung und Sparkasse beherbergte und heute als Musikschule genutzt wird. Inzwischen haben acht Bauunternehmen dafür Angebote in Höhe von 640.000 bis 990.000 Euro abgegeben. TS

**Großes
Pommern-
treffen**
- für alle Landsleute -

**Sonnabend
9. März 2024
10 - 17 Uhr**
Volkshaus Anklam
Baustr. 49-49 (Stadtzentrum)

„Ich lege Herrn Habeck den Rücktritt nahe“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Wieder ein guter von Sachverstand und Ausgewogenheit geprägter Beitrag von Herrn Kujat. Darum DANKE!“

Ulrich Bohl, Berlin

Zum PAZ-Gespräch: „Wir steuern auf ein Zeitalter großer Konflikte zu“ (Nr. 6)



Ausgabe Nr. 7

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

BIS ALLES IN SCHERBEN FÄLLT
ZU: WENN NICHTS MEHR GEHT, GEHT DER „KAMPF GEGEN RECHTS“ (NR. 6)

Obwohl diese bewährte Methode nicht auf dem Mist der gegenwärtig Herrschenden gewachsen ist, ist es beängstigend, dass sich überhaupt derartig viele Menschen manipulieren lassen und auf diese Tricks (regierungsnah organisierte Massenproteste, d. Red.) hereinfließen. Das Beängstigende daran ist ganz besonders, dass durch die Verdummung, die intensiv durch die Massenmedien derartig großen Schaden angerichtet hat, eine gesellschaftliche Umkehr zu stabilen bürgerlich-demokratischen Verhältnissen nicht mehr möglich sein wird.

Im Wochenrückblick der PAZ vom 19. Januar stand dazu resignierend – aber leider sehr treffend – geschrieben: „... jede Regierung, egal welche, findet sich nach Amtsantritt dem gewaltigen, kaum überwindbaren Geflecht grünlinker Strukturen gegenüber. Und dagegen soll die dann erst mal ankommen.“

Außer vielleicht, wenn alles in Scherben fällt.
Manfred Kristen, Freital

NUTZNIESSER IST CHINA
ZU: DIE NÄCHSTEN KONFLIKTE (NR. 6)

Der Ukrainekrieg ist eine Katastrophe für die Ukraine, Russland und Europa, insbesondere aber für die Ukraine. Putin hat den Krieg begonnen, und er kann ihn ohne Sieg nicht beenden, wenn er seine Macht behalten will. Die Chance für eine friedliche Lösung ist daher gering. Was will man mit Putin verhandeln? Im Budapest-Vertrag hat Russland 1994 die Souveränität der Ukraine offiziell anerkannt.

Wenn wir der Ukraine keine Waffen mehr liefern, muss sie kapitulieren. Die Ukraine wird von der Landkarte verschwinden, und Putin wird sich grausam an den Ukrainern rächen. Ihre Offiziere werden liquidiert, wie unter Stalin die polnischen Offiziere im Wald von Katyn.

Den einfachen Soldaten droht ein ähnliches Schicksal wie den sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland. Diese wurden nach Kriegsende für zehn Jahre nach Sibirien deportiert, nur weil sie sich in aussichtsloser Situation von der Wehrmacht gefangen nehmen ließen.

Wer glaubt, mit der Kapitulation der Ukraine komme unsere Welt wieder in Ordnung, den muss man an das Münchner Abkommen erinnern. Die Westmächte glaubten damals, wenn sie Hitler die Sudeten geben, ist er zufriedengestellt. Im Gegenteil: Es hat ihn ermutigt, seine aggressive Außenpolitik fortzusetzen.

Die Situation ist heute ähnlich. Ein Erfolg in der Ukraine wird auch Putin motivieren, weitere Länder zu überfallen. Die aggressiven Töne aus Moskau, wie „die Moldau kommt sowieso auf die Millihalde der Geschichte“, deuten auf die Fortführung der Eroberungspolitik mit vielen Toten hin.

Nutznieser des Ukrainekrieges ist in erster Linie China. Der Krieg schwächt und entzweit seine globalen Konkurrenten Russland, Europa und Amerika.

Dr. Karl Hahn, Bad Salzungen

LETZTE HOFFUNG AUF USA
ZU: DIE NÄCHSTEN KONFLIKTE (NR. 6)

Es ist zwölf Jahre her, dass der damalige Bundespräsident Horst Köhler mit einem Tabu brach. Ein Land von der Größe und mit der Außenhandelsorientierung Deutschlands müsse bereit sein, für freie Handelswege zu sorgen, sagte er. Damit hatte er eine Wahrheit ausgesprochen. Die Handelsmacht Deutschland muss mehr für die Sicherheit des weltweiten Warenverkehrs tun, wenn sie nicht Wohlstandsverluste riskieren will. Das gilt heute noch, wie die Angriffe im Roten Meer zeigen.

Berlin und Brüssel hoffen wieder darauf, dass die Amerikaner die Sache regeln. Das Kalkül mag aufgehen – vielleicht letztmalig. Je nach Ausgang der US-Wahl könnte der Tag kommen, an dem die EU

und Deutschland selbst für ihre Sicherheit und ihren Wohlstand sorgen müssen. Auch im Roten Meer. *Jürgen Frick, Dessau*

HABECKS FATALER FEHLER
ZU: DAS ENDE VOM MÄRCHEN DER SICHEREN ENERGIEWENDE (NR. 5)

Als die Bundesregierung die letzten drei Atomkraftmeiler vom Netz nahm, war das Drama in der Ukraine bereits in vollem Gange. Habeck und sein Ministerium kämpften mit allen juristischen Mitteln um die Geheimhaltung der Interna zu dieser Entscheidung.

Es drängen sich viele Fragen auf. Wäre die Energiekrise mit dem Verbleib der Meiler nicht so intensiv geworden? Oder, stünde die Umweltbilanz mit dem Verbleib der letzten AKWs am Netz besser da als mit der vehement durchgesetzten Entscheidung? Wie viel an Kosten hätte die Regierung mit einer weiteren Laufzeitverlängerung auf Zeit gespart? Und waren die Auswirkungen auf die Energiepreise für die Bürger und Unternehmen in Deutschland ohne die Abschaltung der Kernkraft vermeidbar gewesen?

Antworten darauf werden diese bis jetzt unter Verschluss gehaltenen Papiere bestimmt liefern. Hoffentlich gibt es Aufschluss bis vor den nächsten Wahlen. Ich bin überzeugt, dass das, was jetzt durch das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin auf Recht zur Veröffentlichung ans Licht kommen wird, für die Bundesregierung und besonders für die Partei die Grünen vernichtend sein wird.

War es schlussendlich die falsche Maßnahme und dann noch von beispiellos törichten ideologischen Grundsätzen erwungene Abschaltung, lege ich Herrn Habeck schon heute den Rücktritt nahe.

Dieser Fehler kann leider nicht mehr rückgängig gemacht werden. Die Bevölkerung hat ein Recht auf Expertenbewertung. Es lebe der investigative Journalismus, ohne ein parteiisch einseitiges verlängertes Sprachrohr zu sein.

Herbert Gießmann, Adelsheim

WILLKÜR DER GUTMENSCHEN
ZU: KRIEG DER PETITIONEN (NR. 4)

Das ernsthafte Bestreben, die AfD verbieten und AfD-Politikern gar die Grundrechte entziehen zu wollen, zeugt von einem mehr als fragwürdigen Demokratieverständnis. Es ist der Höhepunkt einer politischen, gesellschaftlichen Hetzjagd gegen politisch Andersdenkende, wie sie seit 2015 in unserem Land (leider) mittlerweile zur Praxis geworden ist.

Den Boden haben dabei jene Politiker bereitet, welche in Sonntagsreden zum „Kampf für die Demokratie“ aufrufen. Pauschal werden Oppositionspolitiker der AfD als „rechtsradikale Arschlöcher“ (Johannes Kahrs) oder migrationskritische Demonstranten als „Pack“ (Sigmar Gabriel) tituliert. Dazu kommt noch eine tendenziöse Berichterstattung der etablierten Medien, welche das Erstarken der AfD mit der Machtergreifung der NSDAP vergleichen und einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung ein „rechts-extremes Weltbild“ unterstellen.

Nun sehen sich die selbst ernannten Demokratie-Retter offenbar dazu aufgefordert, das Demokratieverständnis der Herrschenden auf der Straße gegenüber einem aufkommenden Protest zu sichern, auch wenn die Methoden dabei antidemokratisch und totalitär sind. Denn in einer Demokratie sollten vor allem die Grundrechte einer Minderheit vor einer Mehrheit geschützt sein.

Sollten sich die Forderungen nach einem AfD-Verbot oder einem Entzug der Grundrechte für Björn Höcke durchsetzen, so wäre dies die Zementierung eines (künftigen) autokratischen Systems, welches man ja eigentlich nicht wollte.

Die Frage bleibt auch offen, was passiert, sollten in einem solchen Falle die Wähler zum Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) oder zur neuen „Werteunion“-Partei abwandern. Debattiert man dann morgen schon über ein BSW-Verbot oder über einen möglichen Entzug der Grundrechte von Hans-Georg Maßen? Wo leben wir hier eigentlich? *Marcel Jacobs, Hamburg*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Das geplante Chaos zur Errichtung einer Neuen Weltordnung

■ Auf dem Weg zur Neuen Weltordnung ist jetzt die zweite Stufe erreicht. Chaos soll die Welt in ihren Grundfesten erschüttern. Der perfide Plan dahinter: Wenn alles aus den Fugen gerät, wünschen sich völlig verängstigte Bürger nichts sehnlicher, als dass endlich wieder jemand für Ordnung sorgt. Die Menschen sind dann bereit, sich jedem Diktat des vermeintlichen Retters zu beugen.

Die zweite Phase des Masterplans zur Neuen Weltordnung hat begonnen

Peter Orzechowski enthüllt die Anstifter und geistigen Väter der Neuen Weltordnung und zeigt an verstörenden Beispielen den Masterplan der Machtetite. Wie wird sie für Chaos sorgen? Was ist ihr Endziel?

- **Das Denken der Menschen wird verwirrt:** durch die Umwertung von Begriffen, die Zerstörung von Werten, das »Cancel« von Vertrauen, die Verbreitung von Fake News und vieles mehr.
- **Die Masseneinwanderung nach Europa wird weiter forciert:** Sie spaltet die Gesellschaft, zerstört die innere Sicherheit und zersetzt Traditionen, Werte, Kulturen und den Nationalstaat. Bürgerkriege drohen.

- **Nahrungsmittel- und Energieversorgung werden gestört:** Das, was für die Bürger überlebensnotwendig ist und bislang selbstverständlich war, gerät in Gefahr.
- **Kriege und geopolitische Konflikte werden angeheizt.** Die Folgen sind Mangel, Flucht, Elend und Tod.

Besonders bedenklich: Die selbst ernannten Herrscher rüsten die USA und ihre Verbündeten immer weiter gegen die Rivalen Russland und China auf. Was einmal mehr dem Zweck dient, die Menschen zu ängstigen und für Chaos zu sorgen, macht einen Dritten Weltkrieg immer wahrscheinlicher. Die Machtetite scheint dies zur Durchsetzung ihrer Interessen offensichtlich in Kauf zu nehmen.

Peter Orzechowski: Chaos
gebunden • 240 Seiten • Best.-Nr. 990 930 • 19,99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

SCHNEESCHUHWANDERUNG

Auf großem Fuß unterwegs

Stille Wintermomente – Mit Schuhen in Übergröße die bayerische Voralpenlandschaft rund um Lenggries erleben

VON EVA KELLER

Schaut man sich die riesenhaften Fußabdrücke im Tiefschnee an, könnte man denken, ein Yeti hätte sich ins Alpenvorland verirrt. Tatsächlich aber waren Schneeschuhwanderer unterwegs. Wer auf so großem Fuß unterwegs ist, für den stehen nicht die Höhenmeter im Vordergrund, sondern viel mehr die Freude an der Bewegung, das Naturerlebnis und vielleicht die ein oder andere kulinarische Belohnung nach der immerhin kräftezehrenden Tour.

Im oberbayerischen Lenggries gibt es zahlreiche Touren, die bereits nach kurzen Aufstiegen mit herrlichen Ausblicken auf das Isartal bis zum Karwendelgebirge belohnen. Und auch für die gemütliche Einkehr ist gesorgt: Die Vielfalt an uralten Hütten ist einmalig. Bergwanderführer Blasius Heiß kennt sich selbst abseits der bekannten Routen bestens aus und zeigt Besuchern bei seinen geführten Schneeschuhtouren die schönsten Seiten des Lenggrieser Winters.

„Jetzt gibt's erst mal was Gutes zum Trinken“, sagt Heiß und reicht jedem Schneeschuhgeher ein Stampferl. „Das ist schon was G'scheits – ein echter Lenggrieser Obstler.“ Also protestet man sich und bestaunt dabei die Aussicht vom Gipfel des Seekarkreuzes auf 1600 Metern Höhe. Vor einem erstreckt sich das mit einer weißen Puderschicht überzogene Isartal. Unten entdeckt man die Gemeinde Lenggries und auf der anderen, östlichen Seite den Tegernsee. In Richtung Süden zeichnen sich die Umrisse des Karwendelgebirges vom Himmel ab. Die Halbzeitpause mit Stampferl gibt es bei den Schneeschuhtouren von Heiß übrigens immer. „Man muss sich nach dem Aufstieg schließlich belohnen“, meint er.

Ausgangspunkt seiner Tour ist die Gemeinde Lenggries, die rund 60 Kilometer südlich von München im idyllischen Isarwinkel liegt. Berggipfel wie das 1555 Meter hohe Brauneck umgeben eine der flächenmäßig größten Gemeinden Deutschlands, durch die sich die wilde Isar schlängelt,



Hinterlassen riesenhafte Fußspuren wie ein Yeti: Schneeschuhwanderer auf dem Weg zu den Gipfeln von Lenggries

und die der Region eine unverwechselbare Landschaft verleiht.

Hier erstreckt sich neben einem erstklassigen Wanderparadies ein vielseitiges Winterwunderland für Skifahrer, Snowboarder und Langläufer. Der Ortsname Lenggries leitet sich vom „langen Gries“ ab, den riesigen Kiesbänken im Flussbett. Erstmals urkundlich erwähnt wurde die Gemeinde im Jahr 1257. Mittlerweile darf sich Lenggries sogar Flößerdorf nennen und zählt damit zum erlesenen Kreis von acht europäischen Orten, deren Historie prominent mit dem Flößerhandwerk verknüpft ist.

Der gebürtige Lenggrieser Wanderführer Heiß ist hier mit Skifahren, Skitourgehen und Wandern quasi auf dem Berg aufgewachsen. Er lebt direkt am Fuß des Braunecks, dem Hausberg des et-

was über 10.000 Einwohner zählenden Lenggries. Als er vor acht Jahren in Rente ging, wollte er trotzdem aktiv bleiben, absolvierte die Ausbildung zum Bergwanderführer und hat seitdem jeden Winter großen Spaß daran, Gäste auf seine liebsten Schneeschuhtouren in der Region mitzunehmen.

Man schleicht halt so dahin

Das Schöne hier: Selbst Genießer und Gelegenheitswanderer mit wenig Kondition werden schnell mit wunderbaren Ausblicken belohnt. „Zum Beispiel bei der Runde durchs Schwarzenbachtal. Da ist man gerade einmal zweieinhalb Stunden unterwegs, kommt aber schon auf 900 Meter rauf. Von da aus hat man eine super Aussicht über das Isartal und die Voralpenlandschaft“, schwärmt Heiß.

Aber zurück zum Seekarkreuz. Die heutige Tour gehört schon eher zur anspruchsvolleren Sorte und bietet während des fast dreistündigen Abstiegs genug Zeit zum Plaudern. Schneeschuhwandern als Freizeitvergnügen ist noch recht neu. Lange Zeit waren die Bretter ein praktisches Fortbewegungsmittel für Jäger und Holzfüller. Erst in den vergangenen Jahren ist daraus ein Sport geworden. „Früher hat man gesagt, wer nicht Skifahren kann, geht halt Schneeschuhwandern“, sagt der 73-jährige Bergführer und meint, dass heute niemand mehr über diese Form der Fortbewegung spöttelt.

Die Nachfrage steigt stetig. Immer mehr Wandfreunde haben Lust, mit den Yeti-Schuhen durch den Tiefschnee zu wandern. Den Lenggrieser Heiß wundert es nicht: „Im Grunde kann jeder in die

Treter einsteigen und loslaufen. Alles, was man braucht, ist funktionelle Kleidung nach dem Zwiebel-Prinzip, eine Brotzeit und Tee.“

Auch die Technik ist fix gelernt – breitbeinig laufen, die Schritte parallel setzen, beim Bergablaufen nach hinten lehnen und in die Knie gehen. Oder in Heiß' Worten: „Man schleicht halt so dahin.“

Dennoch sollte man nicht einfach draufloslaufen, sondern sich über die Strecke und die Wanderbedingungen informieren. Das liegt Heiß nicht nur wegen der Lawinengefahr am Herzen: „Das Wichtigste ist, auf die Natur Rücksicht zu nehmen.“ Im Winter befinden sich die Tiere im Energiesparmodus, finden nur schwer Nahrung und halten sich deshalb rund um die Wildfütterungen auf. Diese Stellen sollte man unbedingt meiden, um das Wild nicht zu erschrecken und es dadurch in Stress zu versetzen.

Die Gegend um Lenggries ist von mehr als 30 offiziellen Routen für Schneeschuhwanderer durchzogen. Am liebsten geht Heiß zur Lenggrieser Hütte, die auf 1338 Höhenmetern liegt. Über das verunsicherte Hirschbachtal führen Serpentinien insgesamt etwas mehr als 600 Meter nach oben. Auch diese fünfstündige Tour verlangt zwar eine gute Portion Kondition, doch für den Profi punktet neben der Aussicht vor allem das Ziel.

„Es ist einfach herrlich, wenn am Berg oben eine urige Hütte steht. Da rastet man und genießt eine gute Mahlzeit“, sagt Heiß. Das scheint auch das Motto der Schneeschuhwanderungen in Lenggries zu sein: Egal, ob mit einem Schnapsperl, einer guten Brotzeit, der Hütteneinkehr oder den Ausblicken – bei jeder Tour steht der Genuss im Vordergrund.

● Urlauber bei „Lenggries PLUS“-Gastgebarn profitieren von der Gästekarte PLUS, die zahlreiche kostenlose Angebote und attraktive Rabatte beinhaltet. Infos: Tourismus Lenggries, Rathausplatz 2, 83661 Lenggries, Telefon (08042) 5008-800, E-Mail: info@lenggries.de, www.lenggries.de

NÜRNBERGER LAND

Schäufele, Höhlenkäse, Kommunenbier

Speisen wie ein Burgherr – Wanderungen zu den Burgen rund um Nürnberg, die auch im Winter eine gastronomische Vielfalt bieten

Zum Greifen nah oder in der Ferne am Horizont, weißes Schloßchen oder erhabener grauer Riese: An den Burgen, Schlössern und Patrizierhäusern kommt man im Nürnberger Land nicht vorbei. Über 100 dieser Bauwerke prägen die Landschaft. Nähern kann man sich ihnen auf verschiedene Weise: Bei einer entspannten Wanderung, im Rahmen eines Konzertes beziehungsweise einer Ausstellung, beim Essen in einem der Restaurants. Oder man genießt einfach alles zusammen.

Ost oder West? Das ist die einzige Frage, die sich Urlauber stellen müssen, bevor sie zur kulinarischen Schloßtour nördlich von Lauf an der Pegnitz aufbrechen. Dann geht alles wie von selbst. Bei der Wanderung durch herrliche Landschaften kann man die fränkische Geschichte kennenlernen. Und nebenbei kann man in den Wirtschaften regionale Spezialitäten wie Schäufele, Höhlenkäse oder Kommunenbier kennenlernen.

Entscheidet man sich für die rund elf Kilometer lange Ostschleife, dann lohnt sich ein Abstecher zum ehemaligen Her-

rensitz Welserschlösschen, das man auf Anfrage auch besichtigen kann. Der dreigeschossige Sandsteinquaderbau punktet mit einer üppigen Barockausstattung. Unbedingt probieren sollte man die Biere der Brauerei Wiethaler im gleichnamigen

Gasthof nebenan. Hier findet man nicht nur das flüssige Gold, sondern auch typische regionale Schmankerl wie Bratwurst oder Schäufele. Die mit Knochen gebratene Schweineschulter ist quasi das Nationalgericht und wird mit Kloß und Salat

gegessen. Dann geht es durch Wald und Feld vorbei am Dorfcäfé Simonshofen, das leckere Kuchen anbietet, weiter Richtung Nuschelberg. Hier bietet sich das Gasthaus Hallerschlösschen mit hervorragender fränkischer Küche als letzter Stopp an, bevor es zurück zum Ausgangspunkt zurück geht – und das alles ohne nennenswerte Steigungen.

Wer mehr an der geistigen Nahrung interessiert ist, sollte eines der Burgmuseen besuchen. In der im 12. Jahrhundert erbauten Burg Thann kann man auf Zeitreise gehen sowie das Leben und Arbeiten in der Region um 1920 entdecken. Auf kaiserlichen Spuren wandelt man in der Wenzelburg mitten in der Stadt Lauf. Sie wurde auf einer Pegnitzinsel von Kaiser Karl IV. in den Jahren 1356 bis 1360 errichtet und diente als Rastplatz auf dem Weg von Nürnberg zur Kaiserresidenz in Prag.

Besonders sticht hier der Wappensaal hervor: 112 farbig gefasste Wappenschilde böhmischer Adelsgeschlechter wurden kunstvoll von Steinmetzen in die Sandsteinwand gemeißelt und bemalt. Diese Wappenfriese gehören zu den ein-

drucksvollsten Beispielen gotischer Innenraumkunst in Deutschland. Mehr Informationen über die Heraldik liefern die interaktiven Bildschirme. Musikalischen Genuss erlebt man dagegen im Roten Saal auf der Burg Henfenfeld. Das auch Pfingstschloß genannte Bauwerk wurde um das Jahr 1200 errichtet und beherbergt eine Opern Akademie, die regelmäßig Konzerte veranstaltet. Wer sich genügend an der Kultur gelabt hat, besucht das Restaurant Touché inklusive Rittersaal hoch oben auf der Burg Hartenstein. Hier lässt sich jeden ersten Sonntag im Monat ein firstliches Spätfrühstück genießen.

Übrigens: Sogar mit sportlicher Betätigung lässt sich im Nürnberger Land ein Burgenbesuch verbinden. Unterhalb der Burg Hohenstein liegt ein Ski- und Rodelhang, der mit Lift, Flutlicht und Schneekanonen bestens für Wintersportler gerüstet ist.

Katharina Huber

● Nürnberger Land Tourismus, Waldluststraße 1, 91207 Lauf a. d. Pegnitz, Telefon (09123) 950-6062, urlaub.nuernberger-land.de



Liegt auf 600 Metern im Nürnberger Land: Burg Hohenstein aus dem 12. Jahrhundert

FÜR SIE GELESEN

Die Welt der Bären

Der britische Wissenschaftler Huw Lewis Jones kennt sich aus in freier Wildbahn. In seinem Bilderbuch „Was für Sachen Bären machen“ lädt er Kinder ab sechs Jahren zu einer Entdeckungsreise ins Reich der Bären ein, bunt in Szene gesetzt vom schottischen Tierzeichner Sam Caldwell.

Los geht es mit einer Bärenkunde. Es folgt die Geschichte der Bären auf unserem Planeten. Unvorstellbar, dass der Riesenbär von vor einer Million Jahren 3,40 Meter groß war und 1,6 Tonnen wog. Auf jeder Seite erfährt man auf einem Notizzettel alles Wichtige zu jeder Bärenart.

Jones führt so realistisch ins Land der Bären, dass man ab und zu froh ist, doch nur ein Bilderbuch anzuschauen und keines dieser edlen Tiere einem gleich direkt begegnen wird. „Halte Abstand!“, rät der Experte, da Bären als wilde Tiere potentiell gefährlich sind. Es gibt kaum ein Kinderbuch, das so faktenreich über Bären berichtet. Es ist ein großartiges Buch, das man auch gerne naturinteressierten Erwachsenen in die Hand geben kann.

Silvia Friedrich



Huw Lewis Jones: „Was für Sachen Bären machen“, Penguin Verlag, München 2023, Hardcover, 48 Seiten, 16 Euro

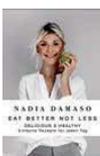
Bewusst und gesund essen

Nadia Damasos hochwertig verarbeitetes Buch „Eat better not less“ beinhaltet nicht nur viele pflanzliche Rezepte, die man in 20 Minuten verzehrfertig zubereiten kann, sondern auch eine ausführliche Anleitung, die Zutaten sorgfältig zu wählen und die Zubereitung mit Bedacht und Hingabe auszuführen. Die Liebe zur Natur soll bei den Lebensmitteln zum Tragen kommen. Nur so könne unser Essen zu einer Energiequelle werden, so Damaso.

Dazu schlägt sie für die Beschaffung, Zubereitung und für den Verzehr ausreichend Zeit in Form einer Meditation vor. Des Weiteren erklärt Damaso, welche Küchenhelfer notwendig sind. Dieses Buch ist also nicht nur ein Rezeptbuch, sondern auch ein Ratgeber für bewusstes Leben und Ernährung. Damaso beschreibt, welche Bedeutung die Ernährung für unser Leben hat und dass sich eine gute Ernährung positiv auf die ganzheitliche Gesundheit auswirkt.

In 20 Minuten ist das Essen dann doch nicht auf dem Tisch. Die Beschaffung und Zubereitung wird insgesamt mehr Zeit in Anspruch nehmen. Die Ratschläge für den Körper sind meditativ und sollen ein bewusstes Leben fördern. Die erfolgreiche Kochbuchautorin, Gesundheitsenthusiastin und Naturliebhaberin stammt aus der Schweiz. Sie setzt sich mit Leidenschaft für einen gesunden Lebensstil ein.

Angela Selke



Nadia Damaso: „Eat better not less. Delicious & Healthy. Einfache Rezepte für jeden Tag“, at Verlag, Aarau 2023, gebunden, 256 Seiten, 38 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Schöne Aufmachung, zu wenig Hintergründe

Mit dem „Reiseführer Polnische Ostseeküste – Masuren“ bleibt die Baedeker-Reihe hinter anderen Werken aus ihrem Hause zurück

Seit Generationen sind „Baedeker“ für viele Länder und Regionen der Welt das Maß aller Dinge in Sachen Reiseliteratur. Für den Band „Polnische Ostseeküste – Masuren“ gilt dies leider nicht. Zwar bietet auch dieser Reiseführer – wie für Baedeker üblich – zahlreiche interessante Tourenvorschläge und empfiehlt dabei nicht nur die großen Orte wie Stettin und Danzig, sondern auch etliche kleine Sehenswürdigkeiten in Masuren.

Doch fehlt dem Buch nahezu jede Einordnung der historischen Zusammenhänge dieser besonderen europäischen Region. So begegnen die Leser ständig deutschen Spuren – was angesichts einer mehr als 700-jährigen deutschen Geschichte auch nicht verwundert – und erfahren doch kaum etwas darüber, woher diese Spuren in einer Region, die wie selbstverständlich als polnisch dargestellt wird, eigentlich kommen.

Paul Michaelis



Dieter Schulze, Izabella Gawin: „Baedeker Reiseführer Polnische Ostseeküste – Masuren“, Mairdumont Verlag 2022, Taschenbuch, 386 Seiten, mit praktischer Karte EASY ZIP, 22,95 Euro

LANDESKUNDE

Einblicke in eine widerständige Nation

Spannender Auftaktband einer Reihe von Beiträgen zur deutsch-ungarischen Verständigung

VON WERNER J. PATZELT

Doktor Bence Bauer, der Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts am Mathias Corvinus Collegium (MCC) Budapest, ist ein in Deutschland aufgewachsener und dort auch akademisch sozialisierter Ungar. Lange Zeit für die Europäische Volkspartei in Brüssel und für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest tätig, außerdem polyglott und umfangreich vernetzt, ist er ein höchst sachkundiger Beobachter der Verhältnisse in Ostmitteleuropa im Allgemeinen und von sowohl Deutschland als auch von Ungarn im Besonderen. Wenn er sich zu alledem äußert, lohnt aufmerksames Zuhören und Lesen.

Auftakt einer Buchreihe, die Ungarn den Deutschen näherbringen soll

Das gilt auch für den hier vorzustellenden Band. Er umfasst 24 Beiträge, die bereits zwischen 2019 und 2023 an vielfältigen Publikationsorten erschienen sind. Für „Ungarn ist anders“ wurden sie wohl redigiert und mit weiterführenden Literaturhinweisen versehen.

Behandelt werden in sechs Abschnitten, und zwar überwiegend schlaglichtartig, die ungarische „Nation und Geschichte“, einige „Ungarische Positionen“ vom Wahlsystem bis zur Haltung im Ukraine-Krieg, „Ungarn und seine Nachbarn“, spiegelbildlich die ungarischen Blicke auf Deutschland und die deutschen Blicke auf Ungarn, desgleichen „Ungarn in Europa“. Zwar spiegelt diese Gliederung mehr Systematik vor, als sie die abgedruckten Texte dann wirklich einlösen. Doch dem Auftaktband der kommenden Jahresbände des im Dezember 2020 gegründeten

Deutsch-Ungarischen Instituts, künftig als Buchreihe vom Chemnitzer Historiker Frank-Lothar Kroll herausgegeben, steht das formal durchaus gut zu Gesicht: Es sollen einfach einmal im Jahr die wichtigsten Schriften aus dem Arbeitsbereich des Instituts veröffentlicht werden.

Eine Nation zwischen Freiheitsdrang und Selbstbehauptung

Und wichtig – zumindest wertvoll und erhellend – sind die hier publizierten Texte allemal. Natürlich lassen sie sich an dieser Stelle nicht im Einzelnen besprechen, sondern nur kurz annotieren. Vorzügliche Verständnisschlüssel zur Eigenart Ungarns bieten insbesondere die Texte über „Ungarns Freiheitsdrang“, die sich anschließenden Skizzen über Fremdes und Vertrautes an Ungarn, über dessen praktizierte Dialektik aus Tradition und Erneuerung sowie über Ungarns Selbstbehauptung.

Wichtige Sachinformationen bieten die Beiträge über das ungarische Wahlsys-

tem in Theorie und Praxis, über „Wegmarken“ der ungarischen innenpolitischen Entwicklung, über die „konservativen Pfeiler“ in Ungarns Gesellschaft und Politik sowie über die – in der EU wenig verstandene – ungarische Position im Ukraine-Krieg. Nützliches Hintergrundwissen für ansonsten leicht rätselhaft Anmutendes bieten die Texte über das Verhältnis zwischen Ungarn und Polen im Allgemeinen sowie zwischen Viktor Orbán und Donald Tusk im Besonderen.

Ansonsten von breiten Pinselstrichen übermalte, doch mit Gewinn zur Kenntnis zu nehmende Einzelzusammenhänge führen die Kapitel über das „Panneuropäische Picknick“ von 1989 sowie über deutsche „Mythen“ um Gyula Horn vor Augen. Unverzichtbar für ein Verständnis der Tiefenschichten des derzeit sehr schwierigen deutsch-ungarischen Verhältnisses sind die Texte „Debatten um Ungarn – Debatten um Deutschland“, zum „deutschen Dilemma“ sowie zu den Schwierigkeiten, welche CDU und CSU mit der realen „bürgerlichen Politikgestaltung“ in Ungarn haben. Und sehr erhellend sind die letzten Abschnitte des Buches, die sich mit der umstrittenen Rolle Ungarns in der Europäischen Union befassen.

Verstehen statt verdammen

In allen Beiträgen zu diesem Buch steicht die Sachkenntnis des Verfassers, sein Verzicht auf alle Polemik und jener – bei aller Kritik – freundschaftliche Blick auf das eigene Land, den sich in Deutschland so viele Autoren abgewöhnt haben. Zwar wird dieses Buch das Schicksal aller Veröffentlichungen teilen, die derzeit Ungarn nicht als Quasi-Diktatur oder dessen Ministerpräsidenten als politi-

schen Gangster darstellen: Es wird von Orbán- und Fidesz-Gegnern üble Nachrede als „Mischung aus Apologetik und Propaganda“ erfahren.

Wer aber wirklich verstehen will, wovon er spricht, wenn er sich über Ungarn und dessen Eigentümlichkeiten äußert, dem wird dieses Buch sehr hilfreich sein. Gemäß seiner Eigenart bietet es zwar keine systematische Darlegung von ungarischer Andersartigkeit. Doch genau deshalb kann man seine Teile einfach entlang jeweils aktivierter Neugier lesen – und dabei im jeweiligen Einzelstück jene Ahnung vom Ganzen des Landes und seiner Kultur bekommen, die zur weiteren Literaturrecherche oder zu Gesprächen mit Ungarnkennern motivieren kann.

Also empfiehlt sich dieses Buch nicht zuletzt als Geschenk für Ungarnfreunde oder für solche, die sich nicht bereits auf eine Gegnerrolle festgelegt haben.

Insgesamt macht dieser Reihenauf-takt Lust auf die weiteren Bände – und zeigt, dass der Institutsdirektor Bauer nicht nur ein wirkungsvoller Organisator ist, sondern auch ein Politikbeobachter von intellektuellem Gewicht.

Das Buch ist in Deutschland sowohl über den Buchemzelhandel (siehe die ISBN) als auch die Webseite mccpress.hu zu beziehen.

Wer wirklich verstehen will, wovon er spricht, wenn er sich über Ungarn und dessen Eigentümlichkeiten äußert, dem wird dieses Buch sehr hilfreich sein



Bence Bauer: „Ungarn ist anders“, MCC Press 2023, Paperback, 262 Seiten, 16,05 Euro (bei Amazon), ISBN 9789636440343

REPUBLIK LITAUEN

Mehr Ukrainer im Memelgebiet als in Luxemburg

Zuzug vor allem wegen der Möglichkeit, Russisch zu sprechen – Litauische Regierung vor einem Dilemma

VON BODO BOST

Die Republik Litauen hat insgesamt 83.000 ukrainische Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Das sind wesentlich mehr als die 69.000, die Frankreich aufgenommen hat, das 25 Mal mehr Einwohner hat als die kleine Baltenrepublik. Allein 6500 Ukrainer haben im Memelgebiet eine neue Heimat gefunden. Das sind anderthalb Mal so viele wie im reichen Luxemburg, das vier Mal so viele Einwohner hat wie das Memelgebiet.

Die meisten Kriegsflüchtlinge in Litauen, bis zu 20.000, ließen sich in Wilna nieder. Etwa 10.000 leben in Kaunas. Die Ukrainer in Litauen integrieren sich aktiv in den Arbeitsmarkt. Nach Angaben der staatlichen Statistikagentur sind 98 Prozent der arbeitsfähigen Ukraine-Flüchtlinge derzeit beschäftigt – insgesamt fast 55.000 Personen. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik sind es lediglich 17 Prozent. Während ukrainische Kriegsflüchtlinge hierzulande nach Angaben von Finanzminister Christian Lindner mit fünf bis sechs Milliarden Euro dem Staat zur Last fallen, ist die Aufnahme von Ukrainern in Litauen ein Gewinn für den Staat geworden, weil die Ukrainer mehr Steuern zahlen, als sie den Staat kosten.

Integration in den Arbeitsmarkt

Anders als in Deutschland, wo die Ukrainer unbefristet Bürgergeld beziehen, das sie von einer Arbeitsaufnahme abhält, hat Litauen nur zeitlich befristete Integrationshilfen geleistet. So sind die Entscheidungen für die Unterbringung von Ukrainern im Dezember 2023 ausgefallen. Das Ziel Litauens bestand von Anfang an darin, die Autonomie der Flücht-



Auf dem Weg in die EU: Ukrainische Flüchtlinge überqueren die ukrainisch-polnische Grenze Foto: pa/Reuters/Leonhard Hoeger

linge zu fördern Sie erhalten also Hilfe zur Selbsthilfe. Das Zentrum für ukrainische Hilfe in Memel liegt in der Hinteren Wallstraße [Galinio Pylimo gatve 16] in der Altstadt.

Die Stadt Memel, in der 20 Prozent der Bevölkerung russischsprachig sind, verfügt über ein gut ausgebautes russisches Schulangebot. Das ist einer der

Hauptgründe, weshalb die Stadt zum zweiten Zentrum der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge geworden ist. Die einheimische russischsprachige Bevölkerung Litauens beträgt in etwa 150.000, das Gros lebt im Osten des Landes, in den Grenzregionen zu Weißrussland und zur Republik Polen. Eigentlich wollte Litauen auf nationaler Ebene, wie Estland

und Lettland, eine Politik des langsamen Abbaus der russischsprachigen Schulen in Angriff nehmen. Durch die Ankunft von 85.000 meist russischsprachigen Flüchtlingen, etwa noch einmal die Hälfte der bereits im Lande lebenden Russischsprachigen, wird sich dieser Abbau zumindest verzögern. Memels Bürgermeister Arvydas Vaitkus, der selbst in

Russland studiert und in der von Russland zu Kriegsbeginn eroberten ukrainischen Stadt Mariupol gearbeitet hatte, sagt, dass die Gemeinden die auf nationaler Ebene gefassten Beschlüsse zum Abbau russischer Schulen umsetzen müssen.

Der Abbau russischer Schulen war geplant

Er schlägt jedoch vor, das System russischer Schulen nicht zu zerstören. Wörtlich sagte er: „Was machen wir mit den ukrainischen Kindern, die in diese Schulen gehen?“ Weiter sagte er: „Memel ist eine multikulturelle Stadt, und diese Schulen gibt es nicht erst seit gestern, sondern schon seit vielen Jahren.“

In Litauen wird an fast 100 Schulen in neun Gemeinden in der Sprache der nationalen Minderheiten, zumeist Russisch, unterrichtet. Nach Angaben der Nationalen Agentur für Bildung wurden im Schuljahr 2020–2021 mehr als 47.000 Kinder in Bildungseinrichtungen für nationale Minderheiten, vom Kindergarten bis zur Schule, unterrichtet. Im gleichen Zeitraum wurden etwa 14 000 Schüler in allgemeinbildenden Schulen auf Russisch unterrichtet, hauptsächlich in Wilna und Memel. Nach Angaben der Stadtverwaltung von Wilna gibt es derzeit 14 russischsprachige Bildungseinrichtungen in der Hauptstadt. Seit 2008 ist die Zahl der Kinder, die Russisch lernen, von 9500 auf 11.500 gestiegen. Viele Politiker in Litauen fragen sich jedoch, ob diejenigen, die vor den Regimen in Russland und Weißrussland geflohen sind, und in das russischsprachige Umfeld in Litauen gebracht werden, im Interesse ihrer Kinder als auch Litauens handeln, wenn sie weiter Russisch sprechen.

UNTERALTUNG

Der Priester am Kreuz

Eine Erzählung von Jürgen Ehmann darüber, wie zu Beginn der NS-Zeit ein kritischer Seelsorger aus seinem Dorf vertrieben wird

Diese Geschichte ereignet sich im Spätsommer 1934 irgendwo in Ostpreußen in einem kleinen zwischen Hügeln gelegenen und von Feldern umgebenen Dorf. In der Mitte des Ortes steht die evangelische Dorfkirche, hinter welcher sich der Friedhof befindet. Durch ein kleines Tor gelangt man vom Friedhof zum Pfarrhaus. Unweit gelegen ist der Dorfkrug, wo sich abends die Männer zu Bier und Schnaps einfinden. Die meisten arbeiten auf dem zwei Kilometer entfernten Gutshof.

Am Ortsausgang wohnt der 60-jährige Ortsvorsteher, der im Großen Krieg in der Schlacht von Tannenberg seinen linken Arm für Kaiser und Vaterland verlor. In der Weimarer Republik wurde der alte Hindenburg, der Retter Ostpreußens, zum Reichspräsidenten gewählt. Nach dem Tod des „Alten vom Preußenwald“ ließ sich der Reichskanzler Hitler in einer Volksabstimmung zum Reichspräsidenten bestätigen. Über 38 Millionen begeisterte Deutsche, darunter auch der Ortsvorsteher, haben ihm ihre Stimme gegeben. Nur ein kleiner Teil der Deutschen, die Hitler nicht gewählt haben, macht sich seine Gedanken, wie es mit Deutschland weitergehen wird. Öffentlich traut man sich schon seit einiger Zeit nichts mehr zu sagen; denn diejenigen, die schlecht über den Führer reden, werden von Denunzianten bei den Behörden gemeldet und verschwinden dann für einige Zeit oder sogar noch länger.

Der Ortspfarrer, ein Mensch vom alten Schlag, sieht in diesem Menschen den Satan persönlich, welcher die Menschen verderben und in den Untergang führen wird. Manchmal führt der Pfarrer Zwiesgespräche mit dem Herrgott, denn mit Sorge bemerkt er in den letzten Monaten, dass sich einige der Dorfbewohner im Wesen geändert und eine Ortsgruppe dieser Partei gegründet haben. Deutschland soll mit reinrassigen Ariern wieder zu einer Weltmacht werden, zu der mit Ehrfurcht aufgeschaut wird. Um die an mancher Miserie im Land vermeintlich schuldigen Oppositionellen und Juden werden sich Hitlers „Jagdhunde“ kümmern. Schon vor Hindenburgs Tod haben einige Bekannte des Pfarrers Deutschland verlassen. Andere glauben, dass der Hitler nicht so verückt ist wie der Inhalt seiner Aussagen. Die Zeiten haben sich zu früher geändert. Es weht ein anderer Wind als zu Kaisers Zeiten. Der Pfarrer will sich diesem Orkan entgegenstellen.

Ein Mensch vom alten Schlag

Auch in unserem ländlichen Ort gibt es einige, die den Pfarrer im Auge behalten und bereit sind, ihn zu melden. Da wäre der strafversetzte Dorfpolizist, der sich an seiner früheren Arbeitsstelle mehr um den Alkohol als um die gesetzlichen Angelegenheiten gekümmert hat. Gläubig scheint er auch nicht zu sein, denn am vorherigen Ort erwischte man ihn, als er

auf einem katholischen Friedhof auf ein Grab pinkelte. Darum war und ist er einigen in der Partei dankbar, die ihm trotz des Protests des Provinzialbischofs die Möglichkeit geboten haben, sich in diesem Nest zu bewahren.

Ein überzeugter Parteigänger ist der Fleischermeister. Klein mit breiten Schultern und einem Stiernacken ist er, dazu hinterlistig und verschlagen. Auch der Gutsverwalter, der nie viel spricht und etwas sehr Unpersönliches ausstrahlt, ist der Partei angetan. Einmal in der Woche, am Sonntag, kommt er in den Ort und trifft sich nach der Messe mit den Mitgliedern der Partei im Dorkrug. Es ist im eigentlichen Sinn keine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe, sondern ein Zusammenkommen mit Austausch von Neuigkeiten, bei dem einige Gläser geleert werden.

So auch an diesem Sonntag. Der Dorfpolizist und der Fleischermeister sitzen schon am Stammtisch in einer ruhigen Ecke, ein Verwaltungsangestellter und zwei Sägewerksarbeiter treten mit dem Gutsverwalter in den Dorkrug ein und entrichten den obligatorischen Gruß an die Parteimitglieder. Als bald diskutiert man über die Predigt des Pfarrers, der sich erneut wie so oft in letzter Zeit über den Führer und die Partei ausgelassen hat. Man beschließt, dem Pfarrer eine Lektion zu erteilen, an die er noch lange denken soll.

An diesem Dienstagabend geht der Pfarrer wie jeden Abend nach dem Abendessen in die Kirche, um nach dem Rechten zu sehen. Nach seinem Rundgang durch die Kirche verharret er einige Minuten in einer Sitzbank. Er verlässt die Kirche durch das Hauptportal, schließt die Tür ab und macht sich auf den Weg zum Pfarrhaus. Kerzen brennen auf den Gräbern und geben der Dunkelheit etwas Feierlichkeit. Wie immer kommt der Pfarrer an dem großen Holzkreuz in der Mitte des Friedhofs vorbei.

Rache am Pfarrer

Er hört nicht die leisen Schritte, die sich ihm nähern, auch nicht das Geräusch, als ihn ein Holzknüppel am Kopf trifft. Erst einige Stunden später erwacht er; die Glieder schmerzen ihn von einer ungewohnten Haltung. Er will sie an sich ziehen, doch das gelingt ihm nicht. Dunkelheit umgibt ihn, er sieht nicht die Kerzenlichter auf den Gräbern, da ihm etwas über den Kopf gestülpt ist.

Am frühen Morgen treibt der Schäfer die Schafe aus den Stallungen auf die Weide. Meist trifft er auf seinem Weg die Witwe eines vor etlichen Jahren von einem Wilderer erschossenen Forstarbeiters auf ihrem Gang vom Friedhof. Die Witwe geht jeden Tag mehrmals an das Grab ihres Verbliebenen. Als sie in Gedanken versunken über den Friedhof geht, vermeint sie ein Stöhnen zu hören. Als sie sich um-

blickt, sieht sie etwas am Holzkreuz hängen. Ein lauter Schrei entflucht ihr, als sie erkennt, dass dort ein Mensch hängt. Der Schrei lockt den Schäfer an und einen Lorboss, der barfuß gerade einige Hühner am Jagen ist. Der Schäfer schickt ihn unverzüglich zum Dorfpolizisten und zum Ortsvorsteher. Nach wenigen Minuten sind auch weitere Dorfbewohner angewandt. Der Pfarrer wird vom Kreuz abgeholt, ins Pfarrhaus gebracht und versorgt. Der Ortsvorsteher meint, dass die oberen Behörden sich um die Angelegenheit kümmern sollten und ruft in der Stadt bei der Polizeidienststelle an. Am Mittag erscheint ein Oberkommissar mit einigen Polizisten. Sie können keine dienlichen Hinweise am Tatort finden, und so ziehen sie am Abend unverrichteter Dinge wieder ab.

Der Pfarrer, der einige Vermutungen hat, wer hinter der Angelegenheit steckt, informiert seinen Vorgesetzten und dieser den Provinzialbischof über den Vorfall. Dieser setzt sich mit dem Gauleiter in Verbindung. Unter dem Druck des Gauleiters kommen Vorgesetzter und Bischof zu dem Ergebnis, die Angelegenheit nicht an die große Glocke zu hängen. Wenige Tage später erscheinen bei dem Pfarrer einige düster aussehende Herren aus Königsberg und legen dem Pfarrer nahe, die Pfarrei zu verlassen. Seitdem hat man in dem kleinen Ort von dem Pfarrer nie wieder etwas gehört.

● AUFGESCHNAPPT

Nun ist sie „offiziell“ vorbei: Ab dem Frühling 2018 quälte Deutschland eine Dürre, wie man sie seit 1867 nicht gesehen hatte. Dann setzte um die Jahreswende 2022/23 endlich eine feuchtere Phase ein, die seit mehr als 14 Monaten anhält. Folge: „Die Dürre hat sich aufgelöst“, so der Leiter des Dürremonitors beim Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), Andreas Marx. Im vergangenen Jahr sei 40 Prozent mehr Niederschlag gefallen als im Mittel. Allerdings sei der Osten der Republik etwas schlechter weggekommen als der Westen, sodass es dort noch kleinere zu trockene Gebiete gebe. Zum Teil liege die in 1,8 Metern Tiefe gemessene Wasser-Unterversorgung dieser Restzonen aber auch an Lehm- oder Ton-Böden, durch die das Wasser nur langsam einsickert. Also sollte sich die Lage hier auch bald entspannen. Die Wälder werden demnach gut durch den Sommer kommen, aber die Landwirtschaft ist auf regelmäßige Wasserzufuhr in die oberen Bodenschichten angewiesen, weshalb ihr die gute Wasser-situation in der Tiefe wenig nützt. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

In der Sendung „Schuler! Fragen, was ist“ (21. Februar) des Nachrichtenportals „Nius.de“ warnt der Herausgeber des Magazins „Cicero“, Alexander Marguier, eindringlich vor dem neuesten Gesetzesvorhaben von Innenminister Nancy Faeser (SPD) und Familienministerin Lisa Paus (Grüne):

„Das ist ein erster Schritt in einen Überwachungsstaat hinein. Was soll das denn sein, Hass und Hetze im Netz unterhalb der Strafbarkeitsgrenze? Entweder wir sind ein Rechtsstaat oder wir sind keiner. Wer definiert denn dann, was Hass und Hetze ist, wenn es sich nicht strafrechtlich einordnen lässt? Macht das dann die Bundesfamilienministerin? Macht das die Bundesinnenministerin? Macht das Herr Haldenwang vom Verfassungsschutz? Ich finde das absolut ungehörig und mir persönlich macht das auch Angst.“

Martin Sonneborn, EU-Abgeordneter der Kleinpartei „Die Partei“, warnt gegenüber der „Welt“ (23. Februar) eindringlich davor, dass die EU mit Unterstützung aller großen Parteien zu einem massiv freiheitsbedrohenden Überwachungssystem umgebaut werde:

„Die Überwachungsmöglichkeiten, die wir gerade schaffen, sind nicht von Pappe: ‚Chatkontrolle‘, ‚Digital Services Act‘, ‚AI Act‘ ... Jede Datenspur wird aufgezeichnet, ist speicherbar, durchsuchbar und verknüpfbar geworden ... Im Moment steuern wir auf eine Situation zu, in der alles, was nicht der Regierungssicht entspricht, als ‚Desinformation‘ kategorisiert und unter Strafe gestellt werden kann.“

Alexander Kissler bemängelt, dass die öffentlich-rechtlichen Sender schon lange nicht mehr „ausgewogen“ seien, wie es der Rundfunkstaatsvertrag vorsieht. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (23. Februar) schreibt er:

„Faktisch dominiert an zu vielen Stellen ein linker oder grüner Blick auf Welt und Politik. Das Einladungsmanagement für Talkshows zeugt davon ebenso wie das fiktionale Belehrungsfernsehen in Krimi und Spielfilm, aber auch die Auswahl der Experten und solcher, die es sein wollen ... Ist es da ein Wunder, dass die Menge der Zahlungsverweigerer wächst, trotz der Androhung von Beugehaft?“

Christian Trethar reißt sich im „Tagesspiegel“ (25. Januar) die Augen über die krasse Einseitigkeit des deutschen Kulturbetriebs bei der Betrachtung des Nahost-Konflikts:

„Nach der völlig vermurksten Documenta und der ausgebliebenen Solidarität mit Israel aus dem Kulturbetrieb kurz nach dem brutalen Überfall der Hamas zeigt nun auch die einseitige Berlinale, dass die Kultur ein massives Israel-Problem hat. Sie ist unfähig, zu differenzieren.“

● WORT DER WOCHE

„Dieser Krieg ist wie Krebs. Er streut Metastasen und zerstört alles.“

Christoph Wanner, „Welt“-Korrespondent in Moskau, am 23. Februar zu den seelischen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die russische Zivilbevölkerung

DER WOCHENRÜCKBLICK

Erwartungen ans Volk

Warum sich die Grünen über die Wut der Deutschen wundern, und wen man beleidigen darf

VON HANS HECKEL

Sie machen wahrlich schwere Zeiten durch, die Grünen. Ein großes Nachrichtenmagazin warnt gar: „Hass und Gewalt gegen die Grünen bergen eine Gefahr für uns alle.“ In der Tat mussten wir ja hier neulich berichten, wie das Aschermittwochstreffen der baden-württembergischen Grünen von Demonstranten dermaßen blockiert wurde, dass es glatt ausfiel. Das Magazin zermartert sich und uns den Kopf, wodurch diese Wut im Volk wohl gewachsen ist, und bietet eine schlüssige Antwort an: „Die Grünen sind die einzige relevante Partei, die von den Deutschen erwartet, ihr Leben grundlegend zu ändern. Und Veränderung bedeutet für viele Menschen oft dasselbe wie Zumutung.“

Mit anderen Worten: Eine 15-Prozent-Partei „erwartet“ von den übrigen 85 Prozent, dass sie ihr ganzes Leben komplett umkrempeln, samt Abbau von Wohlstand, Industrie und Energiesicherheit, derweil eine unbegrenzte Einwanderung beim Sozialstaat, der Wohnungsversorgung oder der öffentlichen Sicherheit tiefe Spuren hinterlässt – und das empfinden die Leute als „Zumutung“. Was für ein ignoranten Gesindel!

Da muss endlich hart durchgegriffen werden. Zum Glück geschieht das auch, wie die rasche Reaktion der Staatsmacht auf einen dreisten bayerischen Unternehmer belegt, der nun Ziel einer Hausdurchsuchung wurde und 6000 Euro Strafe zahlen soll. Sein Delikt: Er hatte auf seinem Grundstück zwei Plakate aufgestellt. Auf einem steht „Wir machen alles platt!“ und darunter Ricarda Lang auf einer Dampfwalze, Robert Habeck mit leeren Taschen, Annalena Baerbock als zänkische Göre und Cem Özdemir mit Möhre im Ohr. Auf dem anderen prangt Habeck mit seinen legendären Zitaten zu Insolvenzen und zum Patriotismus („... fand ich stets zum Kotzen“) sowie die Frage, ob der Mann überhaupt bis drei zählen könne.

Unverschämtheit, keine Frage. Allerdings fragt man sich, wie solche Plakate strafwürdig sein können in einem angeblich freien und demokratischen Land. Ja, können sie offenbar. War aber nicht immer so. Vor vierzig Jahren glotzte uns vom Titel einer Satirezeitschrift das Gesicht von Helmut Kohl an – in Birnenform, samt Stängel mit kleinem Blättchen obendrauf. Dann erschien sogar ein ganzes Buch: „Birne, das Buch zum Kanzler“.

Wurde die Redaktion durchsucht, das Buch verboten? Musste das Satireblatt Strafe zahlen? Natürlich nicht, das hätte einen Sturm der Entrüstung samt einer hoch erregten Debatte über den Zustand von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat ausgelöst. Wie sich die Zeiten und Sitten ändern.

Nun muss man aber unterscheiden. 1983 galt die CDU ja noch als „rechts“. Und so wird auch heute fein differenziert: Blockaden und Hämme sind nicht in jedem Falle zu verurteilen, jedenfalls nicht mit der gleichen Entschiedenheit. So zitiert das eingangs genannte Magazin einen Politikwissenschaftler mit der denkwürdigen Warnung: „Wenn Veranstaltungen demokratischer Parteien Polizeischutz benötigen oder gar abgesagt werden müssen, dann ist das eine Gefahr für alle demokratischen Parteien und für die Demokratie insgesamt.“

Haben Sie es bemerkt? Er spricht ausschließlich von der Schutzwürdigkeit „demokratischer“ Parteien. Und wer bestimmt, wer „demokratisch“ ist und wer nicht? Wir erinnern uns recht frisch, mit welchem Elan Kritiker der Corona-Maßnahmen in die Ecke der „Demokratie-Feinde“ geschoben wurden, nur mal so als Beispiel. Bei den Bauern hat man Ähnliches versucht. Also wer entscheidet? Die Regierung? „Institutionen der Zivilgesellschaft“, heißt: mit Staatsgeld gepöppelte Vorfeldorganisationen von Grün und Rot?

Habeck und „die Zahlen“

So ist es wohl gedacht, daher können AfD-Veranstaltungen ruhig blockiert und attackiert werden, weil berufene Stimmen die Partei ins Kröpfchen der Undemokraten gestopft haben. Weshalb wir mal grundsätzlich fragen wollen: Was zeichnet eine Demokratie eigentlich aus? Was unterscheidet sie von der Diktatur der Mehrheit? Nun, der Unterschied ist, dass die Anhänger der unterlegenen Opposition in einer Demokratie darauf vertrauen können, dass das siegreiche Lager seine Macht nicht ausnutzt, um die Rechte der Oppositionellen zu beschneiden, um für sich selbst Privilegien herauszuschinden – wie etwa den Schutz vor Attacken, denen man die Opposition achselzuckend aussetzt.

ZDF-Propagandist Jan Böhmermann konnte sanktionslos dazu aufrufen, dass man „Nazis keulen“ sollte. Familienministerin Lisa Paus von den Grünen, die für den Bund im ZDF-Fernsehrat sitzt, drückt offen ihre Sympathie für Böhmermann aus. Und nach der

Nur für „demokratische“ Parteien: Wie unser System schleichend, aber gezielt umgebaut wird



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de